



7. Sitzung

Mittwoch, 16. Juni 2004 (Erster Tag der Haushaltsberatungen)

Vorsitzende: Präsident Berndt Röder, Erste Vizepräsidentin Barbara Duden, Vizepräsidentin Bettina Bliebenich und Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe

Inhalt:

Mitteilungen des Präsidenten

Abwicklung und Änderung der **Tagesordnung** 253 A

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes
– Drs 18/359 –

253 A

und

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes
– Drs 18/360 –

253 A

sowie

Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für die Kommission zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses
– Drs 18/361 –

253 A

Ergebnisse

263 C

Bericht des Haushaltausschusses über die Drucksache 18/100:

Haushaltplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2004 und Finanzplan 2003 bis 2007
Erneute Einbringung und Ergänzung ferner über die Drucksachen

17/3000: Haushaltplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2004 und Finanzplan 2003 bis 2007
Aufstellung eines Doppelhaushaltsplans 2005/2006

17/3161: Einführung der Kaufmännischen Buchführung in der Verwaltung
Reform der Hamburger Haushaltsrechnung und Einführung einer "Generationenbilanz"

17/3227: Haushaltplan-Entwurf 2004
Ergänzung nach § 32 LHO

17/3234: Zusammenführung der Eichverwaltung der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein
Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004

17/3235: Stärkung Hamburgs als überregionales Kompetenzzentrum der innovativen Medizin durch Gründung der Agentur i-Med GmbH

17/3236: Zusammenführung des Landesamtes für Informationstechnik, der Zentralstelle Informations- und Kommunikationswesen der Bezirksverwaltung im Senatsamt für Bezirksangelegenheiten und der Datenzentrale Schleswig-Holstein

17/3418: Umsetzung der Neuorganisation der Marktverwaltung – bezirkliche Wochenmärkte und Volksfeste
Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004

17/3421: Unterhaltung und Bewirtschaftung der Freizeitanlage Horner Rennbahn
Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004

17/3422: Haushaltplan-Entwurf 2004
Zweite Ergänzung nach § 32 LHO

17/3456: Gründung einer Hamburger Marketing/Wachsende Stadt GmbH
Haushaltplan 2003: Nachbewilligung gemäß § 33 LHO

- Haushaltplan-Entwurf 2004: Ergänzung gemäß § 32 LHO**
- 17/3488: Umwandlung des Planetariums Hamburg in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO zum 1. Januar 2004**
- 17/3490: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurf 2004**
Einzelplan 8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit
Kapitel 8600 Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz
Auflösung der beim Titel 8600.549.02 in Höhe von 500 Tsd. Euro veranschlagten globalen Minderausgabe
- 17/3521: Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt**
Mobilisierung von Eigenmitteln zur Finanzierung der Herauslösung der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt aus der Hamburgischen Landesbank und des Erwerbs von Anteilen von der Landesbank Baden-Württemberg – Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Rechts der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt
- 17/3522: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004**
Zusammenführung der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein zu einer gemeinsamen Anstalt des öffentlichen Rechts zum 1. Januar 2004
- 17/3523: Übertragung der staatlichen Technischen Prüfstelle Hamburg**
Verkauf von Geschäftsanteilen an der TPH GmbH und Betriebsübergang
- 17/3692: Unterrichtung über das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2003**
Dritte Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004
- 17/3695: Haushaltplan-Entwurf 2004**
Ergänzung nach § 32 LHO
Kosten für den Grunderwerb und Ersatzmaßnahmen für die Polizei im Zusammenhang mit dem Bau der Leichtathletik-Trainingshalle
Kapitel 3380 – Sportstätten –
Titel (neu) 893.04 Zuwendung an die HGV zur Finanzierung von Ersatzbauten für die Polizei in Höhe von 1.000 Tsd. Euro
- 17/3941: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004**
Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung 2004
Drob Inn
Einzelplan 8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit
Einzelplan 4 Behörde für Soziales und Familie
Einzelplan 8.1 Behörde für Inneres
- 17/3976: Straffung und Effektivierung des Technologietransfers in Hamburg**
Zusammenschluss der TuTech GmbH, des Technologie Beratungszentrums sowie der c:bs GmbH und Umbenennung in TuTech Innovation GmbH
Änderung des Haushaltplan-Entwurfs 2004
- 17/3990: Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH**
Neues Nutzungskonzept für das Objekt VIVO
- 17/4067: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004 und Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung**
Zuschuss zur Einrichtung des Generalsekretariats des Weltzukunfts-rates in Hamburg
- 17/4109: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004**
Behörde für Bildung und Sport
Kindertagesbetreuung
- 17/4110: Vorläufige Haushaltsführung 2004**
Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung
Behörde für Bildung und Sport
Sportförderung
- 18/132: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004**
Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung 2004
Einrichtung eines zentralen Verwahrplatzes für abgeschleppte Fahrzeuge im Zusammenhang mit der Neuordnung des Abschleppwesens
- 18/158: Haushaltplan-Entwurf 2004**
Bürgschaft zugunsten der HGV zur Absicherung der Anschlussfinanzierung des Zwischenerwerbs einer Beteiligung an der Beiersdorf AG – Ergänzung des Entwurfs des Haushaltsbeschlusses 2004
- 18/283: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004**
Einzelplan 8.1 Behörde für Inneres
Kapitel 8500 Polizei
Titel 514.70 Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung
Einführung einer neuen Uniform für die Hamburger Polizei
- 18/284: Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2004**
- 18/308: Haushaltplan-Entwurf 2004**
Auflösung der globalen Minderausgabe von 40 Mio. Euro und weitere Ergänzungen des Haushaltplan-Entwurfs
- 18/309: Haushaltplan-Entwurf 2004**
Unterrichtung der Bürgerschaft über das Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2004
und Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs

Generaldebatte (einschließlich der Einzelpläne 1.0, 1.1, 1.2 bis 1.8, 9.1 und 9.2)	253 B	Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:
Einzelplan 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	253 B	Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landes- parlamente, des Deutschen Bundestages und des Bundesrates am 17. und 18. Mai 2004 in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt)
Einzelplan 1.1: Senat und Senatsämter	253 B	– Drs 18/349 –
Einzelplan 1.2 bis 1.8: Bezirksämter	253 B	Beschlüsse
Einzelplan 9.1: Finanzbehörde	253 B	Bericht des Eingabenausschusses:
Einzelplan 9.2: Allgemeine Finanzverwaltung	253 B	Eingaben – Drs 18/305 –
Generaldebatte		Bericht des Eingabenausschusses:
Michael Neumann SPD	255 A, 272 C	Eingaben – Drs 18/306 –
Bernd Reinert CDU	263 D	Bericht des Eingabenausschusses:
Christa Goetsch GAL	266 D	Eingaben – Drs 18/307 –
Ole von Beust, Erster Bürgermeister	270 B	Beschlüsse
Dr. Willfried Maier GAL	274 A, 283 A	Zu Einzelplan 1.1:
Henning Tants CDU	276 A	Senat und Senatsämter
Dr. Wolfgang Peiner, Senator	278 A, 282 C	287 A
Walter Zuckerer SPD	281 A	Senatsmitteilung:
Karen Koop CDU	284 A	Feststellung des Senats über das Zustandekommen einer Volksinitiative Volksinitiative "VolXUni – Rettet die Bildung!"
Gesine Dräger SPD	285 C	– Drs 18/286 –
Zu Einzelplan 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht, Rechnungshof	286 B	Beschluss
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		287 A
Reise nach Kaliningrad anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Kaliningrader Gebietsduma vom 25. bis 27. April 2004 – Drs 18/257 –	286 B	Senatsmitteilung:
und		Personalbericht 2004 – Drs 18/348 –
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Beschlüsse
Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des DeutschlandRadios – Drs 18/322 –	286 B	Antrag der Fraktion der SPD:
sowie		Entwicklungszusammenarbeit erhalten und stärken – Drs 18/385 –
Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:		Beschluss
Volksgesetzgebungsverfahren "Mehr Bürgerrechte – Ein neues Wahlrecht für Hamburg" – Drs 18/342 –	286 B	287 B
und		Interfraktioneller Antrag:
		Gesetz zur Änderung des Hamburgischen BeamtenGesetzes – Drs 18/478 –
		Beschlüsse
		Anträge und Empfehlungen
		Textzahl 66 der Drs 18/200 mit Beschluss
		287 C

Zu den Einzelplänen 1.2 bis 1.8:

Bezirksämter 287 C

Senatsmitteilung:

**Entscheidung des Senats gemäß
§ 18 Absatz 1 des Bezirksver-
waltungsgesetzes**

– Drs 18/318 – 287 C

Beschluss 287 C

A **Beginn: 15.00 Uhr**

Präsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich beginne heute mit Geburtstags-glückwünschen. Sie gehen an den Kollegen Günter Frank. Herr Frank, im Namen des ganzen Hauses gratu-liere ich Ihnen herzlich zu Ihrem Geburtstag und wünsche Ihnen alles Gute für das neue Lebensjahr.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Ich habe Ihnen sodann mitzuteilen, dass die für heute vorgesehene Wahl eines Mitglieds des Hamburgischen Verfassungsgerichtes, Drucksache 18/9, auf Wunsch der GAL-Fraktion vertagt wird.

Bevor wir zur Generaldebatte kommen, haben wir nun verabredungsgemäß drei Wahlen vorzunehmen. Wir kommen also zu den Drucksachen 18/359, 18/360 und 18/361.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes – Drucksache 18/359 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

**Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes
– Drucksache 18/360 –]**

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

**Wahl eines Mitglieds für die Kommission zur Durch-führung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses
– Drucksache 18/361 –]**

Die Fraktionen haben vereinbart, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden sollen. Die Stimm-zettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen jeweils ein Feld für Ja-Stimmen, für Nein-Stimmen und für Enthaltungen. Sie dürfen auf jedem Stimmzettel ein Kreuz machen. Mehrere Kreuze bei einem Namen bezie-hungsweise weitere Eintragungen oder Bemerkungen machen den Stimmzettel ungültig. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie Ihre Wahlentscheidungen nunmehr vor.

(Die Wahlhandlungen werden vorgenommen.)

Darf ich davon ausgehen, dass die Schriftführerinnen mit dem Einsammeln beginnen beziehungsweise fortfahren?

Sind alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist noch nicht der Fall. – Sind nunmehr alle Stimmzettel abgegeben? – Das ist der Fall. Ich schließe die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden jetzt ermittelt und Ihnen im Laufe der Sitzung bekannt gegeben werden.*

Meine Damen und Herren! Wir kommen nun zur
Generaldebatte

Mitbehandelt werden die Einzelpläne 1.0, 1.1, 1.2 bis 1.8, 9.1 und 9.2.

[Bericht des Haushaltsausschusses über die Druck-sache 18/100:

Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2004 und Finanzplan 2003 bis 2007

Erneute Einbringung und Ergänzung
(Senatsvorlage)

ferner über die Drucksachen

17/3000: Haushaltsplan-Entwurf der Freien und Hansestadt Hamburg für das Haushaltsjahr 2004 und Finanzplan 2003 bis 2007

Aufstellung eines Doppelhaushaltspans 2005/2006
(Senatsvorlage)

17/3161: Einführung der Kaufmännischen Buchfüh-rung in der Verwaltung sowie Stellungnahme des Senats zu dem Ersuchen der Bürgerschaft vom 9./10./11. Dezember 2002 (Drucksache 17/1898)
– Reform der Hamburger Haushaltsrechnung und Einführung einer "Generationenbilanz" –
(Senatsvorlage)

17/3227: Haushaltsplan-Entwurf 2004
Ergänzung nach § 32 LHO
(Senatsvorlage)

17/3234:

a) **Zusammenführung der Eichverwaltungen der Freien und Hansestadt Hamburg und des Landes Schleswig-Holstein**
b) **Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2004**
(Senatsvorlage)

17/3235: Stärkung Hamburgs als überregionales Kompetenzzentrum der innovativen Medizin durch Gründung der Agentur i-Med GmbH
hier: Erläuterung des Projekts
(Senatsvorlage)

17/3236: Zusammenführung des Landesamtes für Informationstechnik (LIT), der Zentralstelle Infor-mations- und Kommunikationswesen der Bezirks-verwaltung im Senatsamt für Bezirksangelegenheiten (SfB-IuK) und der Datenzentrale Schleswig-Holstein (DZ-SH)
(Senatsvorlage)

17/3418: Umsetzung der Neuorganisation der Marktverwaltung – bezirkliche Wochenmärkte und Volksfeste
Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2004
(Senatsvorlage)

17/3421:

a) **Unterhaltung und Bewirtschaftung der Freizeitanlage Horner Rennbahn**
b) **Ergänzung des Haushaltsplan-Entwurfs 2004**
(Senatsvorlage)

17/3422: Haushaltsplan-Entwurf 2004
Zweite Ergänzung nach § 32 LHO
(Senatsvorlage)

17/3456: Gründung einer Hamburg Marketing/Wachsende Stadt GmbH
Haushaltsplan 2003: Nachbewilligung
gemäß § 33 LHO
Haushaltsplan-Entwurf 2004: Ergänzung
gemäß § 32 LH
(Senatsvorlage)

* Ergebnisse siehe Seite 263 C

- A 17/3488: Umwandlung des Planetariums Hamburg in einen Landesbetrieb nach § 26 LHO zum 1. Januar 2004
(Senatsvorlage)
- 17/3490: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004 Einzelplan 8.2 Behörde für Umwelt und Gesundheit Kapitel 8600 Verwaltung und allgemeiner Umweltschutz
Auflösung der beim Titel 8600.549.02 in Höhe von 500 Tsd. Euro veranschlagten globalen Minderausgabe
(Senatsvorlage)
- 17/3521: Hamburgische Wohnungsbaukreditanstalt hier: Mobilisierung von Eigenmitteln zur Finanzierung der Herauslösung der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt aus der Hamburgischen Landesbank (HLB) und des Erwerbs von Anteilen von der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) – Entwurf eines Gesetzes zur Weiterentwicklung des Rechts der Hamburgischen Wohnungsbaukreditanstalt (WK)
(Senatsvorlage)
- 17/3522: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004 Zusammenführung der Statistischen Landesämter Hamburg und Schleswig-Holstein zu einer gemeinsamen Anstalt des öffentlichen Rechts zum 1. Januar 2004
(Senatsvorlage)
- 17/3523: Übertragung der staatlichen Technischen Prüfstelle Hamburg hier: Verkauf von Geschäftsanteilen an der TPH GmbH und Betriebsübergang
(Senatsvorlage)
- B 17/3692: 1. Unterrichtung über das Ergebnis der November-Steuerschätzung 2003
2. Dritte Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004
(Senatsvorlage)
- 17/3695: Haushaltplan-Entwurf 2004 Ergänzung nach § 32 LHO Kosten für den Grunderwerb und Ersatzmaßnahmen für die Polizei im Zusammenhang mit dem Bau der Leichtathletik-Trainingshalle Kapitel 3380 – Sportstätten – Titel (neu) 893.04 „Zuwendung an die HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH zur Finanzierung von Ersatzbauten für die Polizei“ in Höhe von 1000 Tsd. Euro
(Senatsvorlage)
- 17/3941: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004 Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung 2004;
hier: „Drob Inn“
Einzelplan 8.2 „Behörde für Umwelt und Gesundheit“ Titel 8660.684.61 „Zuschüsse an Vereine u. dgl.“
Einzelplan 4 „Behörde für Soziales und Familie“ Titel 4700.548.61 „Global veranschlagte Aufwendungen im Zusammenhang mit der Unterbringung und Eingliederung von Aussiedlern und Zuwanderern“
Einzelplan 8.1 „Behörde für Inneres“ Titel 8500.425.70 „Vergütung der Angestellten“
Titel 8500.435.70 „Kostenanteil an den Versorgungsbezügen der Angestellten“
Titel 8500.435.93 „Versorgungsbezüge der Angestellten“
(Senatsvorlage)
- C 17/3976: Straffung und Effektivierung des Technologietransfers (TT) in Hamburg hier:
a) Zusammenschluss der TuTech GmbH(TuTech), des Technologie-Beratungszentrums TBZ (TBZ) sowie der c:bs GmbH (c:bs) und Umbenennung in TuTech Innovation GmbH
b) Änderung des Haushaltplan-Entwurfs 2004
(Senatsvorlage)
- 17/3990: Hamburger Gesellschaft für Gewerbebauförderung mbH (HaGG)
Neues Nutzungskonzept für das Objekt „VIVO!“
(Senatsvorlage)
- 17/4067: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004 und Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung
hier: Zuschuss zur Einrichtung des Generalsekretariats des Weltkunftrates in Hamburg
(Senatsvorlage)
- 17/4109: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004 Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung „Behörde für Bildung und Sport“
hier: Kindertagesbetreuung
(Senatsvorlage)
- 17/4110: Vorläufige Haushaltsführung 2004 Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung „Behörde für Bildung und Sport“
hier: Sportförderung
(Senatsvorlage)
- D 18/132: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004 Erweiterung der Ermächtigung zur vorläufigen Haushaltsführung 2004
hier: „Einrichtung eines zentralen Verwahrplatzes für abgeschleppte Fahrzeuge im Zusammenhang mit der Neuordnung des Abschleppwesens“
(Senatsvorlage)
- 18/158: Haushaltplan-Entwurf 2004 Bürgschaft zugunsten der HGV Hamburger Gesellschaft für Vermögens- und Beteiligungsverwaltung mbH (HGV) zur Absicherung der Anschlussfinanzierung des Zwischenwerbs einer Beteiligung an der Beiersdorf AG (BDF) – Ergänzung des Entwurfs des Haushaltbeschlusses 2004 –
(Senatsvorlage)
- 18/283: Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs 2004 Einzelplan 8.1 „Behörde für Inneres“
Kapitel 8500 „Polizei“
Titel 514.70 „Haltung von Fahrzeugen, Dienst- und Schutzkleidung“
hier: Einführung einer neuen Uniform für die Hamburger Polizei
(Senatsvorlage)
- 18/284: Gesetz über die Festsetzung der Hebesätze für die Realsteuern für das Kalenderjahr 2004
(Senatsvorlage)
- 18/308: Haushaltplan-Entwurf 2004 Auflösung der globalen Minderausgabe von 40 Mio. Euro und weitere Ergänzungen des Haushaltplan-Entwurfs
(Senatsvorlage)

A 18/309: Haushaltplan-Entwurf 2004**Unterrichtung der Bürgerschaft über das Ergebnis der Mai-Steuerschätzung 2004 und Ergänzung des Haushaltplan-Entwurfs
(Senatsvorlage) – Drucksache 18/200 –]**

Das Wort zur Generaldebatte wird gewünscht. Der Abgeordnete Neumann bekommt es.

Michael Neumann SPD:* Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen, meine Herren! Wir stehen heute am Anfang der Haushaltsdebatte und werden uns in den nächsten drei Tagen über Investitionsvolumina, Sparquoten, mittelfristige und langfristige Finanzplanung und über Kredite und Tilgung unterhalten. Bei all dieser Diskussion sollten wir aber nicht vergessen, dass wir heute und in den nächsten Tagen über die Lebenswirklichkeit der Menschen in unserer Stadt sprechen. Wir debattieren darüber, ob und wie ihnen der Staat dabei helfen kann.

(Beifall bei der SPD)

Wie diese Lebensqualität und -realität aussieht, darüber können wir uns tagtäglich in den Medien informieren. Immer wieder werden auch jetzt Menschen Opfer von Gewalt und leider müssen wir auch jeden Tag hören, dass es zu Messerstechereien kommt. Viele Menschen in Hamburg fürchten sich vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und fühlen sich allein gelassen mit der Betreuung ihrer Kinder. Es gibt Frust an den Schulen und die Furcht davor, schon in sehr jungen Jahren den Weg in eine gute Zukunft verbaut zu bekommen, verbaut zu bekommen auch durch eine zunehmende Handlungsunfähigkeit eines verschuldeten Staates.

(Andreas Ernst CDU: Danke, SPD!)

1969 wurde das Grundgesetz geändert. Seitdem besteht die Möglichkeit, dass sich Bund und Länder in der Höhe ihrer Investitionen verschulden können. Gleich welche Regierung – sei es im Bund oder im Land –, alle haben immer wieder sehr gern diesen vermeintlich einfachen Weg der Verschuldung gewählt.

Heute lautet ein Maastricht-Kriterium, dass das Staatsdefizit nicht mehr als 3 Prozent des Inlandproduktes betragen darf. Hamburg hat dieses Kriterium zuletzt in den Jahren 1999 und 2000 erfüllt. Für das Jahr 2004 wäre ein Defizit von 1,3 Milliarden Euro zulässig. Aber im Haushaltplan-Entwurf, den wir heute beraten, klafft ein Loch von 1,6 Milliarden Euro. Die wesentlichen Gründe dafür liegen offen auf der Hand. Wir erleben zum einen einen Einbruch der Steuereinnahmen. Jeden Mai, jeden November ist es so, dass der Senat verkünden muss, dass er weniger Steuern eingenommen hat. Ich selbst – ich weiß nicht, wie es Ihnen da geht – lese seit gut 25 Jahren Zeitungen, höre Radio, schaue fern und höre immer wieder die gleiche Geschichte von Politikern: Der Staat muss sparen, wir müssen weniger Geld ausgeben und die Arbeitslosigkeit muss bekämpft werden. Das Problem, was aber besteht, ist, dass das Gegenteil geschehen ist. Unabhängig davon, ob die Sozialdemokraten oder die CDU die Regierungsverantwortung hatten, wurde ständig mehr Geld ausgegeben und die Schulden stiegen nahezu ins Unermessliche. Die Zeiten des wirtschaftlichen Aufschwungs wurden eben nicht genutzt, um die Kredite, die Investitionen, die damit getätigten worden sind, zurückzuzahlen. Sparen hieß auch in Hamburg, vielleicht manchmal weniger mehr ausgeben, aber niemals wirklich wen-

ger Geld ausgeben. Es wurde ständig mehr Geld ausgegeben. Immer wurde bei der Steuerschätzung die Obergrenze der Steuerschätzung als Maßstab genommen. Niemals, wie es eigentlich für Hamburger Kaufleute Sitte ist, die Untergrenze.

Wenn ich mir jetzt den Haushaltplan-Entwurf und den Finanzplan anschau, dann ist diese verantwortungsbewusste und hamburgische Tradition auch in diesem Haushaltplan-Entwurf nicht erkennbar. Wir haben trotz der Ankündigungen des Senates vom angeblichen Sparen, der Überrollung, des Einfrierens, der Umschichtungen, Jesteburg I und II, gleich wie auch immer Sie es genannt haben, festzustellen, dass Sie als CDU, Sie, Herr von Beust als Bürgermeister, eben nicht Geld gespart haben, sondern jedes Jahr mehr Geld ausgegeben haben. Der Steuereinbruch im Jahre 2001 hätte Ihnen Warnung sein müssen. Doch statt bei zurückgehenden Steuereinnahmen zu sparen, haben Sie die Betriebsausgaben um satte 140 Millionen Euro erhöht. Das Ergebnis Ihrer angeblichen Sparbemühungen waren gut 40 Millionen Euro Mehrausgaben für ein sehr dilettantisches Kita-Gutscheinsystem. 40 Millionen Euro und kein einziger Kindertagesstättenplatz mehr in dieser Stadt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dazu kommen 50 Millionen Euro Mehrausgaben im Schulbau. Jetzt werden dringende Schulbausanierungen auf Eis gelegt, nur weil Sie nicht in der Lage waren, die Kosten zu kontrollieren. Im Haushaltsausschuss weigerten sich die CDU und der Senat beharrlich, aufzuklären, wo diese 50 Millionen Euro denn geblieben sind. Deshalb beantragen wir als SPD-Fraktion jetzt auch Akteneinsicht, da offensichtlich nur so Licht in das Finanzchaos von Schul- und Finanzbehörde gebracht werden kann.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dabei ist eines klar, Herr Bürgermeister: Es sind nicht die Bundesregierung in Berlin und nicht Ihre sozialdemokratischen Vorgänger-Bürgermeister, die etwas falsch gemacht haben, sondern Sie allein und Ihr Senat haben in den letzten zweieinhalb Jahren für Mehrausgaben von 230 Millionen Euro in dieser Stadt gesorgt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Selbst wenn Sie Ihre angeblichen Sparpakete, Jesteburg-Pakete, umgesetzt hätten, hätten Sie damit die selbstverschuldeten Mehrausgaben nicht einsparen können, das heißt, unter dem Strich ist gegenüber 2001 in Hamburg nicht ein einziger Euro gespart worden. Im Gegenteil, Sie haben 230 Millionen Euro mehr ausgegeben.

Ihr Ziel, 2006 einen ausgeglichenen Betriebshaushalt vorzulegen, basierte vor allen Dingen auf der Annahme deutlich steigender Steuereinnahmen. Diese Rechnung wäre nur aufgegangen, wenn sich die Steuereinnahmen bis 2006 um 12,5 Prozent gesteigert hätten, das heißt, um 820 Millionen Euro. Ich sage das ganz selbstkritisch. Dazu reicht selbst meine Fantasie als sozialdemokratischer Oppositionsführer nicht aus zu glauben, dass die Steuern jemals wieder so sprudeln werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Bernd Reinert CDU: Seit wann haben Sie Fantasie?)

Spätestens nach der Mai-Steuerschätzung ist Ihr Kartenhaus komplett zusammengebrochen.

C

D

A Dieser Haushalt, den Sie heute vorlegen und den wir in den nächsten Tagen beraten, ist bis auf kleine, kaum wahrnehmbare Änderungen der Haushalt von Schill, von Lange und von von Beust. Der Schuletat ist im Grunde der Etat von Herrn Lange, der Kulturetat ist der von Frau Horáková, der Bauetat ist von Herrn Mettbach und auch der Innenetat atmet immer noch den Ungeist von Herrn Schill. Sie, Herr von Beust, haben trotz der absoluten Mehrheit der Mandate, die Sie hier im Hause haben, nicht die Kraft besessen, den Haushalt den Realitäten Hamburgs anzupassen. Die Wähler haben Ihnen die Möglichkeit dazu gegeben. Sie haben Ihnen eine zweite Chance gegeben, sich von alten Freunden und auch von alten Fehlern zu trennen. Sie haben die Chance nicht genutzt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Damit ist der Haushalt 2004 ein Dokument Ihres Zögerns und Zauderns. Sie machen schlachtweg dort weiter, wo Sie im Winter 2003 schon einmal gescheitert sind.

Ich will zugeben, dass Hamburg nicht erst seit 2001 über seine Verhältnisse lebt. Schon lange übersteigen die laufenden Ausgaben die laufenden Einnahmen. Aber – und darauf kann man auch stolz sein – der Betriebshaushalt konnte in den Jahren 1999 und 2000 wirklich ausgeglichen werden. Bis dahin gab es ein wirkliches Konsolidierungsprogramm. Es wurden damals noch 2,3 Milliarden DM eingespart. In diesen Jahren wurde wirklich einmal weniger Geld ausgegeben. Ich finde, das ist der Grundsatz für uns. Wir müssen mit dem Geld auskommen, das der Steuerzahler uns anvertraut. Das ist wirklich im Interesse Hamburgs.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihr Finanzsenator stellt in fast jeder Pressekonferenz fest, dass die Steuerquote in Deutschland mit 20,3 Prozent zu niedrig sei. Da hat er Recht. Er sagt auch, dass wir mittlerweile in Deutschland auf einem Steuerniveau angekommen sind, das vergleichbar mit dem der Bahamas ist. Auch da hat Herr Peiner Recht. Nun frage ich mich aber, ob es auch Ihr Finanzsenator ist, der wie Sie, Herr von Beust, als Mitglied des Bundespräsidiums der CDU ein Steuersenkungsprogramm um weitere 16 Milliarden Euro fordert. Wenn es richtig ist, was Sie beide immer wieder in Presseerklärungen sagen, nämlich dass die Steuern in Deutschland zu niedrig seien, dann kann ich mir gar nicht vorstellen, wie wir mit einem weiteren Steuersenkungsprogramm von 16 Milliarden Euro, also mit solchen unseriösen Fantastereien, den Haushalt in Hamburg in den Griff bekommen wollen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Denn für Hamburg würde diese Fantasie der CDU eine weitere viertel Milliarde Euro an Steuerausfällen bedeuten. Das bedeutet ganz konkret für die Menschen, und zwar weit über das hinausgehend, was Sie gestern ange deutet haben, dass wir weniger Geld für Kinderbetreuung, weniger Geld für Sicherheit und weniger Geld für Bildung haben.

Die Diskussion um eine Vereinfachung des Steuerrechts kann man führen und ist in weiten Teilen auch richtig, aber kompliziert dabei ist nicht der Tarif des Steuerrechts, sondern sind die unzähligen Ausnahmen bei der Bemessungsgrundlage. Das macht auch das jüngste Beispiel Vodafone deutlich. Steuervereinigung ist eben nicht nur eine Frage der Stabilisierung der Einnahmen, sondern ist aus sozialdemokratischer Sicht auch eine Frage

C der Gerechtigkeit. Wenn Menschen, die einer Lohnarbeit nachgehen, selbstverständlich ihre Steuern und Abgaben zahlen müssen, dann muss das auch für die gelten, die leistungsstark sind und als Unternehmen in Deutschland, auch in Hamburg, in sehr großem Maße von der öffentlichen Infrastruktur profitieren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Unser Steuersystem reizt noch immer die Nutzung – manche sagen es – kreativer Steuergestaltung an. Ich sage dazu lieber Steuerhinterziehung, Steuerbetrug. Ein Abbau von Steuersubventionen und Begünstigungen, die Bekämpfung der Steuerhinterziehung, insbesondere auch des Umsatzsteuerbetruges, ist auch in Hamburg notwendiger denn je. Aber, um es Ihnen nicht zu leicht zu machen, es reicht nicht nur, nach Berlin zu zeigen. Der Rechnungshof sieht in Hamburg nicht mehr hinnehmbare Mängel bei der Steuererhebung und damit auch bei der Steuergerechtigkeit. Es wurde – nach Feststellung des Rechnungshofes – in Hamburg im letzten Jahr gegen bundesweit gültige Bearbeitungsgrundsätze verstoßen. Steuerbeamte wurden angehalten, auf die Prüfung bestimmter Tatbestände gänzlich zu verzichten.

(Jürgen Schmidt SPD: Unglaublich!)

D Ich will ein Beispiel aus dem Rechnungshofsbericht zitieren, um Ihnen das einmal plastisch vor Augen zu führen. Da gibt es in Hamburg unter anderem eine Hochschullehrerin, die zweimal im Jahr ins außereuropäische Ausland flog, um an nicht näher bezeichneten Workshops teilzunehmen. Dafür machte sie bei der Steuererklärung Werbungskosten in Höhe von fast 40 000 Euro geltend. Das Finanzamt verzichtete komplett auf jede Sachaufklärung und erkannte die Aufwendungen kommentarlos an. Der Rechnungshof spricht dabei von Steuerausfällen in Millionenhöhe.

(Henning Tants CDU: Allein durch diese beiden Reisen?)

Das heißt konkret, dass eine ordnungsgemäße Steuererhebung eben nicht nur eine Frage der Einnahme ist, sondern auch und vor allem eine Frage der Gerechtigkeit unserer Gesellschaft ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gleichzeitig haben wir nämlich auch die Situation in unserer Stadt, dass tausende von Mittel- und Kleinverdienern sehr lange darauf warten müssen, dass sie ihren Lohnsteuerjahresausgleich bekommen, weil bei diesen Leuten auf Heller und Pfennig oder auf Cent und Euro abgerechnet wird. Ich möchte aber auch – ich denke, im Namen des ganzen Hauses – an dieser Stelle dem Rechnungshof für seine Arbeit danken, dass er solche Missstände, aber auch andere Dinge, immer wieder aufgedeckt hat. Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch wenn viele Kürzungen nicht strukturell sind, zeigen die, die es sind und gestern angekündigt worden sind, eine deutliche Schwerpunktsetzung.

(Glocke)

Präsident Berndt Röder (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

A Michael Neumann (fortfahrend): Nein.

Die Geschichtswerkstätten und Stadtteilarchive, die Frauenhäuser sowie die Stiftung Naturschutz sind einige Beispiele dafür, dass relativ geringe Sparbeiträge erbracht werden, aber dennoch anerkannt erfolgreiche Arbeit zunichte gemacht werden soll.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr von Beust, Sie haben mehrere Lieblingssätze, aber einer ist mir in Erinnerung geblieben. Sie sagen immer: Wer unsere Hilfe wirklich braucht, der wird sie bekommen. – Sie nicken, also habe ich Recht. Doch wenn ich ehrlich bin, mit diesem Hilfeversprechen ist es in der Praxis nicht weit her.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wie sieht es denn mit der Hilfe in unserer Stadt aus, seitdem Sie Bürgermeister sind? Nehmen wir beispielsweise einmal die Schuldnerberatung. Da dürfte es unstrittig sein, dass man den Menschen, die überschuldet sind, helfen muss. Über ein Jahr müssen Menschen in Hamburg mittlerweile auf eine Beratung warten, um Hilfe zu bekommen. Das kommt Hamburg, damit im Ergebnis uns allen, teuer zu stehen, denn das Abgleiten in Sozialhilfe oder Wohnungslosigkeit kann, wenn man ein Jahr auf Hilfe warten muss, oft nicht mehr rechtzeitig verhindert werden. Nach der angekündigten Schließung des ersten Hamburger Frauenhauses wirkt Ihr Satz – Herr von Beust, ich zitiere Sie noch einmal –:

"Wer unsere Hilfe wirklich braucht, wird sie bekommen"

B wie ein weiterer Schlag ins Gesicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Auslastung der Frauenhäuser liegt bei über 100 Prozent. Rund die Hälfte der Frauen kommt mit Kindern in die Frauenhäuser. In dieser Situation, Frauhäuser zu schließen, ist nicht nur verantwortungslos, sondern schamlos.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das Vorhaben, in einem Handstreich Kinderkuren zu streichen, geht in dieselbe Richtung. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, warum diese 1200 Kinder zur Kur geschickt werden. Ich kann es Ihnen gerne sagen. Es sind Krankheiten des Bewegungs- und Stützapparates, es sind Atemwegserkrankungen, Verhaltensauffälligkeiten oder traumatische Erfahrungen im Elternhaus.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Machen Sie doch mal Vorschläge!)

Die Ausrede, dies könne zukünftig von den Krankenkassen bezahlt werden, wie Sie es gestern gesagt haben, ist falsch. Es geht eben nicht nur um klar definierte Krankheiten und Erkrankungen, sondern darum, Kinder aus den miesesten Verhältnissen herauszuholen und ihnen mit diesen Kuren auch wieder Perspektiven zu geben. Diese Streichung bedeutet nicht den Verzicht auf irgend-einen Luxus, sondern, dass 176 Menschen ihre Arbeit verlieren, und vor allem, dass in Hamburg Kinder, die Hilfe brauchen, keine mehr bekommen werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Damit trifft wieder eine der wenigen konkreten Einsparungen nicht die Bürokratie, nicht die Verwaltung der

Verwaltung, sondern die Menschen, die wirklich unsere Hilfe brauchen. Das ist nicht in Hamburgs Interesse. C

Ein weiteres Beispiel: Im Jahre 2000 musste ein Mitarbeiter im Bezirksamt Bergedorf im Durchschnitt knapp 150 Sozialhilfeempfänger betreuen. Vor Ort bot sich schon damals ein Bild der Überbelastung und es hat sich weiter verschlechtert. Inzwischen muss derselbe Sachbearbeiter über 200 Sozialhilfeempfänger bearbeiten. Weniger Sachbearbeiter haben immer mehr Sozialhilfeempfänger zu betreuen. Beratung und Vermittlung in Arbeit ist da überhaupt nicht mehr zu schaffen. Auch hier findet offensichtlich Hilfe nicht mehr statt. Das heißt, Ihr Motto in der Sozialhilfepolitik "Wer unsere Hilfe wirklich braucht, wird sie bekommen", empfinden die wirklich Hilfe suchenden Menschen in Hamburg nur noch als blanken Hohn und Zynismus.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Als Hohn werden auch unsere Feuerwehr und Polizei die Ankündigungen Ihres Senats und, Herr von Beust, Ihrer jeweils wechselnden Innensenatoren empfinden. Unsere Freiwilligen Feuerwehren fürchten um ihre Standorte. Polizisten und Feuerwehrleute fürchten um die freie Heilfürsorge. In beiden Fällen zeigt sich, dass die Menschen, auf die wir uns alle tagtäglich verlassen, sich auf Sie, Herr Bürgermeister, eben nicht verlassen können.

(Beifall bei der SPD)

Den Freiwilligen Feuerwehren wurde noch kurz vor der Wahl zugesagt, dass infolge der Strukturuntersuchung keine Wehr aufgelöst wird. Was ist diese Bestandsgarantie heute noch wert? Nichts.

Den Polizisten und Feuerwehrleuten hat der Finanzsenator vor genau einem Jahr gesagt, dass die freie Heilfürsorge nicht abgeschafft werde. Was ist diese Zusage heute noch wert? Nichts.

So geht man nicht mit Menschen um, die für unsere Sicherheit sorgen und dafür ihr Leben riskieren.

(Beifall bei der SPD)

Damit, Herr von Beust, gefährden Sie die Motivation unserer Polizei, unserer Feuerwehr und damit im Ergebnis unser aller Sicherheit. Das kann doch nicht im Interesse Hamburgs sein. Da nützt auch die Einführung einer blauen Uniform nichts. Unabhängig davon, dass die Finanzierung mehr als windig ist, wenn Sie unseren Polizisten und Feuerwehrleuten die freie Heilfürsorge nehmen, versündigen Sie sich auch an der Sicherheit unserer Stadt. D

(Beifall bei der SPD)

Uniformen sind ein gutes Beispiel. Es ist ja nicht nur so, dass Herr Hesse nicht müde wird, auch für die Hamburger Schüler Uniformen zu fordern.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Sie haben es immer noch nicht verstanden!)

Sein Kollege, Herr Trepoll, ist mittlerweile so weit, dass er jetzt auch sagt, wir müssten zukünftig ständig die Bundesflagge vor allen Hamburger Schulen gehisst haben, weil ein gesunder Patriotismus beim Lernen helfen würde. Da stelle ich offen die Frage: Ist das wirklich der Weg der CDU in der Bildungspolitik: Flaggen und Uniformen?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

A Herr Bürgermeister, wir wollen gemeinsam einen Ausbau der Ganztagschulen. Bisher jedoch waren die von der Schulbehörde geplanten zusätzlichen Ganztagschulen Light-Varianten. Es sollte zwar Ganztagschule dranstehen, aber nicht drin sein. Ihr Konzept sieht vor, die Mittel für die bereits bestehenden Ganztagschulen um 60 Prozent zu kürzen. Wer soll das eigentlich noch verstehen, was Sie dort tun?

Wie sollen wir uns noch einmal in Erinnerung rufen, warum es eigentlich gut für Hamburg und für die Menschen in unserer Stadt ist, mehr Ganztagschulen zu schaffen. Es geht dabei doch nicht um die Verwahrung von Kindern in staatlicher Obhut. Es geht auch nicht um die Schulspeisung, nach dem Motto "Satt & Sauber". Es geht vielmehr um Bildungschancen. Es geht darum, Chancen für den Einzelnen, aber auch für unsere Stadt zu schaffen, denn Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunftsfähigkeit unserer Stadt.

(Beifall bei der SPD)

Das sagen jetzt nicht nur Sozialdemokraten, die hier als Opposition eine Rede halten, sondern auch die letzten OECD-Studien haben es nachgewiesen. In Ländern, in denen in Bildung, Forschung und Entwicklung investiert wurde, steigt das wirtschaftliche Wachstum aufgrund dieser Investitionen. Das heißt, Investitionen in Bildung sind damit durchaus den Investitionen in Infrastruktur vergleichbar. Die Zukunftsfähigkeit Hamburgs hängt eben nicht nur von den großen, wichtigen Infrastrukturprojekten ab – von denen auch –, sondern sie hängt mindestens ebenso davon ab, ob wir in Hamburg gut und sehr gut ausgebildete Menschen haben, die den Anforderungen des internationalen Arbeitsmarktes gerecht werden. Ich habe bei dem, was Sie hier vorgestellt haben, den Eindruck, dass Sie, Herr von Beust, diesen Zusammenhang noch nicht verstanden haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie schaden mit Ihren Sparmaßnahmen im Bildungsbereich nicht nur vielen Kindern und Jugendlichen aus sozial schwachen Familien – das tun Sie auch –, aber Sie gefährden damit vor allem auch die ökonomische Grundlage unserer Stadt. Auch PISA – man kann es kaum noch hören – hat deutlich gemacht, dass in keinem anderen entwickelten Industrieland Bildungschancen und damit auch die Chancen auf Ausbildung, Arbeit, Aufstieg und Wohlstand so ungleich verteilt sind wie bei uns in Deutschland. Hier sollen Ganztagschulen für mehr Bildungsgerechtigkeit, für mehr Gerechtigkeit in der Verteilung von Chancen sorgen. Ihr Ganztagschulkonzept unterhalb der Mindeststandards wird das nicht erreichen. Es wird das Gegenteil erreichen und das ist nicht in Hamburgs Interesse.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

In der Familienpolitik haben Sie sich mit dem Kita-Chaos ein wirkliches Problem geschaffen. Tausende von Familien sind verunsichert und viele waren in ihrer beruflichen Existenz gefährdet. Wir wollen das System von Grund auf überprüfen und die finanzielle Grundlage solide aufarbeiten. Aber das allein reicht nicht. Wir müssen die Voraussetzungen für eine gute und ausreichende Kinderbetreuung schaffen, damit die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die wir alle immer im Munde führen, auch die Erfüllung des Bildungsauftrages, kein leeres Versprechen bleibt.

Herr von Beust, Sie und Ihr Senat sind in der Pflicht, sich im Bundesrat auch dafür einzusetzen, dass die rechtlichen Voraussetzungen geschaffen werden, damit ab Januar 2005 die zugesagten Bundesmittel für den Ausbau der Kindertagesbetreuung fließen können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es geht dabei um 45 Millionen Euro jährlich. Nachdem Sie letzten Freitag – aus welchen Motiven auch immer – im Bundesrat einen gewissen Mut gezeigt haben, muss der Senat im Bundesrat danach entscheiden, was Hamburg nutzt und nicht, was die Oppositionsstrategie oder die persönlichen Karriereplanungen der Herren Koch und Stoiber angeht. Sie müssen nach Hamburgs Interessen handeln und Hamburgs Interessen sind es, dieses Geld für die Kinder und Jugendlichen in Hamburg zu gewinnen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir Hamburger Sozialdemokraten stehen zu unseren Schwerpunkten Bildung und Familie. Das haben wir im Wahlkampf erklärt und das halten wir auch jetzt für richtig. Das ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit.

Sie, Herr von Beust, sind im Jahre 2001 mit der Aussage angetreten, Bildung zum Schwerpunkt Ihrer Politik zu machen. Da kann man, glaube ich, unumwunden sagen: Das war wohl nichts. Sie haben so getan, als wäre Bildungspolitik in Hamburg allein die Sache der FDP und ihres Senators Herrn Lange. Ich möchte aber daran erinnern, dass Sie Herrn Lange in Ihren Senat berufen haben. Sie bestimmen die Richtlinien der Politik, also sind Sie auch für das Desaster verantwortlich.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben im Februar 2004 eine zweite Chance bekommen. Aber Bildung ist für Sie weiterhin kein Schwerpunkt.

Nein, Sie haben ein politisches Leichtgewicht mit diesem angeblichen Schwerpunkt betraut und hier gibt es eine bedauerliche Kontinuität zwischen Ihrem letzten und Ihrem aktuellen Senat. Bildung ist für Sie nicht Schwerpunkt, sondern Senatsspardose. Für 2005/2006 ist im Bildungsetat sogar von der Streichung weiterer 1000 Lehrerinnen- und Lehrerstellen die Rede. Während alle Welt davon spricht, dass Bildung der Schlüssel für die Zukunft und für mehr Gerechtigkeit ist, kürzen Sie die Lehrerstellen in Hamburg um 8 Prozent.

Herr Bürgermeister, das muss man Ihnen auch vorwerfen: Sie haben die neue Bildungssenatorin genauso über den Tisch gezogen, wie Sie es in Jesteburg mit Rudolf Lange gemacht haben. Sie haben nicht den Mut, klare Prioritäten zu setzen und sich dann auch zu ihnen zu bekennen.

Unsere sozialdemokratischen Prioritäten sind aber klar, unsere Forderungen auch: Wir wollen einen Ausbau der Kindertagesbetreuung, der Ganztagschulen und der Bildungspolitik, die für mehr Qualität in Hamburger Schulen sorgt.

Qualität braucht aber auch engagierte Lehrerinnen und Lehrer, die guten Unterricht machen und die Kinder motivieren. Größere Klassen, Kürzungen bei der Sprachförderung, beim Deutschunterricht für Zuwanderer, bei der Betreuung verhaltensauffälliger Kinder und Ganztagschulen unterhalb von Mindeststandards sind jedoch keine Antworten auf die Fragen der Eltern nach den Bil-

C

D

A dungs- und Zukunftschancen ihrer Kinder. Wer in diesem Maße kürzt und gleichzeitig das Abitur nach zwölf Jahren einführt, setzt in bedenklichem Maße die Qualität der Bildung in Hamburg aufs Spiel. Das ist nicht in Hamburgs Interesse.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich weiß, dass es nicht den Traditionen einer Regierungsfraktion entspricht, aber lesen Sie unseren Bildungsantrag und Sie gewinnen eine Vorstellung davon, wie man erreicht, dass es bessere Schulen, besseren Unterricht, bessere Integration und generell bessere Bildung in Hamburg gibt. Das ist im Interesse Hamburgs.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe bei der CDU)

Nun bitte ich Sie, mich nicht zu enttäuschen. Ich hatte an dieser Stelle Zwischenrufe erwartet, was die Finanzierung angeht, denn ich will auch etwas dazu sagen.

(*Bernd Reinert CDU: Oh, ja!*)

Die Bundesregierung stellt einerseits erhebliche Mittel für den Krippenbau und die Ganztagsschulen bereit. Das allein reicht jedoch nicht. Ich habe – wenn Sie zugehört haben, werden Sie das erinnern – ein paar Mal von den Hamburger Interessen gesprochen. Wenn es darum geht, im Hamburger Interesse Bildungspolitik zu machen und dort Investitionen voranzutreiben, dann müssen wir uns auch fragen, ob Subventionen wie die Eigenheimzulage oder die Pendlerpauschale im Interesse Hamburgs sind. Ich meine, dass diese Subventionen nicht in Hamburgs Interesse liegen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

B Deshalb muss der Bürgermeister im Bundesrat deutlich Flagge zeigen, dass es um Hamburgs Interessen geht. Der Hamburger Bürgermeister muss für die Interessen Hamburgs stehen und nicht für die Karrierehoffnung von Herrn Stoiber.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Bernd Reinert CDU: Sie wiederholen sich!*)

Daneben halten wir auch die begrenzte Grundsteuererhöhung für vertretbar. Eine Grundsteuererhöhung für mehr Leistung in der Bildung und der Kindertagesbetreuung ist zumutbar. Zumutbar ist sie allerdings nicht allein zur Finanzierung dauerhafter Mehrkosten in Höhe von 40 Millionen Euro, wie Sie es gemacht haben. Die haben in Hamburg bekanntermaßen keinen einen einzigen zusätzlichen Kita-Platz geschaffen.

Meine sehr geehrten Damen, meine Herren! CDU und Senat nutzen die vom Bund endlich begonnene Reform der Arbeitsförderung und Arbeitsvermittlung nicht für einen Umbau der Beschäftigungsförderung, sondern für einen ideologisch motivierten Kahlschlag. Statt alle möglichen Kürzungen mit "Hartz" zu begründen, ist aus unserer Sicht eine umgehende Entscheidung für das Modell der Arbeitsgemeinschaft mit der Bundesagentur bei der Umsetzung von Hartz IV notwendig. Die entscheidenden Vorarbeiten für einen reibungslosen Übergang zum Arbeitslosengeld II müssen jetzt in Angriff genommen werden. Ich bitte Sie – Sie haben ja selbst Interesse daran, dass Menschen auch weiter konsumieren können –, nehmen Sie in Hamburg nicht über 100 000 Menschen in Geiselhaft für Ihre Oppositionspolitik in Berlin.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Es geht darum, diesen Menschen zum Jahreswechsel weiterhin das Zukommen zu lassen, was ihnen zusteht, und keine Oppositionsspielchen in Berlin zu spielen. Das ist Hamburgs Interesse und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Fangen Sie mit der Umsetzung von Hartz IV an. Ihr ständiger Verweis, Herr Mattner, das Optionsgesetz sei noch gar nicht beschlossen, ist unehrlich. Das wissen Sie selbst.

(*Dr. Andreas Mattner CDU: Dann müssten Sie Hellseher sein!*)

Nicht Sie persönlich, aber Ihr Bürgermeister, die Unionsmehrheit im Bundesrat blockiert den Beschluss über das Optionsgesetz. Obendrein wissen Sie schon lange, dass Hamburg, selbst wenn das Gesetz beschlossen ist, diese Option, die das Gesetz ermöglichen soll, gar nicht ziehen will. Von daher lassen Sie uns gemeinsam für Hamburg an einer erfolgreichen Umsetzung der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe arbeiten. Das ist wirklich im Interesse Hamburgs und nichts anderes.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Im Bereich der Beschäftigungsförderung wurden seit 2002 rund 40 Millionen Euro gekürzt und das, obwohl die Arbeitslosigkeit in Hamburg in den vergangenen Jahren im Bundesvergleich überdurchschnittlich auf fast 85 000 Menschen gestiegen ist. Die ideologische Begründung, die Sie dafür liefern, lautet: Die Mittel müssten in Investitionen und in Beschäftigung auf den Ersten Arbeitsmarkt umgelenkt werden. Wo sind diese Investitionen? Sind es die Gelder, die erst bei der Arbeitsmarktförderung zugunsten der Förderung des Handwerks gestrichen worden sind und schließlich als Zuschuss beim Deutschen Tennisbund landeten?

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Es gibt in Hamburg keine Stärkung des Ersten Arbeitsmarkts. Was es aber gibt, sind immer wieder Zusagen des Bürgermeisters an Sportfunktionäre. Da wird sehr nett mit Herrn Boris Becker im Hotel Vier Jahreszeiten geplauscht und mal eben ein neues Tennisstadion im Volkspark versprochen.

Wenn man wirklich eine Sportstadt Hamburg will – und wir Sozialdemokraten wollen sie –, dann langt es nicht, bei jeder Sport-Gala und bei jedem Besuch einer VIP-Lounge neue Versprechungen zu machen. Da müssen ernsthafte Gespräche geführt und ein Konzept entwickelt werden, das finanziell abgesichert ist, auch über den Tag hinaus trägt und bei aller Förderung des Spitzensports nicht den Breitensport stranguliert. Deutsches Derby, Rotherbaum, Dressur-Derby sind wichtig und gehören zu Hamburg. Es geht aber nicht an, dass das Kinderturnen des Horner TVs die Zeche für diese Groß-Events zahlt, weil zukünftig die Sporthallen von den Vereinen bezahlt werden müssen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Auch bei den Theatern und Museen läuft es ähnlich. Immer wieder werden neue prestigeträchtige, aber sehr kostenintensive Projekte angekündigt und gefeiert. Einmal ist es der Aqua-Dome, dann ein Science-Center mit Imax-Kino, dann ein neues Meeres- und Schifffahrtsmuseum oder ein Archäologiezentrum auf dem Domplatz. Wo es aber ganz konkret um die Umsetzung geht, also

A nicht nur um die Presseerklärung, sondern real um die Arbeit in der Stadt – beispielsweise die Auswandererhalle auf der Veddel –, passiert nichts. Ich bin sehr gespannt, ob etwas aus dem Ballett-Museum werden wird. Wenn Sie Ihre Tradition fortsetzen, wird auch das gegen die Wand gefahren.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Widerspruch in Hamburg ist mit Händen greifbar. Der Bürgermeister verspricht ständig neue Museen, unser Finanzminister denkt laut über die Schließung von Museen und Theatern nach. Ich höre da doch irgendwie wieder Frau Horáková, die gesagt hat:

"Wo Neues entstehen soll, muss Altes sterben."

Von einem notwendigen Kulturkonzept für die Stadt, das die Konsolidierung der bestehenden sieben staatlichen Museen und Theater beinhaltet, ist weit und breit nichts zu sehen. Vor zwölf Wochen hatte ich mich gefreut, dass Hamburg endlich wieder eine Kultursenatorin hat. Die Schlagzeilen in dieser Woche erwecken aber den Eindruck, dass Herr Peiner nicht nur die Wirtschafts- und Stadtentwicklungsarbeit übernommen hat, sondern nun auch noch die Kulturpolitik.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie kündigen Sportstätten an, sie kündigen Museen an, aber Sie kündigen auch ein Sparpaket nach dem anderen an. Es fehlt Ihnen ein Konzept, es fehlt Ihnen ein Plan für Hamburg. Sie und Ihr Senat sprechen immer wieder von der wachsenden Stadt und Ihr Bausenator ist sich nicht zu schade, in einer Rikscha rund ums Rathaus zu fahren und dann zu erklären, dass dieses Rikscha-Fahren ein Beitrag zur wachsenden Stadt sei.

(Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

Er hat Recht, in jeder wachsenden Stadt – sei es Kalkutta oder Bombay – fährt man Rikscha. Aber das ist doch nicht unsere Vision von Hamburg.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wer ständig die Vokabeln "Wachsende Stadt", "Metropole", "Wir vergleichen uns mit Barcelona und Sydney" im Munde führt und in diesem Zusammenhang auf Großereignisse wie World Awards, Women's World Awards und Bambi-Verleihung verweist, verbreitet aus meiner Sicht eher ein Bild der Provinzialität,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

besonders wenn man weiß, dass diese Veranstaltungen im nächsten Jahr in Berlin stattfinden werden.

(Heiterkeit bei der SPD)

Der Innovationsfonds "Wachsende Stadt" – ursprünglich für Investitionen vorgesehen – finanziert all diese Spieleien. Wo es um PR geht, sind leicht 15 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Es wird dafür sogar eine eigene GmbH gegründet, deren jährliche Verwaltungskosten läppische 800 000 Euro betragen.

Im Wohnungsbau – man sollte meinen, das Thema ist ganz eng mit Einwohnerwachstum verbunden – wird gekürzt. Von 1991 bis 2001 wurden in Hamburg über 75 000 Wohnungen gebaut – durchschnittlich also 7500 Wohnungen im Jahr. Das aktuelle Wohnungsbaprogramm sieht gerade einmal die Förderung von 2600 Wohnungen vor. Und das sind nicht einmal alles neue

C zusätzliche Wohnungen, sondern auch Umbauten, Modernisierungen oder Gebrauchtmobilien. Selbst diese Planzahl von 2600 wird nicht erreicht. Im Jahre 2003 wurden keine 700 Wohnungen gefördert. Das ist in Hamburg ein historischer Tiefstand.

Eine wirklich wachsende Stadt braucht mehr Wohnungsbau und nicht weniger. Die Förderkapazität der Wohnungsbauskreditanstalt ist lediglich zu einem Sparschwein des Senats verkommen, das geknackt wird, wenn immer wieder ein neues Haushaltsloch auftaucht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dabei muss man sich vor Augen führen, dass bis zum Jahre 2012 über 45 000 öffentlich geförderte Wohnungen aus der Mietpreisbindung fallen und Bauprojekte wie "Neugraben 65" oder die Nutzung von Konversionsflächen nicht vorankommen.

Während Familien im Umland immer günstigere Angebote für Baugrundstücke finden, gilt das in Hamburg nicht. Das liegt auch nicht in Hamburgs Interesse. Eine solche Wohnungspolitik und gleichzeitig Ihre Wachstums-PR sind etwas, auf das der Wohnungsmarkt reagiert. Allein von 2001 auf 2003 sind die Mieten um 5,1 Prozent gestiegen, obwohl es vorher eine lange Preisstabilität gab. Wen trifft das? Es trifft vor allem jene, die größere Wohnungen suchen und sich teuren Wohnraum nicht leisten können. Es trifft Familien mit Kindern.

D Wie phrasenhaft das Projekt der "Wachsenden Stadt" ist, hat kürzlich Ihr Justizsenator unfreiwillig komisch deutlich gemacht: Der Senat baut bekanntmaßen in Billwerder – einer sagt, es sei ein werdender Prozess – für 23 Millionen Euro zusätzliche Haftplätze, deren Auslastung mehr als fraglich ist. Bereits jetzt sind die Vollzugsanstalten in Hamburg gar nicht ausgelastet. Wenn diese Entwicklung andauert, gibt es nach Beendigung des zweiten Bauabschnitts in Billwerder 500 Haftplätze, die wir in Hamburg überhaupt nicht brauchen. Anstatt nun dem Parlament einen Bedarfsplan vorzulegen, verweist der Staatsrat lapidar auf die wachsende Stadt, die werde es schon richten.

(Heiterkeit bei der SPD)

Sie zeichnen ein seltsames Bild von einem wachsenden Hamburg. Wohnungen, Beschäftigungsförderung, Berufs- und Weiterbildung brauchen Sie nicht. Was Sie aber brauchen, sind mehr Haftplätze und Presseerklärungen. Das ist ein Zerrbild und kein Leitbild.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Diese PR-Politik der vollmundigen Ankündigungen ohne Konzept bringt Hamburg in der Wirtschaftspolitik, in der Stadtentwicklungsarbeit, in der Kultur- und Sportpolitik nicht weiter. In der Schulpolitik richtet sie großen, großen Schaden an und die Finanzpolitik kann sich eine solche Politik des Ankündigens und des Schönfärbens schlichtweg nicht leisten.

Während die Steuerlast – ich habe vorhin darauf hingewiesen und mich auf Herrn Peiner bezogen – in Deutschland sehr gering ist, sind die Abgaben auf Beschäftigung zur Finanzierung der Renten-, der Kranken-, der Pflege- und der Arbeitslosenversicherung in den letzten Jahrzehnten – vor allem während der Regierung Kohl – erheblich angestiegen.

(Henning Tants CDU: Das musste ja kommen!)

A Unser Sozialsystem ist teuer, vielleicht auch hier und dazu teuer, vor allem wird es aber durch Abgaben und Beschäftigung finanziert. Keine andere entwickelte Volkswirtschaft tut das in einem Maße wie wir in Deutschland. Die hohen Abgaben auf Arbeit wirken oftmals wie eine Strafsteuer auf Beschäftigung und das muss sich ändern.

Die Reformvorhaben der Bundesregierung packen dies offensiv an.

Auch Schleswig-Holstein hat hier jüngst interessante Vorschläge gemacht. Hamburg, unsere Stadt, sollte dies auch tun und im Bundesrat eine konstruktive, eine gestaltende und keine oppositionelle Rolle einnehmen, denn nur Wachstum und Beschäftigung können die notwendigen Ressourcen, die notwendigen Steuereinnahmen liefern, um Fortschritt durch Bildung, Wissenschaft, Integration und Förderung der Familien ermöglichen.

Die Steuerschätzung, die uns jetzt vorgelegt worden ist, hat eine erneute Verschlechterung von 260 Millionen Euro gebracht. Diese Verschlechterung teilt der Senat in Mindereinnahmen und Mehrzahlungen in den Länderfinanzausgleich auf.

Die eine Hälfte soll gekürzt werden – nach der gleichen Jesteburg-Methode, die bisher schon nicht geklappt hat – und die andere Hälfte sollen mehr Einwohner und damit verbunden geringere Zahlungen in den Länderfinanzausgleich regeln. Der Plan ist also: 10 000 Einwohner Wachstum pro Jahr. Das Problem dabei ist nur, dass wir schon in den letzten Jahren jeweils um 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gewachsen sind. Gleichzeitig sind natürlich auch die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich gestiegen. Das heißt, dieses Konzept wird nicht aufgehen.

Hier wird offensichtlich das Feld dafür bereitet, die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich grundsätzlich aus dem Haushalt herauszurechnen. Das kann man machen, das kann man sogar irgendwie begründen und wir können uns auch heute und in den nächsten zwei Tagen und vielleicht auch 2006 selbst belügen. Aber die Defizite, die Neuverschuldung und der ständige Verkauf des Vermögens werden dadurch nicht weniger. Unsere Kinder und Enkel werden die Rechnung in Form von Schulden, unglaublichen Zinszahlungen und in Haushaltlöchern verschwundenem Tafelsilber bezahlen müssen. Das ist nicht in Hamburgs Interesse.

(Beifall bei der SPD – Dr. Andreas Mattner CDU:
Das ist neu für die SPD!)

Ich wollte es Ihnen eigentlich ersparen: 44 Jahre haben Sozialdemokraten in dieser Stadt regiert.

(Dr. Andreas Mattner CDU: Und alles ausgegeben!)

In diesen 44 Jahren haben sich – zugegebenermaßen – 18 Milliarden Euro Schulden angesammelt. Unter der Voraussetzung, dass Sie das zusammen hinbekommen und der Bürgermeister wirklich bis 2008 Bürgermeister bleiben sollte, ist es so, dass er die Geschwindigkeit und den Marsch in die Verschuldung verdoppelt hat. Er macht jedes Jahr mit der Planung, die Sie bisher vorgelegt haben, doppelt so viel Schulden wie alle sozialdemokratischen Bürgermeister vorher.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zurück zum Länderfinanzausgleich. Wer den Länderfinanzausgleich ständig thematisiert, schafft bei den Menschen eine Erwartungshaltung, die er nicht erfüllen kann. Diese Erfahrung haben beim letzten Mal übrigens auch die Herren Teufel, Koch und Stoiber hinnehmen und erleiden müssen. Fragen Sie dort einmal nach, Sie haben ja gute Kontakte. Ich kann Ihnen nur raten, die Finger von einer Neuregelung des Länderfinanzausgleichs zu lassen. Hier hätte Hamburg – das haben die Forderungen 2000 schon bei den Südländern gezeigt – ganz schlechte Karten und mehr zu verlieren als zu gewinnen.

(Bernd Reinert CDU: Nee!)

Wir können von Glück sprechen, dass das im Jahre 2000 noch einmal gut gegangen ist. Das lag auch daran, dass wir damals einen Bürgermeister hatten, der etwas von Finanzen und vom Finanzausgleich verstand.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Kai-Hendrik Voet van Vormizeele CDU: Wer war das denn?)

Heute hätte Hamburg allein schon deshalb sehr schlechte Karten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die hohen Zahlungen im Länderfinanzausgleich bedeuten immer, dass ein Land im Ländervergleich relativ gut da steht.

(Zurufe von der CDU)

– Sie sprechen mir aus dem Munde und aus dem Herzen.

Wir in Hamburg haben eine robustere Einnahmesituation als andere Bundesländer, aber die kommt nicht über Nacht, die kommt auch nicht in zwei oder drei Jahren. Sie ist vor allem ein Erfolg der Wirtschafts- und Strukturpolitik sozialdemokratischer Senatoren und Bürgermeister.

(Beifall bei der SPD und Zurufe von der CDU)

Sie wollen hier doch nicht allen Ernstes die Leistungen von Max Brauer, von Paul Nevermann, von Herbert Weichmann oder Henning Voscherau und Ortwin Runde klein reden.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Und Gerhard Schröder!)

Wenn es um die Probleme in unserer Stadt geht, verweisen Sie immer wieder sehr gern auf die 44 Jahre sozialdemokratischer Regierung in Hamburg und immer auf die eigenen kleinen Pflanzen, die Sie erst in zwei Jahren setzen konnten. Gleichzeitig lassen Sie sich aber für die Früchte, die andere gesät haben, als Bürgermeister des Jahres feiern. Das geht so auch nicht und entspricht nicht der Wahrheit. Das wissen Sie selbst.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Den Strukturwandel vom Werften- und Industriestandort zum Dienstleistungs- und Handelszentrum, zur Medienstadt haben nicht Sie, Herr Bürgermeister und Ihre Kollegen in der Fraktion, sondern Ihre sozialdemokratischen Vorgänger im Amt erreicht.

(Ralf Niedmers CDU: Alles klar!)

Das können Sie weder durch häufiges Dagegenrufen und -schreien aus dem Gedächtnis der Menschen noch aus dem Stolz der Sozialdemokraten entfernen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

D

A Zurück zur angeblichen Reduzierung des Länderfinanzausgleichs. Ich sage Ihnen schon heute: Bei den vielen Faktoren, die bei der Berechnung des Länderfinanzausgleichs eine Rolle spielen, liegen Ihre Ausreden, warum das mit den geringeren Zahlungen wieder einmal nicht geklappt habe, warum der Senat natürlich nie daran Schuld trüge und warum trotzdem alles gut werden wird, in der Schublade. Menschlich ist das zwar verständlich, solche Ausreden zu suchen, politisch ist es aber falsch.

Das läuft genauso wie bei der Idee, durch Vermögensverkäufe – das war eine Idee von Herrn Freytag, die er jahrelang immer wieder im Haushaltsausschuss zelebriert hat – die Schulden und Zinszahlungen zu reduzieren. Das hat bisher nicht funktioniert. Sie wollten auf diese Weise 75 Millionen Euro einsparen. Am Ende floss alles, was Sie an Tafelsilber verkauft haben, das Sie im Übrigen nur verkaufen können, weil es in 44 Jahren von irgendjemandem – ich weiß nicht, vom wem – geschaffen worden ist, in Ihre Haushaltstlöcher. Es wurde aber im Ergebnis nicht ein einziger Euro gespart.

(*Barbara Ahrns CDU*: Sie werden immer weniger Prozente kriegen, wenn Sie so weitermachen! Immer wieder der alte Zopf. Dass Sie das nicht merken!)

Das Einsparziel wurde dann schlankweg per Pressemitteilung als erreicht erklärt, weil die Zinsen im Moment zugegebenermaßen niedrig sind. So geht man aber nicht in einer wirklich ernsten Finanzlage mit der Gesundung unseres Haushalts um. Das ist nicht in Hamburgs Interesse. Hamburg braucht nicht nur einen rhetorisch, sondern einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt.

B (Beifall bei der SPD)

Die Menschen in unserer Stadt brauchen ihn zur Bewältigung ihrer alltäglichen Probleme, sei es Kriminalität, Arbeitslosigkeit oder Verschmutzung im Stadtteil. Die Menschen brauchen einen tatsächlich ausgeglichenen Haushalt für die Gestaltung ihrer Zukunftschancen durch Bildung, Qualifizierung und Kindertagesbetreuung.

Um den Menschen in unserer Stadt aber diese Zukunftschancen nicht zu verwehren, sondern ermöglichen zu können, brauchen wir in Hamburg nicht noch mehr leere Ankündigungen, nicht noch mehr leere Versprechungen, nicht noch mehr Sonntagsreden, in denen das Leitbild der "Wachsenden Stadt" ausgeschmückt wird, ohne dass konkrete Konzepte oder Maßnahmen folgen.

Meistens werden diese Versprechen, Ankündigungen und Leitbilder noch mit ganz viel PPP – Public-private-partnership – angereichert, die nichts anderes bedeutet als: Wir haben da zwar irgendeine Idee, wissen aber überhaupt noch nicht, wie wir das bezahlen sollen.

Das hat – das respektiere ich – nach drei Jahren mittlerweile auch die CDU-Fraktion gemerkt und ersucht den Senat nun mutig, ein Konzept vorzulegen. Das ist wirklich ein Höhepunkt des konservativen Parlamentsverständnisses.

(Beifall bei der SPD und bei Christian Maaß GAL)

Zu einem wirklichen Plan für Hamburg, der aus mehr als nur Versprechen, Leitbildern und Ankündigungen besteht, gehört vor allem ein ganzheitliches Konzept, wie wir in Hamburg wieder mit den laufenden Einnahmen die laufenden Ausgaben finanzieren können.

(*Volker Okun CDU*: Jetzt machen Sie uns aber neugierig!) C

Bis 2015 scheiden rund 25 000 Menschen aus dem Hamburger öffentlichen Dienst aus. Da kann man nicht, wie bisher immer, nur dort etwas sparen, wo zufällig eine Stelle frei wird. Die Chance, den personellen Umbruch der nächsten Jahre für eine umfassende Modernisierung des öffentlichen Dienstes zu nutzen, dürfen wir nicht ungenutzt vorbeiziehen lassen. Wir brauchen einen Plan, mit dem wir auch im Konsolidieren aktiv die Richtung vorgeben und die richtigen politischen Schwerpunkte setzen. Wir dürfen uns auch in der Konsolidierung nicht von dem Anspruch freimachen, Politik zu gestalten, vor allem die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Zu einem solchen Plan gehört auch, an die Strukturen der Hamburger Verwaltung heranzugehen, an Verwaltungsabläufe, an Hierarchien, an die Entflechtung der Ebenen, der Behörden, der Fachbehörden, der Bezirke. Dazu gehört auch die Frage, wie viele Mitarbeiter wir an welcher Stelle brauchen, um die notwendigen Dienstleistungen zu erbringen. Hier müssen Effizienzsteigerung, Qualität, Schnelligkeit und vor allen Dingen mehr Kundennähe im Mittelpunkt stehen. Ein solcher Umbau jedoch kann nur mit den Beschäftigten und nicht gegen sie erfolgen. Es kann auch nur immer wieder dann gelingen, wenn der Senat nicht ständig mit betriebsbedingten Kündigungen droht. Bis heute hat der Senat der Bürgerschaft kein Konzept zur Gestaltung dieses Umbruchs vorgelegt. Das ist auch nicht in Hamburgs Interesse.

Deshalb fordere ich Sie auf, uns einen solchen Masterplan vorzulegen. Dann diskutieren wir gemeinsam in und mit der Stadt, was notwendig ist und was nicht.

Vor zwölf Wochen erwiderte ich auf Ihre Regierungserklärung, Herr von Beust, dass wir Sozialdemokraten eine konstruktive, eine gestaltende Opposition sein werden.

(*Klaus-Peter Hesse CDU*: Das wird auch langsam Zeit!)

Wir müssen gemeinsam für Hamburg, für die Menschen in unserer Stadt, in der Finanzpolitik auch über die Wahlperiode hinaus denken. Wir machen es uns nicht leicht, fordern immer nur mehr und lehnen gleichzeitig jede Maßnahme des Senats ab. Das ist nicht unser Oppositorientationsverständnis.

(*Bernd Reinert CDU*: Aber das schlägt sich nicht in Ihren Anträgen nieder!)

Wir Hamburger Sozialdemokraten bieten Ihnen deshalb unsere Unterstützung für eine Politik an, die unseren Haushalt wieder auf gesunde Beine stellt.

(*Volker Okun CDU*: Das sind ja Lippenbekenntnisse!)

Eine solche Finanzpolitik werden wir ebenso unterstützen, wie wir den Kauf von Beiersdorf-Anteilen durch die Stadt zur Sicherung des Standorts Hamburg unterstützen. Zu einer solchen Politik gehört aber auch Ehrlichkeit,

(*Volker Okun CDU*: Ja, wohl wahr!)

die Risiken, die es ohne Zweifel auch bei diesem Geschäft gibt, offen und klar zu benennen. Wenn man ein Aktienpaket für 1,1 Milliarden Euro kauft und der aktuelle

- A Kurswert keine 800 Millionen Euro beträgt, dann muss man ein solches Risiko benennen und nicht, wie Sie es hier tun, als rein hypothetisch darstellen.

(Beifall bei der SPD)

Ich wiederhole mein Angebot: Wir Sozialdemokraten bieten unsere Unterstützung an für eine konsequente und systematische Politik der Gesundung der Staatsfinanzen, für eine Finanzpolitik, die auf einen tatsächlichen und nicht nur rhetorisch ausgeglichenen Betriebshaushalt zuläuft, die auf Luftbuchungen wie Zinsreduzierung ohne Schuldenreduzierung oder die Senkung von Finanzausgleichszahlungen durch Einwohnerzuwachs verzichtet.

Wir bieten unsere Unterstützung an für eine Konsolidierung, die von der Jesteburg-Methode des "trial and errors" Abschied nimmt, die nicht nach jeder Steuerschätzung lediglich nach Haushaltsresten fahndet, sondern strukturelle Einsparungen erzielt.

Wir bieten unsere Zusammenarbeit an für eine Finanzpolitik, die wirklich und nicht nur in Pressegesprächen die Steuerquote auf ein akzeptables Niveau anhebt, die für Zukunftsinvestitionen, für die Verbesserung unseres Bildungswesens, der Kindertagesbetreuung, der Qualifizierung und Beschäftigung der Menschen notwendig ist.

(Beifall bei der SPD)

Wir bieten unsere Zusammenarbeit an für eine Finanzpolitik, die in Berlin nicht nur nach Sündenböcken für eigene Konzeptlosigkeit sucht, sondern mithilft, die Reform des Arbeitsmarktes und der Arbeitsvermittlung zum Erfolg zu machen.

- B Hamburg profitiert nicht von der Pendlerpauschale oder der Eigenheimzulage. Davon profitiert nur unser Umland. Handeln Sie also im Interesse unserer Stadt. Der Senat handelt gegen Hamburger Interessen, wenn er der Streichung dieser Steuervergünstigungen widerspricht und sie blockiert.

Wir bieten Unterstützung an für eine Finanzpolitik, die im Bundesrat nicht die Maßnahmen der Bundesregierung zur Stabilisierung der Steuern und zum Abbau der Steuervergünstigungen blockiert, sondern im Hamburger Interesse entscheidet, was für Hamburg gut und was für Hamburg schlecht ist.

Hamburg braucht eine finanzielle und politische Perspektive. Wir sind dazu bereit mitzuarbeiten.

Die finanzielle Krise ist jedoch nicht das Ende von Politik. Im Gegenteil. Zur Politik gehört auch, dass man die Entscheidungen des Volkes anerkennt. Wir Sozialdemokraten akzeptieren auch, dass Sie in der Bürgerschaft die Mehrheit der Mandate haben.

(Barbara Ahrons CDU: Es bleibt Ihnen auch nichts anderes übrig! – Marcus Weinberg CDU: Danke schön!)

Akzeptieren Sie aber auch, dass unser Volk und Hamburg keinen Mehrheitsverkauf unserer Krankenhäuser will

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

und akzeptieren Sie auch, dass die Bevölkerung ein anderes Wahlrecht will, als wir es hier gemeinsam beschlossen haben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ihr Versuch nun, durch Tricksereien, die ein bisschen an Winkeladvokaten erinnern, Volksentscheide dadurch auszuhebeln, die Krankenhäuser trotzdem zu verkaufen und Volksentscheide in Zukunft nur noch auf Briefwahl zu beschränken, beschädigt unsere Demokratie in Hamburg.

Wenn wir am Sonntag etwas gelernt haben,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Dass keiner mehr die SPD wählt!)

dann ist es doch das, dass wir mehr Menschen für unsere Demokratie begeistern müssen und nicht versuchen sollten, sie durch Bürokratie und Verfahrenstricks von der Abstimmung fern zu halten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Herr Bürgermeister, Sie haben hier vor einigen Wochen Ihren Amtseid geleistet. Sie wollten den Nutzen unserer Stadt mehren. Es ist eigentlich ganz einfach: Handeln Sie danach und vergessen Sie nicht: Der Maßstab für gute Politik sind die Menschen in unserer Stadt. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsident Berndt Röder: Ich gebe Ihnen jetzt die Ergebnisse der Wahlen bekannt.

Bei allen drei Wahlen sind jeweils 106 Stimmzettel abgegeben worden, die alle gültig waren.

Bei der Wahl eines Mitglieds für das Kontrollgremium nach dem Gesetz zur Umsetzung von Artikel 13 Absatz 6 des Grundgesetzes entfielen auf Herrn Dr. Andreas Dressel 98 Ja-Stimmen bei zwei Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Damit ist Herr Dr. Dressel gewählt worden.

Bei der Wahl eines Mitglieds für den Kontrollausschuss zur parlamentarischen Kontrolle des Senats auf dem Gebiet des Verfassungsschutzes entfielen auf Herrn Dr. Andreas Dressel 99 Ja-Stimmen bei einer Nein-Stimme und sechs Enthaltungen. Damit ist Herr Dr. Dressel gewählt worden.

Bei der Wahl eines Mitglieds für die Kommission zur Durchführung des Gesetzes zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses entfielen auf Herrn Dr. Andreas Dressel 97 Ja-Stimmen bei drei Nein-Stimmen und sechs Enthaltungen. Herr Dr. Dressel ist damit gewählt worden.

(Beifall bei Dr. Andrea Hilgers und Michael Neumann, beide SPD)

Das Wort bekommt nunmehr der Abgeordnete Reinert.

Bernd Reinert CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst eine der zentralen Botschaften – um nicht zu sagen, die zentrale Botschaft – von Herrn Neumann aufgreifen, der hier so schön sagte, Hamburg müsse die Bundesregierung in jeder Beziehung unterstützen, dann käme die Welt und damit auch Hamburg wieder in Ordnung.

(Erste Vizepräsidentin Barbara Duden übernimmt den Vorsitz.)

C

D

A Lieber Herr Neumann, ich glaube, die Wähler haben am Sonntag gezeigt, dass dies eine absolute Minderheitsmeinung ist.

(Beifall bei der CDU)

Das Vertrauen in diese Bundesregierung schwindet kontinuierlich. Es schwindet zu Recht, weil kein messbarer Fortschritt zu erkennen ist.

Herr Neumann, Sie haben heute das wiederholt, was Sie in der Debatte zur Regierungserklärung gesagt haben: Da, wo der Senat das Richtige tut, findet er unsere Unterstützung, Sie seien eine konstruktive Opposition. Ich wünschte mir, dass das auch nur in Andeutungen in Ihren Anträgen wiederzufinden wäre.

(Beifall bei der CDU – *Ingo Egloff SPD*: Dann müssen Sie sie mal richtig lesen!)

Ich möchte Sie einmal fragen: Warum wurde angesichts der massiven Kritik, die Sie hier geäußert haben, unser Bürgermeister Ole von Beust vor wenigen Wochen von renommierten Fachleuten mit dem Titel "Bürgermeister des Jahres"

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Fremde Federn!)

ausgezeichnet und Hamburg zur reformfreudigsten Großstadt Deutschlands erklärt?

(Beifall bei der CDU)

Eine solche Auszeichnung ...

(*Doris Mandel SPD*: Dass Sie das noch erwähnen mögen, ist peinlich!)

B – Frau Mandel, ich möchte jetzt nicht sagen, dass es für Sie peinlich ist.

Lassen Sie uns vielleicht auf Folgendes verständigen:

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Heißt der Runde?
– Gegenruf von *Karl-Heinz Warnholz CDU*: Nee, das ist Futterneid!)

Ohne die gute Arbeit, die auch in den vergangenen Jahrzehnten geleistet wurde, wäre dieses nicht so leicht möglich gewesen. Aber als "Everybody's Darling" erreicht man eine solche Auszeichnung nicht. Die Auszeichnung als reformfreudigste Großstadt hätte Hamburg bis zum Jahre 2001 weit verfehlt.

(Beifall bei der CDU)

Der Reformwille, der diesen Senat kennzeichnet, wird durch die Verwaltungsreform, die wir auf den Weg bringen, noch erheblich sichtbarer und spürbarer werden. Das wird allerdings auch bedeuten, dass wir manche von vielen liebgewonnenen Verwaltungsbiotopen auflösen müssen. Das mag im Einzelfall für die Betroffenen unangenehm sein. Unser Ziel ist aber ein bürger- und unternehmensfreundlicher sowie schneller Service mit zügigen Entscheidungen, die vor Ort getroffen werden und die damit die kommunale Demokratie stärken.

(Beifall bei der CDU)

In den Jahren 1994 bis 2001 wurde hier auch schon viel über die Konsolidierung des Haushalts gesprochen. Die SPD-geführten Senate brachten gewiss auch einiges auf den Weg, um die finanzielle Situation der Stadt zu stabilisieren.

(*Ingo Egloff SPD*: Mehr als Sie!)

– Hören Sie bitte zu, Herr Egloff.

(*Ingo Egloff SPD*: Ich höre zu!)

Damals waren die Bedingungen etwas anders. Sie sprachen damals von zurückgehenden Steuereinnahmen, obwohl Hamburg im Jahre 1994 5,8 Milliarden Euro Steuern behalten konnte. Im Jahre 2001 waren sie auf 6,9 Milliarden Euro gestiegen. Das heißt, Sie hatten objektiv 1,1 Milliarden Euro mehr Einnahmen. Weil Sie aber in Ihren Annahmen bezüglich der Höhe der Steuereinnahmen noch optimistischer gewesen waren, sprachen Sie von zurückgehenden Steuereinnahmen. Das war Ihre Logik.

Tatsache ist, dass wir uns heute im Jahre 2004 mit den Steuereinnahmen in Höhe von 6,7 Milliarden Euro, die Hamburg verbleiben, immer noch unter dem Niveau des Jahres 2000 bewegen. Die Steuereinnahmen sind seit vier Jahren nicht gestiegen, sondern gefallen; damit müssen wir umgehen. Wir in Hamburg schaffen das auch.

Werfen wir doch einmal den vergleichenden Blick nach Berlin, den Herr Neumann angeregt hat. Während der Bund seine Neuverschuldung von 23,8 Milliarden Euro in 2001 auf 40 Milliarden Euro in diesem Jahr erhöht, werden in Hamburg trotz der Einnahmeprobleme weniger neue Schulden gemacht. Im Jahre 2001 waren es 0,82 Milliarden Euro, in 2004 werden es 0,75 Milliarden Euro sein. Das ist ein echter Konsolidierungserfolg.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen den ausgeglichenen Betriebshaushalt im Jahre 2006 erreichen. Dafür legt der heute zu diskutierende Haushaltplan-Entwurf eine sehr solide Grundlage. Schon die bereinigten Gesamtausgaben des letzten Haushalts stiegen lediglich um 0,1 Prozent. Davon ist ein erheblicher Teil im Anstieg gesetzlicher Leistungen begründet, gegen den wir in Hamburg gar nichts machen können. Herr Neumann, das ist ein weiterer Erfolg der Bundesregierung.

(*Michael Fuchs CDU*: Sehr richtig!)

Wir werden die Aufgabekritik fortsetzen und neue Aufgaben durch Umschichtung und nicht durch Mehrausgaben finanzieren. Die Erfolge unserer Politik zeigen sich in einer sehr deutlich steigenden Finanzkraft. Damit sind wir bei Ihrem Thema Länderfinanzausgleich.

Im Jahre 1996 lag Hamburgs Finanzkraft bei 105 Prozent des Bundesdurchschnitts. In diesem Jahr liegen wir bei knapp 120 Prozent. Das ist ein Eindruck der Stärke der vor allem mittelständisch geprägten Wirtschaft Hamburgs. Wenn ich dazu im Vergleich nach Nordrhein-Westfalen schaue, dann lag seine Finanzkraft Mitte der Neunzigerjahre bei 107 Prozent des Bundesdurchschnitts, sie sank im vergangenen Jahr aber auf 100,9 Prozent.

Damit beschert uns der Hamburger Erfolg mit der Stärkung seiner Finanzkraft auf der anderen Seite ein Riesenproblem. Wenn wir 1996 etwa 2,8 Prozent unserer Steuereinnahmen abführen mussten, so werden es in diesem Jahr mit etwa 570 Millionen Euro mehr als 7 Prozent sein.

Wenn sich SPD-geführte Bundesländer genauso um die Stärkung ihrer Wirtschaftskraft bemühen würden wie Hamburg, dann, Herr Neumann, müssten wir nicht so hohe Zahlungen in diesen gemeinsamen Topf leisten.

(Beifall bei der CDU)

C

D

A Herr Neumann, weil Sie im Zusammenhang mit der Länderfinanzausgleichsreform den früheren Bürgermeister Runde erwähnt haben,

(*Michael Neumann SPD*: Nicht namentlich! Aber gut, dass Sie das erkannt haben!)

möchte ich gern an eines erinnern: Herr Runde hat es damals als einen seiner Erfolge bezeichnet, dass der Anteil der in die Berechnung einzubeziehenden Gemeindesteuern von 50 Prozent auf 62,5 Prozent stieg. Gerade das machte heute für Hamburg die zusätzliche Belastung aus. Auf die Art und Weise haben wir einen Länderfinanzausgleich bekommen, der Hamburg eher schwächt als stärkt.

Wir müssen trotz dieser finanziellen Zwänge sehen, wie wir an den notwendigen Stellen den Handlungsbedarf für die Stadt schaffen. Ich möchte hier auf eines verweisen: Im Bildungsbereich hat sich die Zahl der Hauptschulabgänger ohne Abschluss gegenüber dem Jahr 2000/2001 durch eine erfolgreiche Schulpolitik, durch die Stärkung des Profils der Hauptschulen, die weitere Einführung von Praxisklassen und anderes mehr um ein Viertel vermindert. Das sind Ziele, die wir in dieser Wahlperiode weiter verfolgen. Wir werden ungerechtfertigte Bevorzugungen einzelner Schularten beseitigen, um damit die Handlungsspielräume zu schaffen, die wir in der Bildungspolitik brauchen. Denn das Ziel der schulischen Ausbildung muss sein, junge Menschen ausbildungs- und studienfähig zu machen. Man darf nicht nur darauf schauen, was man in die Schule hineinstickt. Am Ende zählt, was dabei herauskommt.

B (Beifall bei der CDU)

Dass dabei notwendige Korrekturen erfolgen, sehen Sie daran, dass wir für das kommende Schuljahr die Unterrichtsfaktoren für den Grundschulbereich neu festsetzen. Das heißt, Grundschullehrer werden entlastet, können in dieser zusätzlichen Zeit außerunterrichtliche Tätigkeiten oder auch mehr das Gespräch mit den Eltern pflegen, das gerade bei dieser Schulform besonders wichtig ist.

Allerdings – das sagt Herr Neumann – sparen wir Lehrerstellen. Wenn man zum Vergleich in den SPD-Haushaltsantrag hineinschaut, dann liest man, dass 400 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden sollen. Lieber Herr Neumann, erklären Sie mir bitte einmal Folgendes: Sie sagen auf der generellen Ebene immer, dass die Konsolidierung des Senats nicht ausreichend sei. Wie können Sie dann auf der konkreten Ebene

(*Michael Neumann SPD*: Das habe ich alles gesagt! – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Zuhören!)

solche Forderungen stellen, die allein in diesem Bereich Mehrkosten von 30 Millionen Euro pro Jahr verursachen? Das ist mir bei Ihren Anträgen aufgefallen. Herr Neumann, ich glaube, es sind fünf Anträge – mit Ausgaben im Bereich von jeweils 100 000 Euro oder weniger –, bei denen Sie konkrete Deckungsvorschläge bringen. Aber um die großen Probleme haben Sie sich fein säuberlich in allen Anträgen herumgemogelt

(Beifall bei der CDU)

und bleiben die wirklich solide Finanzierung schuldig.

(*Michael Neumann SPD*: Die Pendlerpauschale allein bringt 100 Millionen Euro!)

C Die GAL würde gern – wenn sie es könnte – noch etwas mehr aus dem Vollen schöpfen. Aber zum Glück kann sie es nicht. Denn das ungedeckte Forderungsvolumen ihrer Anträge erreicht locker eine dreistellige Millionenhöhe.

(*Beifall bei der CDU – Gesine Dräger SPD*: Wie wäre es mal mit zuhören? – *Dr. Willfried Maier GAL*: Was?)

Sie haben gesagt,

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Das ist völliger Unsinn! PISA-Schwäche! – Beifall und Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

– PISA-Schwäche mag durchaus sein, schließlich bin ich unter sozialdemokratischen Senatoren in Hamburg ausgebildet worden –

(Beifall bei der CDU)

Bildung müsse der alles überragende Schwerpunkt der Politik in Hamburg sein

(*Gesine Dräger SPD*: Sie haben das gesagt!)

und jede Betriebsausgabe, die man in die Bildung steckt, sei eine Investition. Haushaltsrechtlich, Herr Neumann, ist der Satz noch verbesserungswürdig.

(*Michael Neumann SPD*: Wenn man es nicht verstehen will, versteht man es nicht!)

Wenn man das tatsächlich so sagt, dann muss man sich auch Folgendes anhören: Allein wegen des Bildungssystems kommt niemand nach Hamburg. In den vergangenen Jahren haben Menschen gesagt, dass sie auch wegen des Bildungssystems aus Hamburg weggehen. Das ändern wir. Wir wollen dieser Stadt dadurch zusätzliche Perspektiven verleihen, indem wir die Lebensqualität unserer Stadt weiter steigern, Arbeitsplätze schaffen, eine leistungsfähige Infrastruktur bieten, sodass

(*Gesine Dräger SPD*: Wo denn?)

D die Menschen in Sicherheit leben können, durch ein wirtschaftsfreundliches Klima Investitionen in die Stadt hineingeholt werden und dabei auch das Bildungsangebot zunächst einmal den nationalen Durchschnitt und dann internationales Niveau erreicht. Aber nur mit Bildungspolitik werden wir die Probleme in unserer Stadt nicht lösen können.

(Beifall bei der CDU)

Wir wollen Hamburg zu einer familienfreundlichen Metropole entwickeln. Deshalb haben wir auch trotz der finanziellen Enge für die Neuregelung der Kindertagesbetreuung in unserer Stadt gesorgt.

(*Gesine Dräger SPD*: Sie? – *Dr. Martin Schäfer SPD*: Kein Stück haben Sie gemacht!)

Damit schaffen wir für junge Familien eine verlässliche Grundlage.

Sie fragen ironisch: Sie? Ich aber frage nicht ironisch zurück: Wer hat denn in diesem Haus die Mehrheit?

(*Gesine Dräger SPD*: Da klatschen nicht mal Ihre Leute!)

Die Behörde für Soziales und Familie wird darüber hinaus die von der Handelskammer vor kurzem ins Leben gerufene Allianz für die Familie unterstützen, denn diese Ziele sind mit unseren Zielen deckungsgleich.

A Ich sage eben schon, dass wir den Wirtschaftsstandort stärken und die Beschäftigung fördern müssen. Lassen Sie uns dabei auf einige Zahlen schauen, die belegen, dass Hamburg weit besser dasteht als der Bundesdurchschnitt.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Und das trotz des Bundesdurchschnitts!)

Wir konnten im vergangenen Monat einen Rückgang der Arbeitslosigkeit um 3,5 Prozent verzeichnen; im westdeutschen Durchschnitt ging die Arbeitslosigkeit nur um 0,2 Prozent und im Bundesdurchschnitt um 1,2 Prozent zurück. Hamburg steht also deutlich besser da als der Bundesdurchschnitt.

(Beifall bei der CDU)

Ich nenne das Beispiel Firmengründungen. In Hamburg gab es im Jahre 2003 19 700 Gewerbeanmeldungen. Das sind 115 Anmeldungen pro 10 000 Einwohner. Diese Zahlen liegen weit über dem Bundesdurchschnitt von 88 Anmeldungen pro 10 000 Einwohner. Das heißt, Hamburg ist eine Stadt, die eine wirtschaftliche Dynamik aufweist, die wir zum Beispiel weiter durch das Welcome Center, durch den weiteren Ausbau des Hafens

(*Gesine Dräger SPD*: Wofür Sie kein Geld haben!)

und auch durch mehr Eigenverantwortung der Bürger – wie zum Beispiel durch die Einführung von Business Improvement Districts – stärken wollen. Demnächst werden in zwei Modellbezirken entsprechende Projekte beginnen.

(*Manuel Sarrazin GAL*: Auf wessen Antrag?)

So liegt auch unsere Stadtentwicklung auf einem Zukunftskurs. Wir stellen die notwendigen Flächen bereit. Herr Neumann, es ist schon unseriös, wenn man von Wohnungsbauzahlen redet und dabei nur den sozialen Wohnungsbau im ersten Förderweg zur Grundlage macht. Wir legen auch ganz bewusst Wert darauf, den Eigenheimbau deutlich mehr als den sozialen Wohnungsbau zu fördern,

(*Ingo Egloff SPD*: Wie viele sind denn da gebaut worden? – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Kein Stück!
– Gegenruf von *Hans-Detlef Roock CDU*: Viel mehr als bei Ihnen!)

denn diese Menschen sind für die Steuerkraft Hamburgs von außerordentlicher Bedeutung.

(Beifall bei der CDU)

Es klang fast so, als würde es einen großen Gegensatz zwischen Hamburg und seinen Nachbargemeinden und -kreisen geben. Das Gegenteil ist der Fall. Nie hat die norddeutsche Zusammenarbeit so gut funktioniert – insbesondere die Verwaltungskooperation mit Schleswig-Holstein und die Zusammenarbeit in der Metropolregion Hamburg – wie unter diesem Senat. Der Bürgermeister trifft sich regelmäßig mit den Landräten der Metropolregion und die Kooperationsprojekte schreiten weiter voran. Die Geschäftsstelle soll zu einer gemeinsamen schlagkräftigen Einrichtung ausgebaut werden. Das heißt, auch hier trägt der Senat durch sein Handeln dazu bei, dass die Metropolregion insgesamt gestärkt wird. Dies ist eine Kooperation, von der beide Seiten profitieren.

Lassen Sie mich zum Schluss kommen. In einer Zeit knapper Kassen ist es wahrlich kein Vergnügen, einen

Haushaltsplan aufzustellen, da dies nicht ohne Einschnitte in Bestehendes möglich ist. Knappe Kassen zwingen aber auch zu strategischen Entscheidungen, die die Zukunft der Stadt sichern. Wir haben mit dem Leitbild "Metropole Hamburg – Wachsende Stadt" erstmalig eine umfassende und langfristig angelegte strategische Vision für die Entwicklung Hamburgs formuliert.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD*: Eine Luftblase!)

Von diesem Ziel machen wir keine Abstriche; wir werden es schaffen, dafür die notwendigen Haushaltsmittel bereitzustellen.

(Beifall bei der CDU)

So werden wir aus der gegenwärtig schwierigen finanziellen Situation herauskommen. Dieser Haushalt ist ein wichtiger Schritt auf dem Wege dahin. Die weiteren Schritte werden folgen, auch sie werden in die richtige Richtung gehen.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Bevor ich Frau Goetsch das Wort gebe, möchte ich eine kurze, freudige Mitteilung machen, an der man erkennen kann, dass Mitglieder dieses Hauses aktiv zur wachsenden Stadt beitragen.

Während wir über den Haushalt diskutiert haben, ist unser Kollege Wilfried Buss Vater eines Jungen geworden.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Wir wünschen ihm und seiner gesamten Familie alles Gute. Nun bekommt Frau Goetsch das Wort.

C

D

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal gratuliert auch die GAL-Fraktion herzlich zum neuen Erdenbürger, zum Sohn des lieben Kollegen Wilfried Buss.

Herr Reinert, zu Beginn drei Bemerkungen. Zu Ihren schulpolitischen Äußerungen mag ich mich als Kollegin nicht äußern.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Warum nicht?)

Ich sage nur eines: Ein erfahrener Rathausjournalist hat letztens geschrieben, das Chaos habe eine Adresse, nämlich Hamburger Straße 31.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Zweite Bemerkung: Wer im Glashaus sitzt ..., Europawahlen und Wahlrechtsreform lassen grüßen. Auf den Volksentscheid komme ich noch zurück.

Dritte Bemerkung: Der Bürgermeister war von sich aus so einsichtig zu sagen, dass er sich den Erfolg zumindest mit Ortwin Runde teilt. Sie sind diesbezüglich etwas beratungsresistent.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Bernd Reinert CDU*: Nö, nö!)

Die Hamburgerinnen und Hamburger haben letzten Sonntag mit deutlicher Mehrheit für ein neues Wahlrecht in unserer Stadt gestimmt. Die Medien sprachen zum Teil von einer kleinen Revolution. Die Wählerinnen und Wähler haben sich selbst ein neues Wahlrecht gewählt und damit deutlich ein Misstrauen gegen die jetzige Parteienwirtschaft ausgedrückt.

A Die Bürgerinnen und Bürger sind misstrauisch und fordern mehr Transparenz und Mitsprache in der Politik. Am Tag des Volksentscheids hat die CDU bei der Europawahl ihre absolute Mehrheit verloren. Diese Ergebnisse sind auch ein klarer Dämpfer, ein Misstrauen gegen die Politik Ihres Senats und auch gegen Sie als verantwortlicher Präsident.

(Beifall bei der GAL – Karl-Heinz Warnholz CDU:
Das war ja wohl nichts!)

Die Bürgerinnen und Bürger haben allen Grund, misstrauisch zu sein, wenn man den jetzigen Haushalt und die Politik Ihres Senats betrachtet.

Erstens: Der Senat täuscht die Bürgerinnen über die wahren Absichten, verschleiert Tatbestände und betreibt eine dilettantische Misswirtschaft.

Zweitens: Sie handeln gegen den erklärten Willen der Hamburgerinnen und Hamburger.

Drittens: Sie handeln gegen das Interesse des Gemeinwohls, gegen das Interesse des Gesamtwohls, wie dies gestern so zynisch in der Mitteilung aus der Haushaltspressekonferenz des Senats zu lesen war. Ich will das an einigen Beispielen exemplarisch erläutern.

Dass das Geld nicht auf der Straße liegt, wissen wir alle. Dass eine Haushaltskonsolidierung dringend erforderlich ist, wissen wir ebenfalls. Bei Ihnen kann aber überhaupt keine Rede von einer Haushaltkonsolidierung sein.

Herr Reinert, Sie haben uns wieder Zahlen aufgetischt, die hinten und vorne nicht stimmen. Der Senat hat durch eine Anhäufung katastrophaler Fehler unter Ihrer Regierung, Herr von Beust, in den letzten zweieinhalb Jahren zusätzliche Defizite von 42 Millionen Euro entstehen lassen. Das hat nichts mit einem Konsolidierungserfolg zu tun.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Zusätzlich werden – nachdem wir Ihre gestrigen Sparpläne für 2005/2006 vorgelegt bekommen haben – den Hamburgerinnen Ihre tatsächlichen Absichten dargelegt. Sie sind getäuscht worden; das Misstrauen war also durchaus angebracht.

Sie haben behauptet, dass es einen Bildungsschwerpunkt geben würde. Nun stellen wir fest, dass dieser Schwerpunkt von Ihnen zwar festgesetzt wurde, aber im negativen Sinne. Über 40 Millionen Euro wollen Sie hier einsparen. Das ist unseres Erachtens unverantwortlich und angesichts der angespannten Schulsituation in Hamburg eine bodenlose Frechheit.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt der SPD)

Dann kommt noch erschwerend dazu, dass die Bildungsministerin auch noch stolz darauf ist. In der heutigen Pressemitteilung steht, dass das Ganze für sie – ich zitiere –

"ein Beitrag zur Zukunftssicherung sei."

Das ist doch ein Hohn gegenüber den Eltern, den Schülerinnen und Lehrerinnen in dieser Stadt.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Wenn Sie allein das Beispiel sehen, dass zukünftig für die Vorschule Geld bezahlt werden soll, dann ist von vornherein das Ende der Vorschule bewusst eingeläutet wor-

den. Gerade für bildungsfernere Schichten ist die Vorschule eine äußerst wichtige Einrichtung, um Bildungsdefizite und -rückstände auszugleichen. Es ist ein Paradebeispiel, dass Sie am falschen Ende sparen. Ich kann das noch weiter ausführen; die Kinderkuren hat Neumann schon angesprochen.

Kommen wir doch einmal zur Volkshochschule. Das war Herrn Drews liebstes Kind, aber er ist nicht mehr in Amt und Würden. Hier sollen nun auch die Hauptschulabschlüsse gestrichen werden. In einem Ihrer Anträge zum Haushalt 2003, Herr Engels und Herr Weinberg sind als Antragsteller genannt, steht, dass die Bürgerschaft beschließen möge, zusätzlich zu den Hauptschulabschlusskursen noch zwei Realschulabschlusskurse einzurichten und zu prüfen, in welchem Umfang eine Ausweitung des Angebots der Hauptschulabschlusskurse möglich sei.

Da sieht man einmal, wie kurz Sie springen und wie kurz die Halbwertszeit in Ihrer CDU-Fraktion ist. Das hat nichts mit Bildungsschwerpunkt, sondern etwas mit Sparschwerpunkt zu tun. Es ist meines Erachtens auch schlicht unmoralisch, dass Sie vor allen Dingen den älteren Kindern und Jugendlichen den Zugang zur Bildung verwehren.

Und da wagen Sie noch von gemeinschaftlicher Verantwortung zu sprechen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Nochmals, ich kann es nicht oft genug zitieren, Sie schaden mit Ihrem Sparschwerpunkt dem Gesamtwohl der Stadt. Ich finde, die Bürgerinnen und Bürger haben Grund genug, misstrauisch zu sein.

Sie sprechen alle naslang von Integration und streichen erst einmal die Sprachförderung. Jetzt streichen Sie auch noch ein erfolgreiches Projekt, nämlich die Erzieherinnenausbildung für Migrantinnen. Das ist ein Projekt, was bundesweit hoch anerkannt ist. Integration in den ersten Arbeitsmarkt. Da frage ich mich, wo bleibt denn eigentlich der Aufschrei Ihres Integrationsbeirats, meine Damen und Herren der Großen Parteien.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Mustafa Yoldas, Vorsitzender der SCHURA – dem Dachverband der Muslime –, der nicht im Integrationsbeirat in Hamburg sitzt, sagte bei der Einweihung des muslimischen Friedhofs zutreffend, dass er nicht wolle, dass die Einwanderer und Einwanderinnen erst nach ihrem Tod integriert werden. Das wollen wir auch nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr von Beust, Sie sagen – Zitat:

"Alle Ressorts haben einen Beitrag geleistet. Niemand hat für sich einen Schonbereich in Anspruch genommen."

Diese Aussage ist falsch. Zum einen gibt es bei Ihnen sehr wohl einen Sonderbereich, der ausgenommen ist, nämlich der Wirtschaftsbereich. Hier wird kein einziger Cent an Subventionen gestrichen. Hier wird ohne Ende subventioniert, obwohl die Mieten und Pachten tatsächlich faktisch so subventioniert werden, wo durchaus Spielraum wäre, ohne dass das Boomen des Hafens in irgendeiner Form gefährdet wäre. Da könnte man ohne weiteres sparen, ohne zu schaden.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

C

D

A Zum anderen brauchen gerade Kinder und Jugendliche im Bildungsbereich nicht nur Schonung, sondern auch eine Schwerpunktsetzung. Das sind keine dreistelligen Millionenbeträge, Herr Reinert, oder Sie haben die Anträge nicht gelesen. Was meinen Sie, was ich für einen Stress mit Herrn Dr. Maier bekommen würde, wenn ich irgendeinen Cent ausgeben würde, der nicht gedeckt ist. Lesen Sie erst einmal unsere Anträge.

Diese Schwerpunktsetzung finden Sie in unserem Leitantrag, alles gedeckt bis zum letzten Cent.

Bei den Bürgerinnen und Bürgern wächst berechtigterweise das Misstrauen, weil Sie Ihre Absichten verschleieren und Misswirtschaft betreiben.

Interessant wäre es auch zu erfahren, wann Kita und Schule im Mittelpunkt stehen werden, wenn doch ein unerklärliches 50 Millionen-Haushaltsloch beim Schulbauprogramm auftaucht. Wir haben nun letzte Woche dramatisch mitbekommen, dass Bauvorhaben, die dringend notwendig sind und auf die die Schulen sehr lange gewartet haben, auf unbestimme Zeit verschoben werden. Das allein ist schon ein Ärgernis. Aber das viel größere Ärgernis ist, Herr von Beust, dass Sie im letzten Jahr den Schülern, Eltern und Lehrern in dieser Stadt erklärt haben, dass die Umbaumaßnahmen stattfinden. Und das zu einem Zeitpunkt, wo Sie schon längst wussten, dass das Geld nicht vorhanden ist, wo der Senat den Etat des Schulbaus schon in den Keller gefahren hatte. Wie gesagt, das Chaos hat eine Adresse.

B Selbst im Haushaltsausschuss eines Parlaments werden Angaben vom Senat verweigert, wie es dazu kommen konnte. Bis heute müssen wir eigentlich davon ausgehen, dass das Haushaltsrecht gebrochen wurde. Bei so einer Politik kann ich nur sagen, dass die Menschen das Recht haben, misstrauisch zu sein. Beim Schulbauprogramm herrscht ein solcher Lug und Trug. Das habe ich bisher noch nicht erlebt.

Ich komme zur Kindertagesbetreuung. Man kann Ihnen nicht vorwerfen, dass dieser im Mittelpunkt steht. Die Kinder und Eltern dieser Stadt hätten allerdings herzlich gern auf diese Art von Schwerpunkt verzichten können.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Seit zweieinhalb Jahren kocht das Kita-Chaos in dieser Stadt. Sie haben nun den Eltern einen Rechtsanspruch versprochen, und zwar ohne Qualitätsabsenkung. Was jetzt den Kitas bevorsteht, sage ich mal ganz drastisch, ist eine kaltblütige Notoperation am offenen Herzen, ohne das Wohl des Patienten im Auge zu haben. Wenn Sie sich überlegen, dass der Zuschuss für die Krippenplätze um 30 Prozent gekürzt wird, dann bekommen wir Gruppengrößen von 20 Kleinkindern. Ich weiß nicht, ob Sie jemals mit 20 Kleinkindern in einer Kita zusammen waren. Das hat weder etwas mit guter Betreuung, geschweige mit frühkindlicher Bildung zu tun. Den Preis zahlen die Kinder.

(Barbara Ahrons CDU: Wenn kein Geld da ist, muss man damit leben!)

– Ja, Frau Ahrons, dann müssen Sie weniger machen und dürfen nicht so einen Blödsinn versprechen und die Bürgerinnen und Bürger mit Versprechungen täuschen, die Sie nicht einhalten können.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Barbara Ahrons CDU: Sie tun immer so, als ob wir das extra machen!) C

Gestern war zusätzlich eine Sondersitzung des Jugendausschusses. Da hat es sich doch gezeigt, dass Sie es nicht besser können. Ab dem 01. August sollen Eltern ihre Kinder in Krippen geben. Heute, sechs Wochen davor, weiß man weder wo, wie und wann man einen Platz bekommt. Und auch ohne Konteradmiral Lange fährt die CDU ganz allein das "Kita-Schiff" in den Schlängerkurs.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Barbara Ahrons CDU: Unverschämtheit!)

Man kann sich nicht immer auf die alten Sachen beziehen. Ich will gar nicht auf den Dauertag der offenen Tür von Frau Schnieber-Jastram eingehen. Diese Geschichte mit dem Kinderkasten haben wir ja schon lang und breit in der Öffentlichkeit diskutiert, dass es hoffnungslos gescheitert ist.

Gehen wir weiter zum LBK. Auch ein wunderbares Beispiel, wo die Hamburgerinnen und Hamburger höchst misstrauisch waren, vor allen Dingen, ob Sie, Herr von Beust, die Interessen des Gemeinwohls tatsächlich im Blick hatten. Daher haben sich die Bürgerinnen und Bürger sicherheitshalber schon mal in einem Volksentscheid entschieden und das Ergebnis ist erschlagend gewesen. 76 Prozent sind gegen einen Mehrheitsverkauf. Deutlicher kann ein Votum gar nicht ausfallen. Was macht der Senat? Er weicht aus, legt sich nicht fest und will Alternativen prüfen. Nun liegt ein so genanntes Alternativangebot vor. Herr Peiner, ich würde Sie gern fragen, ob Sie auf solche Scheinofferten, die Sie hier gestellt haben, eingehen würden. Ich glaube, das hätten Sie nicht getan.

(Beifall bei der GAL und der SPD) D

Ein ernsthaftes Angebot sieht anders aus. Es enthält nicht nur Bedingungen und Verpflichtungen, sondern auch Rechte und Vorzüge. Und dass Ihr so genanntes Angebot, Ihre Scheinofferte durchweg von den ursprünglich interessierten Unternehmen abgelehnt und wörtlich – Zitat:

"als Witz"

bezeichnet wurde, wird auch Sie nicht überraschen. Im Gegenteil, es passt Ihnen hervorragend in den Plan, um gegen den Mehrheitsverkauf agieren zu können. Das verurteilen wir hier nochmals aufs Schärfste.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Man müsste Ihnen, Herr von Beust, nochmals deutlich zum Mitschreiben sagen: Sie handeln hier gegen den erklärten Willen des Volkes, um es pathetisch auszudrücken. Durch solche Scheinofferten könnten Sie kaum deutlicher zeigen, wie sehr Ihnen der Wählerwille egal ist, wenn er Ihnen nicht in den Kram passt. Man könnte frei nach Brecht sagen: "Wählen Sie sich doch ein neues Volk, dass Ihre Interessen besser vertritt."

Aber apropos Gemeinwohl, Gesamtwohl der Stadt, wie es so zynisch in Ihrer Pressemitteilung heißt: Die Kürzungen bei den Weiterbildungsträgern zeigen, dass Sie den Zukunftsaufgaben der Stadt, auch der wachsenden Stadt, nicht gewachsen sind. Mit 84 000 Arbeitslosen und einer Arbeitslosenquote von 11 Prozent sind die Arbeitslosen die großen Verlierer des CDU-Senats. Diesen Menschen haben Sie zusätzlich im Handstreich einen Großteil ihrer

A finanziellen Förderung für die Weiterbildung gestrichen. Besonders betroffen sind hier natürlich wieder einmal die Frauen, weil Sie den hervorragend arbeitenden Projekten von heute auf morgen das Aus verkündet haben. Mit dieser Entscheidung nehmen Sie den Betroffenen ihre Zukunftschancen auf soziale und wirtschaftliche Integration.

Sie verkünden zwar unablässig die wachsende Stadt, aber der Kahlschlag bei den Weiterbildungsträgern macht deutlich, dass Sie die Stadt strukturell schrumpfen lassen. Sie verbauen Langzeitarbeitslosen und Berufsrückkehren individuelle Perspektiven und Umschulung und verstärken den Mangel an qualifizierten Arbeitskräften in Hamburg. Wachstum sieht anders aus.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr von Beust, Sie sprechen immer darüber, dass Sie von den Menschen bei der Arbeitssuche mehr Eigeninitiative haben wollen. Das können Sie gern verlangen, aber dann können Sie ihnen nicht die Grundlage entziehen. Das ist unfair und schäbig.

Ich muss hier an dieser Stelle sagen, dass auch die Schulbehörde einfach straflich die Weiterbildung fallen gelassen hat. Es gibt in der Schulbehörde keinen mehr, der dieses Thema ernst nimmt. Eben hat Herr Reinert von der Metropolregion gesprochen.

Man muss sich mal die Stiftung berufliche Bildung, die Frauenweiterbildung und die Koordinationsstelle vorstellen. Das ist genau die Koordinationsstelle für die lernende Metropolregion. Da hängen ohne Ende EU-Gelder und Bund-Länder-Gelder dran. Es ist fachlich überhaupt nicht zu verstehen. Das sind rein ideologische Gründe oder Dummheit.

(Beifall bei der GAL)

Und dass Sie, Herr von Beust, bei Ihrer Regierungserklärung vor einigen Wochen noch von seniorengerechter Stadt gesprochen haben und jetzt ab 30. Juni. jegliche Mittel der Seniorenbildung in der Weiterbildung berauben, das ist auch wiederum eine blanke Täuschung der älteren Hamburgerinnen und Hamburger in dieser Stadt. Aber Ideologie macht bekanntermaßen beratungsresistent, wie sich auch in anderen Bereichen zeigt.

Herr Neumann hat schon die Streichung der Sozialtherapien in Altengamme und Bergedorf angesprochen. Die Insassen sollen in den Regelvollzug. Mir und uns, der GAL-Fraktion, ist dieses Thema wichtig, weil es mit dem Menschenbild zu tun hat, dass Sie von Strafgefangenen haben. Das wurde schon im Schwarz/Schill-Senat deutlich, an den Sie sich alle nicht mehr erinnern wollen.

Wenn Sie sich den Leitgedanken der Resozialisierung im Strafvollzugsgesetz anschauen, wird mit der de facto Schließung der Sozialtherapie die Resozialisierung vollständig aufgegeben und nur noch reiner Verwahrvollzug eingeführt. Das ist fachlich überhaupt nicht zu erklären. Wir waren in Hamburg bisher vorbildhaft. 80 Prozent derjenigen, die an der Sozialtherapie teilnehmen, finden erfolgreich wieder den Weg in die Gesellschaft zurück. Im geschlossenen Regelvollzug sind die Zahlen genau umgekehrt. Diese Abschaffung ist katastrophal.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist nur vordergründig eine Haushaltsfrage. Es gibt viel bessere Einsparmöglichkeiten im Strafvollzug, indem Sie

C zum Beispiel die Überkapazitäten im geschlossenen Vollzug abbauen. Es geht bei Ihnen nur darum, Ideologie und Rachegedanken in den Vordergrund zu stellen, anstatt Resozialisierung. Herr Kusch müsste eigentlich genau wissen, dass eine erfolgreiche Resozialisierung der beste Opferschutz ist. Insofern gefährden Sie wieder einmal die Sicherheit der Bevölkerung aus ideologischen Gründen. Sie handeln gegen das Gemeinwohl.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Der Bürgermeister versucht sich weiterhin als liberalen Menschen darzustellen. Das ist auch gut so. Aber er lässt gleichzeitig zu, dass so eine Strafvollzugspolitik der Schill'schen Denkart fortgeführt wird, die ungetrübt von fachlichen Erkenntnissen ist.

Ich muss an dieser Stelle auch noch einmal und nicht nur beiläufig erwähnen, dass es bei den Flüchtlingen nicht anders aussieht. Wir haben eine entspannte Situation, aber Sie schieben ab und geben qualifizierten Flüchtlingen keine Arbeit, keine Ausbildung und keine Studienmöglichkeit. Eben wurde vom Welcome Center gesprochen, Herr Reinert. Das ist doch auch blander Hohn. Sie tun nichts, denn auch das wäre wachsende Stadt, hier beispielsweise den 17 500 jungen afghanischen, hochqualifizierten Flüchtlingen eine Chance zu geben, anstatt sie ewig zu traktieren.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr von Beust, Ihr Senat hat das Misstrauen, das ihm entgegengebracht wird, nicht nur verdient, sondern er macht auch keine glaubhaften Anstrengungen, dieses zu beseitigen.

D Die Hamburgerinnen und Hamburger glauben Ihnen nicht mehr, dass Sie sich für eine qualitativ hochwertige Kinderbetreuung in dieser Stadt stark machen. Die Menschen glauben Ihnen nicht mehr, dass der Bildungsberich bei Ihnen nach PISA ein Schwerpunkt ist, geschweige, dass Sie darauf Antworten haben, wenn ich diesen wirklich widersinnigen Vorschlag höre, nur die Hauptschulen zu stärken, anstatt den Hauptschülern die Chance zu geben, die sie haben müssten, um sich besser zu qualifizieren und nicht getrennt in die Restschule zu gehen.

Was überhaupt nicht mehr geglaubt wird, was Sie auch in Ihrer Regierungserklärung gesagt haben, ist, dass man auch hier in Hamburg an die sozial Schwächeren denkt. Derartige Kürzungen, ein solcher Haushalt und ein solcher Politikstil – das ist klar – werden Widerstand erzeugen. Die Hamburgerinnen und Hamburger haben das in den Volksentscheiden LBK, Kita und Wahlrecht deutlich gemacht und gesagt, was sie von so einer Politik halten. Was für eine Schlappe für Sie, wie vom vergangenen Sonntag, wo die Bürger nicht nur in einer konkreten Sache entschieden haben, sondern mehr Demokratie im System der Volksvertretung einforderten.

Doch was machen Sie und das ist bezeichnend, Sie haben Angst vor den Bürgern. Sie haben in Ihrem Haushalt vorsichtshalber gleich die Mittel für Volksbegehren reduziert, damit ein Erfolg der Bürgerinnen und Bürger gegen Ihre Politik in Zukunft schwerer wird. Sie würgen die Volksentscheide ab. Das ist doch unglaublich.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Wir, die Grünen, die GAL, haben keine Angst vor den Bürgerinnen und Bürgern. Wir haben auch keine Angst,

A den Bürgern klar zu sagen, dass es nur einen Schwerpunkt gibt. Man kann sich nicht überheben, wie Sie, und dann immer wieder Innenpolitik und Verkehr und so weiter als Schwerpunkte setzen. Wir fordern, im kommenden Haushalt nur einen Schwerpunkt zu setzen, und zwar ausschließlich für Kinder und Bildung. In der gegenwärtigen Situation ist alles andere nicht finanziert.

(Beifall bei der GAL)

Wir setzen weiterhin, weil vielleicht nicht alle die Anträge gelesen haben, auf die frühkindliche Bildung, die Einrichtung von echten Ganztagschulen und das schrittweise Umsteuern in der Schulbildung in Richtung auf individuelle Förderung. Dazu gehört das kostenfreie und durchfinanzierte Bildungsjahr Fünf Plus. Die vorschulische Bildung sparen Sie gerade total kaputt.

Herr von Beust, Frau Schulsenatorin, liebe Kollegen von der CDU! Wenn Sie wirklich konsolidieren wollen, wenn Sie wirklich die Zukunft Hamburgs sichern wollen, wie Sie immer so vollmundig sagen, und wenn Sie Hamburg wirklich wachsen lassen wollen, dann bleibt Ihnen gar nichts anderes übrig, als in die Kinder und Jugendlichen unserer Stadt zu investieren. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Duden: Das Wort bekommt Bürgermeister von Beust.

(*Erhard Pumm SPD:* Jetzt muss doch mal die Fraktion ran, Herr Reinert! – *Gegenruf von Bernd Reinert CDU:* Ich habe große Ohren für alle!)

B **Erster Bürgermeister Ole von Beust:** Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer das Vergnügen hatte, auch die letzten Jahre in diesem Haus gewesen zu sein, wird feststellen können, dass die Haushaltsdebatte, wie sie bislang gelaufen ist, in den ersten Reden zumindest einen großen Vorteil hatte: Sie war im Ton und Stil sachlich und fair. Das finde ich in Ordnung. Polemik in dieser Situation zahlt sich nicht aus.

(Beifall bei der CDU)

Wir sind uns sicher einig, dass die Situation, in der wir uns nicht nur in Hamburg, sondern natürlich auch auf Bundesebene und in vielen anderen Bundesländern befinden, eine Situation ist, die, wenn man in die Geschichte der Bundesrepublik oder unserer Stadt vermutlich bis in die Fünfzigerjahre zurückschaut, in der finanzpolitischen Dramatik nicht zu überbieten ist.

Die Kollegen haben darauf hingewiesen, dass seit der Steuerschätzung vom Mai dieses Jahres klar ist, dass wir in den nächsten Jahren nochmals Mindereinnahmen beziehungsweise Verpflichtungen an den Länderfinanzausgleich haben. Das bedeutet, dass wir über Jahre hinaus durchschnittlich noch einmal Mindereinnahmen in Höhe von 250 bis 270 Millionen Euro zur Verfügung haben. Das ist ein dramatischer Einnahmeverlust, den wir in Hamburg zu verzeichnen haben. Allerdings, verehrter Herr Neumann, die Analyse, woran dieser Einnahmeverlust liegt, die trennt uns. Sie sagen, Helmut Kohl habe die Schuld. Ich sage, wesentliche Ursache dafür ist die schlechte Politik dieser Bundesregierung.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Und, verehrter Herr Neumann, ich darf Sie darauf hinweisen, dass Helmut Kohl schon seit langem nicht mehr

C Bundeskanzler ist und Deutschland nicht unter seiner Regierung in Sachen Wachstum Schlusspunkt und in Sachen Arbeitslosigkeit Spitzenreiter in Europa war. Das ist das Verdienst der rotgrünen Regierung in Berlin.

(Beifall bei der CDU)

Mit Verlaub, die Änderung der Steuergesetze, die zu einer Privilegierung der Kapitalgesellschaften geführt hat, hat dazu beigetragen, dass viele Mindereinnahmen darauf zurückzuführen sind. Das ist das, was Sie unter gerechter Steuerpolitik verstehen. Das ist alles andere als gerecht, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU und bei Christian Maaß GAL)

Zum Glück konnte das Vorziehen der nächsten Entlastungsstufe der Steuerreform, die von Ihrem Bundeskanzler vorgeschlagen wurde, noch weitgehend verhindert werden und wurde nachher glücklicherweise auf niedrigerer Stufe vollendet. Das hätte uns in Hamburg nochmals über 200 Millionen Euro weniger beschieden. Das wäre sozialdemokratische Politik gewesen, Herr Neumann. Mit Helmut Kohl hat das nun wirklich nichts mehr zu tun.

(Beifall bei der CDU – Dr. Willfried Maier GAL:
Aber mit Herrn Merz!)

Mögen wir uns also in der Analyse, dass die Situation katastrophal ist, einig sein, auch wenn wir in der Ursachenfindung unterschiedlicher Meinung sind. Die Frage ist, was ist zu tun. Ja, Herr Neumann oder Frau Goetsch, was ist zu tun? Sie haben keinen einzigen Vorschlag gemacht,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Nicht zugehört!)

D wie wir diese Finanzkrise in Hamburg lösen können, nicht einen einzigen Vorschlag.

(Beifall bei der CDU)

Verzeihung, ich korrigiere mich. Sie haben vorgeschlagen, dass der Bund in Sachen Eigenheimzulage und Entfernungspauschale etwas ändern soll. Ihre Sanierung für Hamburg geschieht durch Bundesgesetze. Das ist tapferes Heldentum, Herr Neumann, ganz großartig.

(Beifall bei der CDU)

Dann haben Sie, Herr Neumann, vorgeschlagen, dass die Fluktuationsquote im öffentlichen Dienst, die in den nächsten Jahren durch Altersabgänge rund 25 000 Plätze freisetzt, gut genutzt werden soll, um den Haushalt zu sanieren. Ich hoffe, Ver.di hat gut zugehört.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sie haben nichts verstanden!)

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, soll also diese Fluktuationsquote von 25 000 Plätzen zur Haushaltssanierung genutzt werden. Wir brauchen trotz der schwierigen Lage gute Beamte und Angestellte in Hamburg, Herr Neumann.

(Beifall bei der CDU)

Sie sagen doch gerade, die Stadt und der Staat dürfen sich nicht aus der Verantwortung zurückziehen, und dann machen Sie einen solchen Vorschlag. Das intelligente Personalmanagement, hier vernünftig

(Christian Maaß GAL: Wer ist jetzt SPD und wer ist CDU!)

A dafür zu sorgen, dass frei werdende Stellen im internen Arbeitsmarkt so ausgeglichen werden, dass diese intelligent genutzt werden können und trotzdem die Qualität der Verwaltung nicht gesenkt wird, ist erst durch diesen Senat eingesetzt worden und arbeitet effektiv und gut. Da brauchen wir, mit Verlaub, Ihre Ideen nicht.

(Beifall bei der CDU)

Entscheidend wird doch sein, wie wir uns trotz dieser Schwierigkeiten der Einnahmesituation und im Betriebshaushalt in mühevoller Kleinarbeit den Freiraum erkämpfen, um dort, wo es um Zukunftsinvestitionen dieser Stadt geht, die nötige Manövriertfreiheit zu haben.

(*Gesine Dräger SPD*: Ja, wo sind sie denn?)

Aus diesem Grunde haben wir ein Sonderinvestitionsprogramm in Höhe von 1 Milliarde Euro angekündigt und werden dieses in Kürze vorlegen. Die eine Hälfte wird durch Umschichtung der jetzt geplanten Investition erfolgen, die weiteren 500 Millionen Euro werden durch Vermögensmobilisierung erfolgen. Ich glaube, dass das genau die richtige Politik ist. Im Betriebshaushalt so sparsam wie möglich zu sein, um sich Freiräume zu schaffen, in die Zukunft zu investieren. Das ist der Grundsatz unserer Politik.

(Beifall bei der CDU)

Jetzt kann man sagen, dass das eine Binsenweisheit ist. Natürlich müsste man Vermögensmobilisierung nutzen, um zu investieren. Nur die Wahrheit ist, dass in den Jahren der Vorgängerregierung etwa in einem Jahrzehnt für 8 Milliarden D-Mark Vermögen mobilisiert und staatliches Eigentum verkauft wurde. Nichts davon ist in die Investition gegangen, sondern alles in den Betriebshaushalt geflossen. Damit wollen wir Schluss machen.

(Beifall bei der CDU)

Nun werfen Sie uns vor, wir hätten unter unserer Regierungszeit die Vermögensmobilisierung genutzt, um das, was wir verkauft hätten, in den Betriebshaushalt zu stecken und nicht zu investieren. Meine Damen und Herren von der Opposition, in den knapp drei Jahren, in denen wir regieren, hat es außer der Vollendung des HEW-Verkaufs, der von Ihnen organisiert und abgeschlossen wurde, bislang überhaupt noch keine Vermögensmobilisierung gegeben. Nichts wurde verkauft. Daher geht es jetzt darum, zu mobilisieren und zu investieren. Wir haben uns hier nichts vorzuwerfen.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Das ist doch wohl das Letzte! – Beifall bei der CDU)

Nur dort, wo über zukünftige Verkäufe diskutiert wird, sagen Sie schon mal "njiet, auf keinen Fall". Ich sage jetzt gar nicht, dass ich das will, aber bei Wasser sagen Sie nein, bei Abwasser sagen Sie nein, bei Immobilien sagen Sie nein, bei Wohnungsgesellschaften sagen Sie nein, bei Hafengrundstücken sagen Sie nein und beim LBK sagen Sie nein.

(*Christian Maaß GAL*: Das ist doch Quatsch!
– *Uwe Grund SPD*: Sie sagen wissenschaftlich die Unwahrheit!)

Sie verweigern sich prinzipiell der intelligenten Vermögensmobilisierung, die wir Stück für Stück vernünftig durchführen werden, um Investitionskraft für diese Stadt zu erreichen. Das ist unser politisches Ziel.

(Beifall bei der CDU)

C

Jede einzelne Sparmaßnahme, die wir durchführen müssen – aber nicht unbedingt wollen –, um diese Finanzkraft hinzubekommen, wird von Ihnen kritisiert. Ich habe in den beiden Reden keine einzige Maßnahme gehört, zu der Sie sagen, das sei in Ordnung. Sie sagen abstrakt, ihr spart zu wenig, und wir sagen konkret, die Opposition sagt zu allem nein. Das nenne ich verantwortungslos.

(Beifall bei der CDU – *Christian Maaß GAL*: Das ist unglaublich, was Sie da erzählen!)

Nehmen wir ein Beispiel: Die freie Heilfürsorge für Polizeibeamte liegt Ihnen ja, was ich gut verstehen kann, persönlich sehr am Herzen. Nebenbei gesagt, uns allen auch. Keiner von uns will unsere Polizisten und Feuerwehrleute im Stich lassen. Sie sagen also, wir gehen schäbig mit den Menschen um, die täglich ihr Leben für uns riskieren. Glauben Sie mir, verehrter Herr Neumann, es ist keinem von uns leicht gefallen, dieses anzugehen. Sich aber so hinzustellen, als hätten Sozialdemokraten hier den fürsorgerischen Sicherheitsaspekt gepachtet und wir würden die Polizeibeamten im Stich lassen, das ist, mit Verlaub, zynisch und höhnisch.

(Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen auch sagen warum und zähle Ihnen auf, wer alles keine freie Heilfürsorge hat: Brandenburg, SPD-regiert, Rheinland-Pfalz, SPD-regiert, Bremen, SPD-regiert, Mecklenburg-Vorpommern, SPD-regiert und Schleswig-Holstein, SPD-regiert.

Alle haben keine freie Heilfürsorge, auch der Bund nicht, von Sozialdemokraten regiert, und Sie spielen sich hier auf. Was ist das für eine Logik?

D

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir von der Solidarität mit der Polizei sprechen, dann müssen wir auch fragen: Wer hat dafür gesorgt, dass zum ersten Mal wenigstens ansatzweise Überstunden bezahlt werden?

(*Doris Mandel SPD*: Das waren doch wir!)

Wer hat dafür gesorgt, dass Programme gefahren werden, damit Polizisten aus dem mittleren Dienst – zwar immer noch nicht genug – Stück die Chance haben, aufzusteigen. Wer hat dafür gesorgt, dass über 900 Stellen im Polizeibereich geschaffen worden sind, um die Polizisten endlich von Überstunden zu entlasten. Das sind nicht Sie gewesen.

(*Doris Mandel SPD*: Ja, natürlich!)

Unter Ihrer Regierung ist die Polizei im Stich gelassen worden, und zwar über Jahrzehnte.

(Beifall bei der CDU)

Frau Goetsch hat uns vorgeworfen und sich geradezu gesteigert in der Wortwahl: Misstrauen, Lug und Trug, im Stich gelassen, Lüge und so weiter. Liebe Frau Goetsch, ich glaube, Sie sind ein bisschen Opfer Ihrer eigenen Empörungsfreudigkeit geworden.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Ich will Ihnen auch sagen, was ich damit konkret meine. Sie haben uns besonders vorgeworfen, dass wir in Sachen Schulsanierung und Instandhalten angeblich nicht die Wahrheit gesagt hätten. Sie haben in einer Presseer-

A Klärung gesagt, Bürgermeister und Finanzsenator täuschten die Öffentlichkeit. Weiterhin haben Sie, was die Schulsanierung angeht, in Ihrer Erklärung wörtlich formuliert:

"Lag in Sachen Schulsanierung die 5-Jahres-Reihe für die Jahre 2001 bis 2005 noch bei zirka 150 Millionen, liegt sie 2002 und danach konstant auf einer Linie von 75 Millionen. Wir haben eine Sparlinie vorgegeben, die ..."

Sie haben etwas vergessen, liebe Frau Goetsch, Ende 2001 wurde der Euro eingeführt. Das eine waren D-Mark und das andere waren Euro.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU)

Also, empört sein kann man gern, aber rechnen sollte man schon richtig können.

(Vizepräsidentin Bettina Bliebenich übernimmt den Vorsitz.)

Herr Neumann, Frau Goetsch, Sie haben hier viele Bereiche einzeln aufgezählt, die jetzt auch in der Öffentlichkeit kritisiert werden. Glauben Sie mir, keiner Senatorin, keinem Senator und erst recht keinem Abgeordneten fällt das leicht. Wir haben uns doch auch in Hamburg sozialisiert und kennen die Interessenverbände, kennen die Kommunalinteressen, wissen, was jeder will, haben eigene Fachgebiete, um die wir uns schon seit Jahren kümmern.

(Doris Mandel SPD: Das ist doch einseitig!)

B Und viele von uns wissen, dass einzelne der Sparmaßnahmen unglaublich hart wirken, dass Gebührenerhöhung natürlich die am meisten trifft, die sich am wenigsten leisten können. Das ist völlig klar. Das wissen wir doch auch und keiner geht kaltschnäuzig oder hartherzig darüber hinweg. Das Entscheidende ist nur, dass man in einer solchen, schwierigen Situation neben allem Eigenengagement vor allem eines sehen muss und das ist die Gesamtverantwortung für diese Stadt. Diese Verantwortung bedeutet auch, dass man Dinge tut, die einem selbst wehtun, die man zähneknirschend macht, die man aber in der Summe machen muss, um Freiräume zu erwirtschaften, um in die Zukunft zu investieren.

(Antje Möller GAL: Die Leute für dumm verkaufen!)

Jeder von uns, der eigene Interessen hat, lokal verwurzelt ist, Verbände kennt, sagt, mir fällt es wahnsinnig schwer, ich will es nicht, aber wir müssen es tun, um den Haushalt zu konsolidieren. Das nenne ich ein verantwortungsvolles Parlament auf Seiten der Regierungsfraktion. So nimmt man Verantwortung wahr.

(Beifall bei der CDU)

Darum bleibt es bei dem Grundziel, wir wollen keine Sparmaßnahmen, wir müssen sie ergreifen, um eine Sanierung voranzutreiben, die uns die Kraft gibt, in die Zukunft dieser Stadt zu investieren,

(Doris Mandel SPD: Welche Zukunft?)

zu investieren in den Hafen, in Infrastruktur, in die Kultur,

(Dr. Monika Schaal SPD: Sie haben doch gerade gestrichen bei der Kultur!)

in Wissenschaft und Forschung. In diese Bereiche müssen wir investieren, um international konkurrenzfähig zu

C sein. Diese Möglichkeit erarbeiten wir uns jetzt, wo wir genau wissen, dass vieles, das wir machen, die Leute im Einzelnen nicht mögen, sie es aber akzeptieren, dass für einen befristeten Zeitraum der Gürtel eng geschnallt werden muss, um Hamburg zukunftsfähig zu machen. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat der Abgeordnete Neumann.

Michael Neumann SPD:* Meine sehr geehrten Damen, meine Herren, sehr geehrter Herr von Beust! Sie haben sich am Anfang Ihres Beitrages dafür bedankt, dass die Diskussion bisher sachlich und ohne Polemik verlaufen sei. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten sich auch daran gehalten.

(Beifall bei der SPD)

Andererseits kann man auch sagen, Sie sind Ihrer Tradition treu geblieben. Sie haben hier wieder einmal nicht als Bürgermeister gesprochen, sondern als Oppositionsführer.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte einige Anmerkungen zu einigen Dingen machen, die Sie angesprochen haben. Das ist natürlich sehr einfach und selbst ich war nicht in meiner Schlichtheit so, dass ich gesagt hätte, nur Herr Kohl habe Schuld. Sie waren da wesentlich schlichter. Sie haben gesagt, Herr Schröder sei schlachtweg an allem schuld.

(Jörg Hamann CDU: Recht hat er!)

D Die Wahrheit liegt sicherlich in der Mitte. Dass Gerhard Schröder mit seiner Bundesregierung heute Reformen in Angriff nehmen muss, die eben auch 16 Jahre lang unter Helmut Kohl nicht in Angriff genommen worden sind und wo man sich ausgeruht hat, liegt auch daran, dass sich so viele Dinge aufgehäuft haben, und das führt auch jetzt dazu, dass ein solcher Wind gegen uns weht.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Karen Koop CDU: Und wir müssen heute das tun, was Sie 30 Jahre nicht in Angriff genommen haben!)

Aber es geht mir gar nicht darum, jetzt noch einmal eine abstrakte Diskussion über Schuld und Sühne zu führen. Es geht darum – wenn Sie denn zugehört haben –, wie wir gemeinsam in Hamburg für Hamburg die Probleme in den Griff bekommen. Darüber haben Sie auch nicht gesprochen. Sie haben wieder darüber polemisiert, dass wir ja die Steuern viel stärker hätten senken wollen. Ich will daran erinnern – ich habe das vorhin gesagt –, Herr Peiner und Sie, beide Mitglied des Präsidiums der Bundes-CDU, vertreten auf Bundesebene die Auffassung, dass die Steuern um weitere 16 Milliarden Euro gesenkt werden müssten. Sie wissen selbst besser als ich, was das für Hamburg bedeuten würde: eine weitere Viertelmilliarden weniger für Hamburg. Ich habe das vorhin gesagt, vielleicht haben Sie es aber auch schlachtweg überhört. Sie haben sich aber auch nicht davon distanziert. Sie hätten hier die Möglichkeit nutzen und sagen können, dass das, was die Bundes-CDU fordert, Quatsch ist.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben davon gesprochen, dass wir als Opposition rundweg alles ablehnen und keine konkreten Vorschläge

A machten, wie wir in Hamburg selbst vorankommen können. Auch da mag es ja sein, dass eine Rede eines Oppositionsführers, die fast eine Stunde dauert, zu lang ist, um zuzuhören. Aber ich habe andere Dinge gesagt. Ich habe ganz konkret nicht davon gesprochen, dass wir als Sozialdemokraten natürlich die Pendlerpauschale und auch die Eigenheimzulage – die zugegebenermaßen eine Maßnahme auf Bundesebene ist –, die für Hamburg sage und schreibe 150 Millionen jährlich bringen würde, abschaffen wollen. Das will übrigens auch der Bundesfinanzminister. Dem hätten Sie als Bundesratsmitglied zustimmen können. Das haben Sie nicht getan.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich habe weiterhin davon gesprochen, dass Sie sich dafür einsetzen möchten, die 45 Millionen Euro für die Kindertagesheimbetreuung zu bekommen. Auch dazu haben Sie hier wieder nichts gesagt. Sie blockieren lediglich im Bundesrat und schulden hier die Antwort, warum Sie dem nicht helfen und nicht für Hamburg weitere 45 Millionen Euro in den Stadtsäckel holen.

Dazu kommt Hartz IV. Ihr eigener Finanzsenator spricht von 164 Millionen Euro, die Hartz IV für Hamburg ersparen wird. Das heißt, wenn ich einmal nicht so optimistisch wie Herr Peiner bin, sondern eher bei 150 Millionen Euro liege, um es einmal glatt zu rechnen, habe ich Ihnen jetzt bereits in diesen kurzen Sätzen Deckungsvorschläge von 350 Millionen Euro gemacht. Und da werfen Sie mir als Oppositionsführer vor, ich würde nichts Konkretes dazu sagen, wie wir unsere Forderung finanzieren? 300 oder 400 Lehrer kriegen wir mit dem Geld ganz bestimmt finanziert.

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte auch noch etwas dazu sagen, weil das immer wieder in Vergessenheit gerät, auch durch Ihre Wortbeiträge: Sie haben mit Ihrem Senat – jetzt mit Herrn Nagel, vorher mit Herrn Schill – dafür gesorgt, dass wir eine strukturelle Dauerbelastung von über 140 Millionen Euro pro Jahr in Hamburg erleben. Sie haben den Haushalt insgesamt um 230 Millionen Euro aufgebläht. Das können Sie jetzt nicht Ihren sozialdemokratischen Vorgängern zuschieben, das können Sie nicht der Opposition zuschieben und das können Sie auch nicht der Bundesregierung zuschieben, sondern da stehen Sie in der Bütt, da haben Sie die Verantwortung und Sie haben da mit Ihrer Mehrheit zugestimmt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben dann den Masterplan "Öffentlicher Dienst" angesprochen. Ich würde mich ja freuen – und nicht nur ich, auch Ver.di würde sich freuen –, wenn Sie einmal mit Ver.di sprechen würden. Ver.di oder Gewerkschaften generell haben ja weiß Gott nicht so ein Verhalten, wie Sie das in Ihren ideologischen Feindbildern immer gerne haben möchten. Das sind ja keine Betonköpfe, die alles verweigern, ganz im Gegenteil. Suchen Sie das Gespräch mit Ver.di und anderen Gewerkschaften. Sie werden erstaunt sein, wie viele Reformvorschläge auch von Seiten der Gewerkschaften kommen.

(Klaus-Peter Hesse CDU: Fragen Sie mal Herrn Schröder!)

Auch im Zusammenhang mit dem LBK würde sich Ver.di sehr freuen, wenn das Gespräch endlich einmal gesucht werden würde.

(Beifall bei der SPD)

C

Sie haben das Wort "Gesamtverantwortung" nicht nur gestern in Ihrer Pressekonferenz in den Mund genommen, sondern Sie haben auch hier von Gesamtverantwortung gesprochen. Das ist auch richtig. Wir tragen alle gemeinsam Gesamtverantwortung. Deswegen – wenn Sie zugehört haben – habe ich Ihnen ja auch ein klares Angebot gemacht. Das ist für die Opposition ja auch nicht einfach.

Ich erinnere einmal an das, was im Jahre 2000 Ihr Parteivorsitzender, der Herr Fischer, im "Abendblatt" erklärt hat. Herr Fischer hat zu der Frage von Oppositionsarbeit erklärt, ein paar polemische Presseerklärungen herausgeben, geharnischte Anträge stellen und fertig sei das Tagesgericht.

(Klaus-Peter Hesse CDU: So machen Sie es!)

Das war die Auffassung von Herrn Fischer, wie man offensichtlich in Berlin Oppositionsarbeit macht. Das ist unsere Auffassung nicht. Wir machen konstruktive Vorschläge, wie die Einnahmen verbessert werden können. Wir machen konstruktive Vorschläge, wo wir in Hamburg auch sparen können. Da können Sie sich nicht hinstellen und sagen, die Sozialdemokraten würden sich aus der Gesamtverantwortung stehlen. Im Gegenteil: Wir stehen zur Gesamtverantwortung. Wir machen klare Angebote. Sie haben dazu nichts gesagt. Sie schlagen dieses Angebot der Opposition in den Wind.

(Beifall bei der SPD – Marcus Weinberg CDU: Wo haben Sie konkrete Vorschläge gemacht?)

D

Und ein letztes Wort, wenn Sie da von "abstrakt" sprechen: Es geht um Verbände und Interessengruppen. Ich habe hier ganz konkret nicht über Verbände oder Interessengruppen gesprochen. Ich habe heute hier über ein Frauenhaus gesprochen, das Sie schließen möchten. Ich habe heute über 1200 Kinder gesprochen, die nicht ...

(Wolfgang Beuß CDU: Oh!)

– Jetzt überlegen Sie sich genau, was Sie sagen, Herr Beuß, weil es jetzt langsam wirklich an die Grenze geht. Wir reden hier wirklich über Kinder aus den miesesten Verhältnissen unserer Stadt, wo wir gemeinsam das Interesse haben müssen, diesen Menschen und diesen Kindern eine positive Zukunft zu geben, damit die nicht am Ende bei Herrn Nagel und bei Herrn Kusch auf dem Schoß – dienstlich gesprochen – sitzen, und dafür zu sorgen, dass diese Menschen eine Chance in unserer Stadt haben. Dort streichen Sie. Dort machen Sie die Kuchen platt, dort machen schließen Sie dieses Frauenhaus. Das sind nicht irgendwelche abstrakten Dinge über Verbände und Gewerkschaften, sondern es sind ganz konkret Kinder, die schwächsten Glieder unserer Gesellschaft,

(Klaus-Peter Hesse CDU: Die haben Sie doch Jahrzehntelang vernachlässigt!)

und geschlagene und misshandelte Frauen. Da muss man deutlich sagen: Da tragen Sie Gesamtverantwortung. Das ist schäbig, was Sie mit diesem Etat machen wollen.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

A **Vizepräsidentin Barbara Bliebenich:** Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. – Das Wort hat Herr Dr. Maier.

C

Dr. Willfried Maier GAL: Frau Präsidentin, ich bemerkte jetzt eben, dass der Abgeordnete Tants Sie darum bat, ihn nicht vor mir dranzunehmen. Ich mache es trotzdem jetzt, ich finde nur, dieses Verfahren geht nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das empfinde ich auch für einen Haushaltsausschussvorsitzenden als etwas Feigheit vor dem Feind.

(*Ralf Niedmers CDU: Vor dem Gegner!*)

– Vor dem Gegner, Verzeihung. Das akzeptiere ich.

Herr Bürgermeister. Sie sagen, man müsse akzeptieren, dass im Betriebshaushalt wegen der Notwendigkeit dieser großen Investitionen eingeschnitten werde, die Sie auch noch zu einem erheblichen Teil aus Verkäufen finanzieren wollen, die Sie noch gar nicht getätigt haben, und Sie würden sie durch eine – gesenkten – Schuldenaufnahme finanzieren. Das hat Herr Reinert auch noch einmal gesagt.

Was Sie die ganze Zeit verschweigen, ist, dass die Gesamtsumme der Schulden der Stadt von 2001 bis 2003 rascher gestiegen ist als zuvor, und zwar wodurch? Durch den gestiegenen Kassenkredit, den Sie sich jetzt haben geben lassen.

(*Volker Okun CDU: Durch den Einbruch der Steuereinnahmen. Sie müssen die Ursachen kennen!*)

B

D

– Durch die Steuereinnahmen, mein lieber Herr Okun, steigen nicht die Ausgaben. Das hat damit wirklich nichts zu tun.

(Beifall bei der GAL – *Volker Okun CDU: Einnahmen!*)

– Nein, es geht um die Ausgaben, wenn ich von der Höhe von Investitionsprogrammen rede.

Da ist die Situation so, dass Sie tatsächlich die Verschuldung hochgefahren haben, aber Sie nicht mehr so deutlich ausweisen, weil Sie sich die Kassenkredite von 8 Prozent auf 10 Prozent des Haushaltes haben erhöhen lassen, also die konsolidierten Schulden sind weniger auffällig zugunsten der nicht konsolidierten. Das hat aber nichts mit Solidität zu tun.

Zum Weiteren sagen Sie: Was soll man denn nun eigentlich tun? Wenn ich auf die letzten zweieinhalb Jahre zurückblicke, finde ich die Sparmethode "Runde" war wirkungsvoller als die Sparmethode "Peiner". Die Sparmethode "Runde" hat dazu geführt, dass in den letzten vier Jahren vor Ihrer Regierung jedes Jahr 150 Millionen Euro aus dem Etat herausgeschnitten wurden. Sie haben es bisher hinbekommen, gegenüber den Ansätzen von 2001 in diesen drei Jahren insgesamt 30 Millionen Euro mehr für den Betriebshaushalt auszugeben, als damals geplant war. Sicher, da hat es das eine Bundes-Hin-und-Her gegeben, aber das hat es auch schon vorher gegeben, und es hat ja auch Entlastungen durch den Bund gegeben. Das heißt, die Sparmethode "Peiner" hat bisher noch gar nichts gebracht außer großem Gegacker.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wie war die Sparmethode "Runde"? Sie war, festzustellen, wie hoch die Einsparung sei, die im laufenden Jahr erreicht werden solle. Sie wollen jetzt mit 110 Millionen Euro herangehen. Das sind etwa 1,3 Prozent des Betriebshaushaltsetats. Dann ist eine Quote gebildet worden – nicht etwa, dass jede Behörde 1,3 Prozent aufbringen musste, sondern die Behörden, die gesetzliche Ausgaben zu leisten hatten, wurden von dieser Quote ausgenommen und die anderen bekamen unterschiedlich hohe Quoten. Damit lag es in der Verantwortung eines jeden Behördenchefs, die Einschnitte zu machen und sie mussten auch gemacht werden, denn im nächsten Jahr ging es ja weiter.

Das war die Methode "Runde". Sie lief verhältnismäßig geräuschlos ab und war wirkungsvoll. Die Einsparungen kamen wirklich zustande und nicht wie bei der Methode "Peiner", der sagt, er schneide aber strukturell ein. Was hören wir dann im Haushaltsausschuss? Da erzählt uns dann Herr Kusch, als strukturelle Einsparung habe er vorläufig den einen oder anderen Gerichtspräsidenten nicht besetzt: Strukturelle Einsparung "Kusch", die dann angeboten und im Programm dargestellt wird nach Methode "Peiner". Ein großartiger Fortschritt.

(Beifall bei der GAL)

Oder die Kultursenatorin nimmt sich in ihrer Not für ein Jahr den Feuerwehrtopf – 200 000 Euro weg. Das wird sie auch nicht die ganze Zeit machen können. Das war aber ihr Beitrag zur strukturellen Einsparung. Oder die Arbeitsmarktpolitik: Wie ist denn da der strukturelle Einschnitt? Wir hatten so hohe Reste, sagen Sie. Das ist doch alles Unsinn.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Das ist alles unseriöses Vorgehen und nicht etwa strukturiertes Eingreifen. Dann lässt man es besser die Behördenchefs selbst machen, denn dann haben sie die Verantwortung für die Summe, die sie tragen müssen, aber wie sie sie umsetzen, bleibt ihr Ding. Natürlich müssen sie mit der Finanzbehörde jeweils Rücksprache halten, aber es bleibt im Wesentlichen ihr Ding, es zu vollziehen. Und diese Methode empfehlen wir wieder einzuführen, damit wirklich gespart werden kann und nicht nur Jesteburg-Konferenzen sind, wo immer geknickte Senatoren nach Hause kommen, dicke Tränen in irgendwelchen Zeitungen zu lesen sind und nachher doch nichts zustande gekommen ist.

(Beifall bei der GAL)

Weswegen sitzen wir nun eigentlich heute zusammen? Der Etat war ja schon so gut wie durchberaten. Wegen genau 42 Millionen Euro genaugenommen, denjenigen nämlich, die im Bürgersenat überflüssigerweise versenkt worden sind. Da hat einmal der Bürger Lange 40 Millionen mehr ausgegeben für weniger Kinder. Eine bürgerliche Glanzleistung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Bürger Peiner hat darauf aufgepasst, Bürger von Beust auch und dann haben sie es laufen lassen, weil Bürger Lange für die Bürgerkoalition unentbehrlich war. Das hat nichts mit solider Finanzpolitik zu tun, das hat mit Koalitionsschmu zu tun, wenn Sie so wollen.

(*Michael Neumann SPD: Bürgerschmu!*)

A Das heißt, jetzt müssen diese 40 Millionen, die der Bürger Lange versenkt hat, von den Bürgern Hamburgs bezahlt werden, denn wir sind ja alle Bürger. Also zahlen wir mehr Miete, weil die Grundsteuer steigt, und die Arbeitslosen können zu einem beträchtlichen Teil nicht mehr weiter versorgt werden, weil Bürger Lange das Geld dafür im Kita-System versenkt hat.

Aber nicht nur Bürger Lange war ja tätig, Bürger Schill auch. Bürger Schill hat einen Sicherheits- und Ordnungsdienst geschaffen und er hat aller Welt erzählt, der finanziere sich komplett aus seinen Einnahmen.

(*Wolfhard Ploog CDU: Tut er auch!*)

Dann haben wir Minderbürger gefragt – also Minderheiten-Bürger –, wie er sich das vorstelle. Der Finanzsenator saß immer dabei und hat die Vorstellungen des Bürgers Schill mit abgenickt. Die CDU hat diese Vorstellungen auch mehrheitlich gebilligt. Und nun stellt sich heraus, statt 2,1 Millionen Euro kommen irgendwie 65 000 Euro dieses Jahr zusammen. Da hat sich der Bürger Schill offenbar ein bisschen geirrt.

(*Christian Maaß GAL: Ein Schildbürger!*)

Der Schildbürger Schill ist aber von den beiden Oberbürgern unterstützt worden, die da die Aufsicht führen sollten.

(Beifall bei der GAL)

Das heißt, die Bürgerei hat uns richtig viel Geld gekostet und führt jetzt zu diesen Veränderungen im Haushalt. Es führt witzigerweise dazu, dass eine Haushaltstruktur, die ich immer bemängelt habe, nämlich dass der Kinder- und Schuletat nicht so stark steigt wie andere Etats, jetzt überraschenderweise etwas verändert wird, denn der Kinderetat steigt ja nun um 40 Millionen, aber leider nicht zugunsten der Kinder, sondern einfach zu Versenkungs-zwecken.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Wolfhard Ploog CDU: Was hat der Bürger Maier dazu beige-tragen?*)

Jetzt gehen wir zum Investitionsprogramm, das künftig hier die Arbeitsplätze schaffen soll. Die wirklich große Nummer bei der Steigerung des Investitionsprogrammes besteht darin, dass eine U 4 gebaut werden soll,

(*Dr. Andrea Hilgers SPD: Wow! – Wolfhard Ploog CDU: Eine vierte Röhre haben wir ja schon!*)

eine U 4, die sauteuer wird, eine U 4, die wahrscheinlich nur durch Tricks – wenn überhaupt – in die Bundesförderung gebracht werden kann: Plötzlich nimmt die Zahl der Beschäftigten in der HafenCity planerisch um auf mehr als das Doppelte zu, nur damit man da einen fiktiven Verkehr generieren kann, der für die Antragstellung wichtig ist. Da wird also ein Trick angewandt, um dieses Riesenprojekt doch noch irgendwie planbar zu machen und auch das Risiko des Baues – darüber wird ja mein Kollege noch sprechen – ist so gewaltig, dass es wirklich Hamburgs Haushalt extrem in die Enge treiben wird.

(*Wolfhard Ploog CDU: Aber Sie sind doch immer für den ÖPNV gewesen!*)

– Wir sind da für ein preiswerteres System.

Da, bin ich der Meinung, nimmt die Rolle von Bürger Ole von Beust ein bisschen etwas an, das mich an Ludwig II. erinnert. Ludwig II. ist ja dadurch in die Geschichte ein-

C gegangen, dass er die bayerischen Finanzen durch immer neue Investitionsprojekte richtig ruiniert hat. Nur, Ludwig II. hatte mehr Geschmack als der Bürgermeister.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD)

Man kann über Neuschwanstein streiten, sehr sogar, über Bayreuth schon weniger, aber die U-Bahn als des Bürgermeisters Glanzprojekt städtischer Imposanz, so ein Stichbähnchen vom Rathaus in die HafenCity und zurück ... – mehr kriegen Sie ja gar nicht hin.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Das ist Ludwig II. verdunkelt oder Ludwig II. unterirdisch.

Jetzt wollen wir ja nicht hoffen, dass das so böse ausgeht. Wenn der Bürgermeister später mal in schweren Haushaltsdepressionen ist, passen Sie auf, dass er keine Bootsfahrt auf der Alster macht.

(Heiterkeit und Beifall bei der GAL und der SPD – *Klaus-Peter Hesse CDU: Die Sorge haben wir nicht!*)

Da muss man ja ein bisschen vorsichtig sein.

Ein letztes Wort: Wir reden ja immer noch unter der Fiktion, im Jahre 2006 sei der Betriebshaushalt ausgeglichen. Aus der Fehlsumme sind erst einmal 130 Millionen Euro herausgerechnet worden. 150 Millionen Euro sollten einmal gekürzt werden. Jetzt geht es nur noch um 110 Millionen Euro. Im Übrigen sollen einfach die Kürzungen für die fehlenden Kita-Gelder durchgerechnet werden. Wie das passieren soll, ist mehr und mehr unabsehbar. Ich habe den Eindruck, wir sollen einer Fiktion folgen, dass dies im Jahre 2006 erreicht werde. Der Fiktionscharakter – darauf hat ja schon Herr Neumann hingewiesen – wird dadurch untermauert, dass Sie überhaupt nur aufgeht, wenn die Steuersteigerung der kommenden Jahre im letzten Jahr bei 7,2 Prozent plus liegt. Das ist seit Jahren nicht mehr vorgekommen und es ist sehr unwahrscheinlich, dass das eintritt. Trotzdem dienen Sie uns jetzt diese Fiktion an. Ich finde das unangemessen.

D Wie gesagt, wir sind nicht gegen einen harten Sparkurs. Wir wollen ihn anders organisieren. Wir glauben auch nicht, dass das Parlament in seiner Weisheit die Ideen für die einzelnen Sparvorschläge finden kann, die in der Behördenspitze gefunden werden können, wenn der nötige Druck da ist. Wir werden aber einen solchen Kurs unterstützen, wobei wir eine Ausnahmeregelung bei den Quoten machen würden, einen Bereich von der scharfen Quotierung ausnehmen wollen: den Bereich Kindererziehung, Schulen und Bildung. Mehr kann man nicht leisten. Wenn man mehr ausnimmt, wird das ganze Verfahren fiktiv. Darum glaube ich auch nicht, dass man die Innenbehörde so weiter wachsen lassen kann wie in den letzten Jahren. Das geht einfach nicht. Da bin ich auch mit der SPD nicht einverstanden. Ich habe nichts dagegen, dass es gut bezahlte, ordentliche und mehr Polizisten geben sollte,

(*Michael Neumann SPD: Ausgebildete!*)

aber wenn wir uns entscheiden müssen, was wir in dieser Situation wählen, bin ich dafür, es für Kitas und Schulen zu machen.

(*Michael Neumann SPD: Da haben Sie Recht!*)

A Wir haben einfach eine Lage in der Stadt, wo immer mehr ältere Menschen – die naturgemäß ein starkes Sicherheitsbedürfnis haben und darauf gucken – einer sinkenden Zahl von Kindern gegenüber stehen, bei denen aber in Wirklichkeit die Zukunft der Stadt liegt. Das müssen wir optimieren. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat der Abgeordnete Tants.

(*Christian Maaß GAL: Henning I.!*)

Henning Tants CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Viel kann ich auf meine Vorredner nicht antworten,

(*Ingo Egloff SPD: Dann lassen Sie es doch!*)

denn so viel ist da auch nicht gekommen. Ich will aber versuchen, offene Fragen zu beantworten.

Herr Maier: Ihre ja schon fast fundamentale Frage war, warum wir hier zusammensitzen. Ich will Ihnen das aus unserer Sicht beantworten: damit die einzelnen Fraktionen und Parteien dem Bürger – ich komme auf Ihre Metapher zurück – ihre Vorstellungen kundtun, wie man denn den Haushalt dieser Stadt in vernünftige Bahnen lenkt. Nur, es ist bei Ihnen nicht viel gekommen. Sie haben sich in Metaphern verloren. Sie haben auch Ihr Zahlengefühl verloren.

Bevor ich aber auf die Zahlen komme, komme ich noch einmal zu Neuschwanstein. Das ist eben einer der wesentlichen Unterschiede zu Ludwig II: Der eine braucht kein Schloss, sondern er versucht, Investitionen für die Stadt und für die Bürger, für die Zukunft dieser Stadt herbeizuführen. Ob dieses nun im Untergrund ist und kaum gesehen wird oder woanders, ist ihm egal. Er braucht dafür kein Schloss. Das ehrt ihn, das ziert ihn, dass er das auch so macht.

(Beifall bei der CDU und bei *Dr. Willfried Maier GAL – Dr. Willfried Maier GAL: Da hat er Recht!*)

Nun noch einmal zu den generellen Vorwürfen: Sie haben hier gesagt, Herr Maier, hier werde seitens der Mehrheit dauernd vorfinanziert. Sie haben Senator Kusch und andere angesprochen. Wissen Sie, ich bin ja ein paar Jahre länger im Haushaltausschuss. Ich denke nur an die ganzen Vorfinanzierungsarien von Frau Sager, der Wissenschaftssenatorin, die uns über Jahre im Haushaltausschuss gesagt hat, ihre Personaleinsparungsverpflichtungen lägen alle im Amerika-Haus, wenn sie das irgendwann einmal verkaufe. Das ging über zwei Jahre.

(*Antje Möller GAL: Das ist schon abgerissen!*)

– Das ist ja auch schon ein paar Tage her.

Das war also bei Ihnen deutlich stärker ausgeprägt. Die Einzelverantwortung der Senatoren hat zum Beispiel im Schulbereich dazu geführt, dass die Finanzsenatorin nicht gesehen hat, dass für 9 Millionen Euro nicht ausfinanzierte Lehrerstellen da waren. Wenn dann ein Finanzsenator sich so begreift, dass es so etwas nicht entdeckt, dann muss man sich fragen, ob dies das richtige Verständnis ist.

Dann komme ich noch auf eines zurück. Herr Neumann, Sie haben vorhin auf den Bürgermeister bezüglich der

150 Millionen Euro repliziert, die man ja einsparen würde, wenn wir die Pendlerpauschale abschaffen würden. Ich habe da einmal geguckt und gerechnet. Nach meiner Kenntnis sind das aber nur 60 oder 70 Millionen Euro.

(*Michael Neumann SPD: Pendler und Eigenheim! – Gesine Dräger SPD: Sie müssen die Fehler des BGM nicht wiederholen!*)

– Ja, auch beides zusammen sind es nur 60 bis 70 Millionen Euro. Ich hoffe Sie sind da nicht wie die Partei, die da neben Ihnen sitzt, mit Mark und Euro in'n Tüdel gekommen, denn das ist ja ungefähr die Hälfte.

Das Dritte, welches aufzeigt, wie Sie mit den Zahlen umgehen und wie Sie dem Bürger Angst machen, ist Ihre These – die ich heute schon einmal gehört habe –, dass nun der Bildungsbereich der Kernbereich sei, in dem gespart wird. Vergleichen Sie einmal die Ausgaben für Bildung vor den gestrigen Beschlüssen und danach: Vor den Sparbeschlüssen waren das 21,3 Prozent des Gesamthaushaltes, danach 21,02 Prozent. Meine Damen und Herren, das ist eine Kürzung von 0,28 Prozent. Wie können Sie etwas anderes behaupten? Es sind fast 20 Prozent, die wir hineinsticken, und 0,28 Prozent, die wir kürzen. Herr Maier, ich habe einen hohen Respekt vor Ihnen als Haushälter und es enttäuscht mich, dass Sie hier mit solchen Zahlen spielen; das sind doch keine Dinge, die mir irgendein Finanzminister zuflüstert, sondern die man sich zusammenrechnen kann, da braucht man nur Zahlen vergleichen. Zu einer seriösen Haushaltsdebatte gehört es auch, dass man seriös mit Zahlen umgeht und nicht so, wie Sie das hier tun.

(Beifall bei der CDU – *Dr. Willfried Maier GAL: Wir haben den Haushalt 2005 noch nicht!*)

– Herr Maier, ich bitte um Nachsicht. Wenn es mir nicht gelungen sein sollte, mich deutlich genug auszudrücken. Ich spreche auch nicht vom Haushalt 2005. Sie sprechen in Ihrem Leitantrag davon und haben auch – wir haben ja heute Mittag schon einmal zusammengesessen – der Öffentlichkeit gesagt, dass Sie der Meinung seien, dass jetzt der Schul- und der Bildungsbereich der Kernbereich der Sparmaßnahmen geworden sei.

Diese Aussage von Ihnen, da ich Sie als seriösen Haushälter kenne und schätze, hat mich stutzig gemacht und ich habe in den eineinhalb Stunden nach dieser Diskussion bis jetzt die Zahlen ganz einfach ins Verhältnis gesetzt. Wir haben rund 18 Prozent des Gesamthaushaltes an Bildungsausgaben und nur 0,28 Prozent davon werden eingespart. Das ist eine schmerzhafte Summe, die schmerzhafte Dinge betrifft.

Glauben Sie mir, Kinderkuren und andere einzusparenden Dinge tun weh. Das ist richtig, aber irgendwo muss man doch das, was dort in Berlin passiert, kompensieren. Es trifft doch alle. Ich habe es heute Mittag schon gesagt: Die Stadt oder dieser Senat gibt einen Großteil der Einnahmen für den Teil der Bevölkerung aus, der nicht so hohe Einkommen hat, zum Beispiel für Sozialhilfe für sozial Schwächere oder nehmen wir den Bereich Hilfe für Erziehung und all diese Dinge. Wenn das der größte Bereich ist, den wir neben Personal- und anderen Kosten haben, dann muss da natürlich auch gespart werden. Andernfalls können Sie in den anderen Bereichen gar nichts mehr machen und die Stadt wird kaputtgespart, meine Damen und Herren. Das kann es nicht sein, aber darauf komme ich noch. So viel zu der Seriosität der Zahlen von GAL und SPD.

A Meine Damen und Herren! Wir haben Ihre Anträge noch nicht so sehr lange vorliegen. Wir werden Ihre Anträge im Wesentlichen aus einem Grunde nicht annehmen. Allein ein erster Überblick hat ergeben, dass Ihre Vorschläge mehrere hundert Millionen Euro mehr kosten.

(*Dirk Kienscherf SPD*: Blödsinn!)

– Das ist doch gar kein Quatsch, sondern das ist Tatsache. Das ist wie mit Ihren Zahlen. Dann müssen Sie einmal nachrechnen.

(*Jürgen Schmidt SPD*: Was sagen Sie zu den Steuerbeamten?)

– Herr Schmidt, dazu will ich Ihnen gerne etwas sagen. Das ist doch dieses wunderbare Konnektivitätsprinzip, welches wir als CDU bundesweit zur Diskussion gestellt haben: Der, der bestellt, soll auch zahlen. Der größte Nutznießer des Ergebnisses in den Steuerarten, in denen geprüft werden soll, die Sie fordern, ist der Bund.

(*Jürgen Schmidt SPD*: Das ist doch albern! Das stimmt doch nicht!)

Wenn Sie uns gleichzeitig darin unterstützen würden, dass sich der Bund dann auch an den Personalkosten beteiligt, dann stimmen wir zu, aber so nicht.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, das ist typisch. Das ist wie mit der Finanzierung der Gesamtschulen.

(*Christian Maaß GAL*: Das darf der Bund überhaupt nicht und das wissen Sie! Das würde gegen das Verfassungsrecht verstößen!)

B Der Bund gibt Geld zum Bau, die Unterhaltung, die Betriebskosten, dürfen die Länder zahlen. Wir haben in vielen Bereichen das Problem, dass der Bund bestellt und die Länder zahlen und das geht nicht. In die gleiche Richtung geht Ihr Antrag.

Das ist doch Moralin, was Sie hier versprühen. Dann sagen Sie doch auch dem Bürger, dass die gleiche Partei, die hier aus moralischen Gründen 50 Steuerbeamte fordert, zu verantworten hat, dass es Gesetze gibt, nach denen Vodafone den Steuerzahler, ich glaube, 50 Milliarden Euro kostet. Das ist doch Ihre Steuerpolitik, unter der auch Hamburg leiden wird. Das sind doch nicht die moralischen 50 Steuerbeamten.

(*Jürgen Schmidt SPD*: Es geht um Steuererhebungen, guter Mann!)

Herr Schmidt, auf dem Niveau bin ich auch nicht bereit, mit Ihnen zu diskutieren.

Meine Damen und Herren! Ich habe gesagt, warum wir dieses ablehnen. In Einzelbereichen sind in Ihren Anträgen allerdings Ansätze vorhanden, über die man sicherlich reden muss. Man wird auch über die Problematik der Altersstruktur im öffentlichen Dienst reden müssen. Nur, Herr Neumann, wenn Sie den Masterplan für den öffentlichen Dienst fordern, wo haben wir denn die größte Alterspyramide? Die haben wir doch im Bereich der Lehrkörper.

(*Doris Mandel SPD*: Hier im Parlament! Heiterkeit bei allen Fraktionen)

– Ich gebe ja zu, dass ich in den nächsten 10, 15 Jahren ins Rentenalter komme, das ist richtig,

(*Jürgen Schmidt SPD*: Das sieht man aber gar nicht!) C

aber deswegen sehe ich mich hier nicht als die Spitze der Alterspyramide.

Dann sagen Sie doch nicht einfach Masterplan für den öffentlichen Dienst, sondern sagen Sie, wo die Probleme liegen, und dann machen Sie auch einen Vorschlag. Bei Ihnen, meine Damen und Herren, ist es so – das geht auch aus Ihrem Antrag hervor –, dass Sie eine Chronologie machen und sagen,

(*Doris Mandel SPD*: Wir waren besser!)

die letzten Jahre von Rotgrün waren gut, man müsste mal evaluieren, das heißt prüfen, wie es gut sein kann und wie es vielleicht noch besser werden kann, aber handeln tun Sie nicht, meine Damen und Herren.

(*Michael Neumann SPD*: Das soll der Senat!)

– Nein, Herr Neumann, das kann ich nicht gelten lassen. Ich habe hier vor dreieinhalb Jahren noch in der Opposition gesessen und Michael Freytag, der finanzpolitische Sprecher der Opposition, der Fraktionsvorsitzende Ole von Beust und auch ich, der im Haushaltssausschuss war, haben hier konkrete Vorschläge gemacht.

Meine Damen und Herren! Wir werden einen Antrag einbringen, der uns nach vorne bringen soll, und zwar Public-private-partnership. Die verbleibenden Steuern in Hamburg betragen 2000 6,907 Milliarden Euro, die Personalkosten 3,3 Milliarden Euro. Das sind 48,57 Prozent. Durch das Wegbrechen der Steuereinnahmen, meine Damen und Herren, haben sich die Personalkosten in dem gleichen Zeitraum von 48,57 auf 51,6 Prozent erhöht. Das heißt, wir haben das Phänomen eines strukturell anwachsenden Kostenblocks im Personalbereich und strukturell zurückgehende Steuereinnahmen. Dieses lässt, wenn Sie diese Zahlenreihe nehmen, ganz deutlich einen Handlungsbedarf erkennen.

D Der Handlungsbedarf, meine Damen und Herren, muss zum einen Aufgabenkritik und zum anderen Aufgabenteilung hervorrufen. Kernbereiche oder Nichtkernbereiche, es müssen hier aber Synergieeffekte erzielt werden und nicht, wie von Ihnen spöttisch dargestellt, dass man einfach nur Sponsoren findet. Es muss so sein, dass die Steuerungsfunktion bei der Behörde bleibt und das operative Geschäft von Privaten getätigter wird. So bitter das klingt, aber so notwendig ist das für den Staat, Sie verlängern das Personalkostenrisiko aus dem öffentlichen Haushalt.

Meine Damen und Herren! Diejenigen, die im Haushaltssausschuss sitzen, wissen, dass die Pensionskosten immens sind. Frau Dr. Stapelfeldt hat einmal einen guten Vorschlag im Haushaltssausschuss eingebracht, dass wir für gewisse Beamtengruppen einen Pensionsfonds bilden. Auf diesem Wege müssen wir weitergehen.

(*Doris Mandel SPD*: Das haben wir gemacht!)

Deswegen bringen wir einen Antrag ein. Wenn Sie das ernst meinen, was Sie gesagt haben, dann werden Sie dem Antrag auch zustimmen.

Meine Damen und Herren! Eine Kontinuität besteht in Ihren Anträgen darin: Wir wollen so weitermachen wie früher. Das, meine Damen und Herren, wollen wir nicht und das wollen wir auch mit ganzer Kraft nicht. Deswe-

A gen werden wir Ihre Anträge auch ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Bettina Bliebenich: Das Wort hat Senator Dr. Peiner.

Senator Dr. Wolfgang Peiner: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nur noch einige sachliche Korrekturen zu Punkten bringen, die von der Opposition vorgetragen worden sind.

(*Bernd Reinert CDU: Das muss dann ja eine lange Rede werden!*)

– Ja, die Rede könnte etwas lang werden. Ich will mich auf die wesentlichen Punkte konzentrieren.

Ich möchte mit Ihnen, lieber Herr Maier, beginnen, der größere Schwerpunkt wird aber dann Herrn Neumann gelten. Herr Maier, ich beginne bei Ihnen deshalb, weil Sie Haushälter sind und ich Ihnen einiges einfach nicht durchgehen lassen darf, weil Sie sich in den Bereichen auskennen.

(Lachen bei *Dr. Willfried Maier GAL*)

Vorweg aber noch einmal zum Thema U-Bahn. Ich weiß, dass das Thema U-Bahn zur HafenCity für Sie eine kaiserliche Werft ist. Das ist eigentlich bedauerlich, denn ich kann nur wiederholen, was ich an dieser Stelle schon einmal zu Ihnen gesagt habe: Wer gegen die U-Bahn in die HafenCity ist, ist im Kern gegen die Entwicklung der HafenCity.

B

(Beifall bei der CDU)

Wer, wie ich, mit Investoren in der HafenCity spricht,

(*Dr. Willfried Maier GAL: Dann haben Sie sich versprochen!*)

mit Unternehmen, die sich dort über Jahrzehnte engagieren sollen, für die ist die erste Frage nicht, wo die nächste Busverbindung ist, sondern für die ist die Frage, ob diese HafenCity an ein international leistungsfähiges Verkehrssystem angebunden ist.

(*Dr. Willfried Maier GAL: Das ist richtig!*)

Was Sie möglicherweise meinen einsparen zu können, wird uns an Investitionspotenzial in die HafenCity mehrfach verloren gehen, wenn wir nicht in der Lage sind, die U-Bahn dort hinzubauen, die dringend erforderlich ist.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben Sie, lieber Herr Maier, in sehr schönen Wörtern auf die eine oder andere, möglicherweise auch nicht immer unbedingt geglückte Finanzentscheidung in der Durchführung auch meiner Kollegen hingewiesen, aber ich bitte doch, den Grundsatz im Auge zu behalten, dass man auch seinen eigenen Balken sehen sollte. Es gibt wahrhaft in dieser Stadt nur eine einzige echte Investitionsruine und das ist das VIVO. Da sind durch den Stadtentwicklungssenator Maier 45 Millionen Euro in den Sand gesetzt worden und das gehört natürlich der Vollständigkeit halber dazu.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von *Werner Dobritz SPD*)

Lieber Herr Maier, um Ihr Gedächtnis noch weiter aufzufrischen, weil Sie jetzt wieder in Ihrer Presseerklärung und auch in Ihren Zahlen sagen, dieser Senat habe gegenüber 2002 und 2001 mehr Geld ausgegeben und nicht gespart. Sie sind, lieber Herr Maier, Haushälter. Deswegen kann ich Ihnen das nicht durchgehen lassen. Sie wissen sehr genau, dass der Haushalt 2002, der damals noch von Ihrer Koalition vorgelegt wurde, 100 Millionen Euro globale Minderausgaben vorgesehen hat als Bodensatz, von dem er wusste, das maximal 30 Prozent ehrlich und realistisch sind. Sie wissen auch, dass es den schönen Begriff – das müssen die anderen nicht wissen, weil es ein technischer Begriff ist – der zuwachsenden Einnahmen gibt. Das sind weitere 72 Millionen Euro. Wenn Sie die beiden Posten zusammennehmen, dann werden Sie sehen, dass wir mit einer Punktlandung ausgekommen sind, das heißt, wir haben Ihren Haushaltsansatz komplett eingehalten, obwohl wir politische Schwerpunkte neu gesetzt haben, mehr Polizisten und mehr Lehrer eingestellt haben.

(*Doris Mandel SPD: Das ist doch gar nicht wahr!*)

Ich erwarte eigentlich von Ihnen, dass Sie Zahlen lesen, interpretieren und auch wahrheitsgemäß berichten können.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Nun zu Herrn Neumann. Ich freue mich erst einmal, Herr Neumann, dass die SPD-Fraktion mit Ihnen offenkundig einen neuen Haushaltsexperten hat.

(*Klaus-Peter Hesse CDU: Na ja!*)

Das finde ich gut. Ich finde auch, dass Sie sich redlich bemühen, sich in die Grundsätze einzuarbeiten.

(Zurufe von der SPD)

Aber ich darf Ihnen auch sagen, dass man doch an einigen Dingen merkt, dass Ihre Vorbereitung noch nicht gründlich ist. Die "Welt" hätte Ihnen eine vier minus gegeben, aber immerhin denke ich da positiv. Ich erkenne den Willen und gebe Ihnen eine vier plus.

Ich will einige Beispiele nennen. Zum Beispiel zu Maastricht. Ist Ihnen eigentlich klar, Herr Neumann, dass Hamburg mit Bayern, Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz im Moment und im letzten Jahr die einzigen westdeutschen Bundesländer sind, die die Verschuldungsobergrenze gemäß der Verfassung nicht ausgeübt haben? Das heißt, der Bund – das brauche ich nicht zu erklären – ist jenseits aller Verfassungsgrenzen. Alle – außer Rheinland-Pfalz – sozialdemokratisch geführten Länder in Deutschland sind, was die Verschuldung betrifft, über der Verfassungsobergrenze für Investitionen. Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg sind die drei Länder,

(*Dirk Kienscherf SPD: Die anderen CDU-Länder doch auch!*)

die ihre Verschuldungsobergrenze nicht ausüben,

(Beifall bei der CDU)

sondern – und nicht nur das – wir haben eine sinkende Nettoneuverschuldung. Auch dieses im Gegensatz zu allen sozialdemokratisch geführten Ländern.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD: Da vergleichen Sie aber Äpfel mit Birnen!*)

C

D

A Ein zweiter Punkt. Unsere Rolle im Bundesrat ist sehr klar. Nun unterstelle ich, dass Sie noch nicht soviel Zeitung in letzter Zeit lesen konnten. Sie mussten sich in manch andere Dinge einarbeiten. Das ist absolut in Ordnung. Deswegen will ich es Ihnen hier erklären. Wir haben eine sehr entscheidende Rolle im Vermittlungsausschuss gespielt. Diese Rolle im Vermittlungsausschuss führte dazu, dass wir die Körperschaftsteuer-handwerklichen Fehler beseitigt haben, dass wir Schlupflöcher bei der Gewerbesteuer verhindert haben und dass wir zum Beispiel als Wesentliches die Mindestbesteuerung eingeführt haben, die verhindern, dass Unternehmen wie Vodafone in Zukunft diese Politik machen können, die sie in der Vergangenheit gemacht haben. Das ist maßgeblich mit unserer Unterstützung erfolgt. Das sollten Sie zumindest wissen.

(*Jürgen Schmidt SPD*: Die anderen CDU-Länder waren aber dagegen!)

Zweitens: Pendlerpauschale und Eigenheimzulage sind mit der Unterstützung Hamburgs erstmalig deutlich abgesenkt worden und werden auch noch weiter abgesenkt. Alle Subventionen sind gesenkt worden. Interessanterweise gibt es überhaupt nur einen Ausnahmebereich und das ist auf Wunsch der Grünen der Bereich Windkraft, wo wir durch Energieeinspeisung im Moment den größten Subventionstatbestand in Deutschland haben.

(*Barbara Ahrns CDU*: Genau!)

Mit der Weigerung der Grünen und dieses zum Biotop zu machen, Herr Maier, versündigen Sie sich an der Zukunft dieser Stadt.

B (Beifall bei der CDU)

Unsere Politik, was Steuern betrifft, ist sehr klar. Wir haben immer gesagt, dass wir für eine Vereinfachung der Steuergesetze, für eine Senkung der Steuersätze und für eine Abschaffung der Subventionstatbestände sind. Wir sind nicht für eine absolute Senkung der Steuern unter dem heutigen, konjunkturellen Umfeld, aber wir wissen, dass ein vereinfachtes Steuerrecht konjunkturfördernd ist und dass wir deswegen alles tun, dass wir da so schnell wie möglich hinkommen. Weil wir wissen, dass es im Moment nicht konjunkturfördernd ist – der Bürgermeister hat darauf hingewiesen –, haben wir doch die von der SPD und die von der Koalition in Hardenberg beschlossene Steuersenkung in 2004 verhindert. Ich war im Gegensatz zu Ihnen, Herr Neumann, bei den Sitzungen des Vermittlungsausschusses dabei. Es war der Herzenswunsch Ihres Bundeskanzlers, die Steuern in 2004 weiter zu senken. Es dauerte bis nachts um 3 Uhr, bis wir ihn von seinem Irrweg überzeugt hatten und er das dann stolz als Erkenntnis verkündet hat. Ich denke, das war unser Erfolg und unsere Arbeit und Hamburg hat dabei eine maßgebliche, aber auch maßvolle Rolle gespielt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, häufig wird das Thema Jesteburg-Methode angesprochen. Ich höre immer wieder Ihren Stolz heraus auf Ihr Konsolidierungsprogramm der Jahre 1994 bis zum Jahre 2000. Das ist auch in Ordnung. Ich habe immer gesagt, das Konsolidierungsprogramm war in Ordnung, aber es hätte nie für beendet erklärt werden dürfen. Aber Sie sollten der Wahrheit halber auch sagen, dass der Hamburger Haushalt zwischen 1988 und 1993 jährlich eine Zuwachsrate im Schnitt von fast 6 Prozent hatte, das heißt, jährlich um über 300 Millionen

Euro gewachsen ist und Sie danach fünf Jahre hatten, indem Sie das pro Jahr um 150 Millionen Euro abgesenkt haben.

(*Hans-Christoff Dees SPD*: Das war die FDP!)

Das heißt, Sie haben im Grunde genommen noch nicht einmal die Hälfte Ihrer Probleme beseitigt. Das ist immerhin schon eine Leistung, aber zum Stolz gibt es keinerlei Anlass.

Wir mussten dann nach diesem sehr hohen Niveau die Dinge weiter angehen und ich denke, das ist uns mit Erfolg gelungen. Deswegen haben wir auch einen anderen methodischen Ansatz gewählt. Die Jesteburg-Methode sagt ja sehr klar, dass wir deduktiv vorgehen, dass wir uns die Fälle angucken, dass wir nicht pauschal vorgehen und nicht nach der Rasenmäher-Methode vorgehen. Dass uns nun ausgerechnet Rotgrün empfiehlt, wieder Rasenmäher-Methoden à la Runde einzuführen, das kann mich wirklich nur erstaunen. Wir sind systematisch vorgegangen.

(*Doris Mandel SPD*: Systematisch gegen Frauen und Kinder!)

Wir haben in drei Runden – Jesteburg I, Jesteburg II und Jesteburg III – ein Volumen von strukturell etwa 500 Millionen Euro konsolidiert, dem natürlich Ausgabensteigerungen in gesetzlich unabweisbaren Bereichen gegenüberstehen, in dem aber zum Beispiel auch Ausgabensteigerungen bei der Altersversorgung enthalten sind. Die Ausgaben für Altersversorgung in Hamburg wachsen jedes Jahr um 100 bis 120 Millionen Euro mit steigender Tendenz. Vorsorge ist dafür nicht getroffen worden, also müssen wir dieses zusätzlich durch Sparmaßnahmen konsolidieren. Dazu sind wir bereit, das schaffen wir auch, aber Sie sollten zumindest dann auch den Unterschied in der Methode sehen. Wir halten nichts davon, das Rasenmäherprinzip weiter anzuwenden.

(Beifall bei der CDU)

Herr Neumann, nun noch einmal zum Länderfinanzausgleich. Wir halten uns bei unseren Prognosen und Zahlen an das Gesetz. Gelegentlich hilft es ja, ins Gesetz zu gucken, wenn man einen Fall beurteilt. Der Länderfinanzausgleich sagt sehr klar, dass er auf der Basis der tatsächlichen Menschen, die in dem jeweiligen Bundesland leben, abgerechnet wird. Wir berücksichtigen Bevölkerungsveränderungen bei allen unseren Planungen. Gera de die Mitglieder des Haushaltungsausschusses wissen, dass man uns mit Recht Vorwürfe machen würde, wenn wir bei unseren mittelfristigen Planungen Veränderungen in der Bevölkerung nicht berücksichtigen.

Die rein statische Berechnung des Länderfinanzausgleiches berücksichtigt das nicht. Das Statistische Landesamt sagt uns – und das Statistische Bundesamt sagt es auch allen anderen –, dass die Bevölkerung in Hamburg im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern um 8000 bis 10 000 Einwohner pro Jahr steigt und wir dies natürlich auch ordnungsgemäß berücksichtigen müssen.

Nun noch einmal zu dem Thema öffentlicher Dienst. Ich weiß nicht, Herr Neumann, was Sie ernsthaft damit meinen, wenn Sie sagen – und das ist ja richtig –, dass ein Viertel des öffentlichen Dienstes im nächsten Jahrzehnt in den Ruhestand geht. Wir haben 65 000 Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Davon sind 15 000 Lehrer. Sollen wir hier wirklich die Fluktuation der nächsten fünf bis sechs

C

D

A Jahre ausnutzen? Wir haben 6000 Beschäftigte an der Universität. Schwerpunkt Bildung. Sollen wir hier wirklich die Fluktuation der nächsten Jahre ausnutzen? Wir haben 6000 Mitarbeiter am Universitäts-Krankenhaus Eppendorf. Sollen wir da wirklich in den nächsten Jahren die Fluktuation ausnutzen? Wir haben 1600 Justizbeamte. Sollen wir da wirklich die Fluktuation ausnutzen? Wir haben 12 000 Mitarbeiter bei Polizei und Feuerwehr. Sollen wir da wirklich die Fluktuation ausnutzen? Wir haben 5000 Mitarbeiter in der Steuerverwaltung. Sollen wir da wirklich die Fluktuation ausnutzen?

(Beifall bei der CDU)

Sie haben eben gefordert, dass wir mehr Mitarbeiter in der Steuerverwaltung und in der Betriebsprüfung brauchen. Wissen Sie gar nicht, dass das von den Ausbildungskapazitäten abhängig ist? Ende der Neunzigerjahre wurden die Ausbildungskapazitäten von je drei Klassen für den gehobenen und mittleren Dienst von den Sozialdemokraten auf zwei Klassen gekürzt. Wir leiden jetzt darunter, dass nicht ausreichend Fachleute ausgebildet worden sind. Wir werden das in den Griff bekommen, wie wir alle Probleme in den Griff bekommen. Wir werden auch unsere Ausbildungskapazitäten wieder steigern. Aber uns vorzuwerfen, dass wir nicht genug Mitarbeiter in der Steuerverwaltung haben, nachdem Sie die Ausbildungskapazitäten verringert haben, ich denke, das ist wirklich die Methode: Haltet den Dieb.

(Beifall bei der CDU)

Nun zu Hartz IV. Lieber Herr Neumann, ich bin im Vermittlungsausschuss, ich erlebe die Diskussionen. Ich kann nur sagen: Wir als Kommunen, und zwar alle Kommunen, verlangen, dass der Bundeskanzler und der Wirtschaftsminister ihre Zusage einhalten, die Kommunen mit 2,5 Milliarden Euro zu entlasten. Es kann im Moment überhaupt noch nicht Rede davon sein, dass hier ein verbindliches Angebot vorliegt. Der Wirtschaftsminister hat vor zwei Wochen einen ersten Versuch gemacht. Alle Kommunen sind sich einig, dass es noch nicht ausreicht. Ich hoffe, dass der Bundeswirtschaftsminister morgen in Berlin ein Angebot vorlegen wird, damit die Kommunen, wie vom Bundeskanzler und Wirtschaftsminister versprochen, auch wirklich entlastet werden. Wir werden den Gesetzesentwürfen der Bundesregierung nur folgen können, wenn auch die Bundesregierung ihr Wort hält. Davon sind wir im Moment noch weit entfernt, aber ich höre Ihre Botschaft wohl. Ich gehe davon aus, dass uns als Kommunen der Bundeskanzler und der Bundeswirtschaftsminister morgen durch Unterstützung der Sozialdemokraten in Hamburg ein Angebot vorlegen wird, das wir annehmen können, damit wir entsprechend entlastet werden. Das sollte im November, Dezember letzten Jahres für Hamburg 165 Millionen Euro bedeuten. Wir sind heute schon dankbar, wenn wir 80 Millionen Euro bekommen und das ist das Wort der Bundesregierung.

Wir werden auch weiterhin für unsere Interessen dort kämpfen

(Michael Neumann SPD: Für die Interessen Hamburgs, nicht für Ihre!)

und werden uns auch dafür einsetzen. Wir erwarten aber auch, dass Sie das hier nicht bei den Wortbeiträgen lassen, sondern dass auch Sie den Bundeskanzler und den Wirtschaftsminister in Berlin daran erinnern, dass Hamburg Geld aus Hartz IV zu bekommen hat, das bis heute

viel versprochen wurde, aber das wir bis heute noch nicht bekommen haben. C

Zum Thema Wachsende Stadt und Investitionen. Wir werden auch unsere Bildungsausgaben auf Dauer nicht finanzieren können, wenn wir nicht gleichzeitig eine gesunde Wirtschaftsstruktur haben. Das sind Prozesse, die gegenseitig verschränkt sind und wir müssen beides tun. Deswegen ist unser Schwerpunkt auch Universität und Bildung. Ich glaube, wer sich den Haushalt dann gründlich anguckt, wird feststellen, dass dort auch die entsprechenden Schwerpunkte sind.

Aber Investitionen des Staates machen es nicht alleine. Wir stärken unsere Investitionen. Wir haben ein Sonderinvestitionsprogramm, das wir Ihnen vorstellen werden. Wir haben unsere Investitionsquote auch erhöht. Aber wir stärken gleichzeitig die Investitionen der öffentlichen Unternehmen. Aber was vor allen Dingen wichtig ist: Wir sorgen dafür, dass private Unternehmen in dieser Stadt verstärkt investieren, ob das die Europa-Passage ist, ob das die HafenCity einschließlich U-Bahn ist, ob das der Domplatz ist. Hier kommen private Investitionen in die Stadt und nicht nur staatliche Investitionen. Ich glaube, da müssen Sie eines Tages auch einmal umdenken: Nur die privaten Investitionen sichern dauerhaft den Wirtschaftsstandort Hamburg.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen ist es auch nur logisch, dass Sie nicht wissen, Herr Neumann, dass wir die Erbbaurechte den Wohnungsbaugenossenschaften auch deswegen verkauft haben, damit sie in der Lage sind, stärker privatwirtschaftlich zu investieren. Es kommt – darauf wurde schon hingewiesen – nicht nur auf den staatlich geförderten Wohnungsbau an. Es kommt darauf an, dass private Bauherren hier in Hamburg verstärkt Wohnungsbau betreiben. Dafür werden wir die Grundstücke preiswerter anbieten, dafür werden wir die Erbbaurechte verkaufen, um hier eine Basis zu schaffen, dass sich private Investitionen in den Wohnungsbau auch wieder lohnen. D

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren! Herr Neumann, Sie haben am Anfang Ihrer Rede sehr richtig gesagt, dass der Staat nur das ausgeben kann und darf, was ihm Bürger und Betriebe zur Verfügung stellen. Das ist meine Meinung, das ist unsere Meinung und das sollte auch unsere gemeinsame Meinung sein. Ich denke, es ist unsere gemeinsame Aufgabe, wieder einen Grundkonsens auch in der Bevölkerung zu schaffen, dass wir dauerhaft nicht über unsere Verhältnisse leben können, sondern dass wir dauerhaft dazu beitragen müssen, dass die Einnahmen und Ausgaben wieder in einen vernünftigen Ausgleich kommen.

(Volker Okun CDU: Richtig!)

Das ist auch das Ziel unserer Haushaltspolitik, wobei ich auch klar sage, dass es noch nicht einmal reichen wird, denn wir brauchen aus den Überschüssen des laufenden Haushaltes auch noch Mittel, um investieren zu können. Das ist das Ziel unserer Finanzpolitik: Wir steigern die Investitionen, wir senken die Nettokreditaufnahme, wir konsolidieren im Betriebshaushalt, um die Zukunft unserer Stadt finanziell abzusichern.

(Beifall bei der CDU)

A **Vizepräsidentin Bettina Bliebenich:** Das Wort erhält Herr Zuckerer.

Walter Zuckerer SPD:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Dr. Peiner, die CDU trägt die Verantwortung für die Haushalts- und Finanzpolitik seit dem Jahr 2001. Deshalb sehen wir uns einmal die Ergebnisse und die Bilanz seit dem Jahr 2001 an. Herr Dr. Peiner, es ist richtig, dass Sie den Haushalt 2002, der noch von Rotgrün beschlossen war, durchgefahrene. Das Problem bestand darin, dass die Steuereinnahmen bereits im Herbst eingebrochen waren und

(Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe übernimmt den Vorsitz.)

im Jahr 2002 erneut einbrachen. Der Vorwurf, der Ihnen zu machen war, ist, dass Sie auf diesen drastischen Einbruch nicht reagiert hatten. Sie haben die Dinge im ersten Jahr einfach laufen lassen, weil es einfacher war und weil Sie durchaus auch andere Dinge tun wollten, weil Sie Geschenke finanziert haben. Das ist damals der Fall gewesen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein Sonderprogramm, von dem wir heute noch nicht wissen, was eigentlich aus ihm geworden ist. Das war Ihre erste Maßnahme.

Nun kommt Ihre zweite Maßnahme. Im Jahr 2003 begann dann in der Tat das strukturelle Sparen mit Jesteburg I. Darüber kann man streiten, aber selbst aus Ihrer Fraktion und selbst von Ihnen gibt es Äußerungen, dass Jesteburg I bis heute eigentlich noch nicht vollständig verwirklicht ist. Darauf will ich aber gar nicht hinaus. Ich gestehe Ihnen zu, dass es Schwierigkeiten gab. Es gibt etwas ganz anderes, was einen dabei bewegt, nämlich dass Sie im Jahr 2003 zwei fundamentale schwarze Löcher produziert haben. Das eine, dessen Umfang wir noch gar nicht genau kennen, das aber mindestens zwischen 40 Millionen Euro und 60 Millionen Euro liegt und das andere, das irgendwo im Schulinvestitionsbereich ein merkwürdiges Dasein in einem Bermudadreieck der Verwaltung fristet. Wenn man das zusammennimmt, was Sie 2003 produziert haben, dann haben Sie ungefähr die Hälfte des Geldes, das Sie vielleicht in Jesteburg I gespart haben, wieder versenkt und das ist Ihre Konsolidierungspolitik des Jahres 2003 gewesen. Da war im Prinzip nichts, außer jetzt einem großen Loch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das ist einfach die finanzpolitische Realität, aber es gibt auch darüber hinausgehend Politik.

Meine Damen und Herren! Wenn wir den Bürgern dieser Stadt erläutern, dass sie sparen müssen, dass sie Einschränkungen bei öffentlichen Dienstleistungen hinnehmen müssen, dass Zuwendungsträger akzeptieren müssen, dass bei ihnen gestrichen wird, dann ist das in vielen Bereichen auch notwendig. Aber man kann es niemand vermitteln, wenn man selbst eine unsolide Haushaltspolitik oder eine Form von Misswirtschaft duldet, die in einem Bereich, ohne irgendetwas zu bewegen, 60 Millionen Euro Minimum im Kita-Bereich versenkt und im anderen Bereich offensichtlich Schulinvestitionsbau zum letzten Abenteuer dieser, unserer Welt erklärt. Das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C Da versteht keiner, warum er eigentlich Einschränkungen hinnehmen soll, wenn eine Verwaltung noch nicht einmal selbst in der Lage ist, angemessen und einfach solide zu wirtschaften. Das ist das erste politische Problem, das Sie produziert haben.

Nun kommen wir zu einem zweiten Problem. Sie haben jetzt Jesteburg III – was immer es ist, man kann auch sagen: Hammer eins – vorgelegt, Ihr zusätzliches Programm. Ich gehe jetzt gar nicht auf die einzelnen Maßnahmen ein, sondern nur auf eine ganz bestimmte Tatsache.

In diesem neuen Konzept werden oder sollen durch Effizienzsteigerungen und Modernisierungen insgesamt 14 Millionen Euro gespart werden, sozusagen strukturelle Gewinne durch bessere Verwaltungsführung oder auch Ausgliederung.

Diese 14 Millionen Euro sind 12 Prozent Ihres gesamten neuen Sparpakets und bezogen auf den Betriebshaushalt der Freien und Hansestadt liegt das im Promillebereich. Herr Dr. Peiner und Herr Bürgermeister, wollen Sie diesem Parlament ernsthaft erklären oder irgendwie deutlich machen, dass man im Bereich der Modernisierung und der Effizienzsteigerung der Verwaltung nur 14 Millionen Euro sparen kann und mehr in Zukunft nicht? Ist das alles für den Doppelhaushalt 2005/2006, sozusagen die Restrate? Das ist absoluter Unsinn.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Natürlich wurde auch schon vorher im Bereich der Verwaltung gespart. Das Problem besteht doch darin, dass wir, wenn wir moderne und effiziente Verwaltung haben wollen, sie auch herbeiführen müssen. Effizienzgewinne in einem Zweijahreshaushalt von 14 Millionen Euro sind ein Witz, wenn wir über eine zukunftsfähige Verwaltung reden. Sie sind auch aus anderen Gründen dann nicht vertretbar. Wenn wir den Bürger durch harte Eingriffe belasten müssen, dann müssen wir als erstes nachweisen, dass es keine Reserven mehr in der normalen Verwaltung gibt, und das weisen Sie nicht nach.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Deswegen haben wir Ihnen schon vor zwei Jahren gesagt, dass wir für den Staat Hamburg, für öffentliche Verwaltung in Hamburg, für einen modernen öffentlichen Dienst ein Zukunftsconcept brauchen. Dieses Zukunftsconcept gibt es nicht, weil Sie sich durchwursteln. Wenn man die Zahlen, die Sie zusammengeschrieben haben, nimmt – 12 Prozent Ihres gesamten Zukunfts pakets sind dann Einsparungen bei der öffentlichen Verwaltung –, dann muss man eigentlich zu dem Ergebnis kommen, dass es aus Ihrer Sicht im Bereich der wirklichen Aufgabenkritik, im Bereich einer anderen Organisation keine Reserven mehr gibt. Es gibt also nur noch den Eingriff bei Zuwendungen und Subventionen. Sonst gibt es ganz offensichtlich in der Hamburger Verwaltung nichts. Das glaubt keiner, der hier sitzt.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zu einem weiteren Punkt, der mir auch wichtig ist. Meine Damen und Herren, Haushaltspolitik ist trocken und sie ist auch schwierig. Jeder weiß, dass wir in einer besonders schwierigen Lage leben. Aber Haushaltspolitik ist immer auch Verteilungspolitik.

- A Wenn wir Ihre Sparpakte betrachten, dann müssen wir auch über Verteilungswirkungen reden. Sie werfen uns vor, dass die Methoden der Vergangenheit, das Quotensparen, nicht so besonders politisch war, was es übrigens doch war, denn die Quote war politisch, und was innerhalb der Quote erbracht wurde, musste politisch bewertet werden. Aber Ihre Methode ist, wie ich das verstanden habe, die superpolitische Methode. Jedes einzelne Projekt wird politisch bewertet.

(Dr. Willfried Maier GAL: Vom Gesamtsenat!)

– Vom Gesamtsenat.

Dann sehen Sie sich an, was Sie bei den 110 Millionen Euro verbrochen haben. Ich gebe jetzt ein kleines Beispiel: Wenn man in schwierigen Zeiten Finanzpolitik macht oder der Gesamtsenat in Verantwortung Politik macht – Sie nennen das verantwortungsvolles Konsolidieren –, dann muss man auf eine Balance achten. Und was ist Ihre Balance? Ihre Balance ist: Geld für die Bambi-Verleihung, Geld für Women's World Award, Geld für Men's World Award. Diese Veranstaltungen kosten zusammen dreimal so viel wie die Geschichtswerkstätten im Jahr brauchen. Das ist Ihre Balance und das geht nicht.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie zu harten Einschnitten kommen. Das müsste wohl jede Regierung. Ich werfe Ihnen aber diese Form der Ungleichgewichtigkeit vor, die in dieser Stadt weder sozial- noch zukunftsverträglich ist. Das ist der wesentliche Vorwurf.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

- B Wenn man das politisch unterm Strich bewertet, dann bleibt Folgendes übrig: Das, was Sie immer finanzieren würden und wo Sie nie einsparen, ist die Fassade dieser Stadt, das sind die imagebildenden Maßnahmen, das sind die Events. Da, wo Sie immer einsparen und wo Sie es für notwendig halten, weil es ja nicht anders geht, ist dort, wo eigentlich Probleme gelöst werden müssen. Die Bambi-Verleihung ist kein Problem, aber Frauenhäuser sind ein Problem. Da müssen Sie sich entscheiden, was Sie wollen – politisch.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben sich auch entschieden, das müssen Sie sich abseits von Zahlen, abseits von sonstigen Beschönigungen und abseits von abstrakten finanzpolitischen Begriffen wie der verantwortlichen Konsolidierung vorhalten lassen. Sie haben sich entschieden zu investieren, das ist richtig. Sie haben sich aber auch entschieden, keine einzige Wirtschaftssubvention in dieser Stadt auf den Prüfstand zu stellen. Das ist falsch, wenn man es für den Bund selbst auch fordert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben sich entschieden, die Arbeitsmarktmittel zu kürzen, und das ist eine politische Entscheidung. Davon kommen Sie nicht weg.

Sie haben sich im Prinzip entschieden, dass die Mehrheit der Bevölkerung dieser Stadt ihre Probleme in Zukunft ohne staatliche Hilfen bewältigen soll, es sei denn, sie hat einen gesetzlichen Anspruch darauf. Ansonsten finanzieren wir die glitzernde Zukunft dieser Stadt und Luxusprojekte wie eine U-Bahn, die keiner braucht. Das ist Ihre politische Linie für die nächsten drei Jahre.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

Wenn das wenigstens noch solide finanziert wäre, dann würden wir hier vielleicht weniger streiten, denn dann ginge es nur um politische Unterschiede. Aber es ist nicht solide finanziert und Sie wissen es alle, die Sie hier sitzen. Alles, was wir gegenwärtig an Paketen dieses Senats haben, wird nicht zum ausgeglichenen Haushalt im Jahre 2006 führen, es sei denn, es geschieht ein finanzpolitisches Wunder und die gibt es in der Regel nicht.

Also: Die Konsolidierung dieses Haushalts der Zukunft dieser Regierung steht in den Sternen. Im Prinzip, auch wenn ich einräume, dass es ungeheuer schwierig ist, machen Sie – ich würde fast sagen, alle Finanzpolitiker in einer gewissen Fairness – im Augenblick nichts anderes als eine Wette auf die Zukunft. Nur selbst dann sollte man eine gewisse Rationalität walten lassen und die vermisste ich in Ihrer bisherigen Politik in der Tat. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat Herr Senator Peiner.

Senator Dr. Wolfgang Peiner: Lieber Herr Zuckerer, die Debatte lebt davon, dass man unmittelbar antwortet. Auf einen Punkt möchte ich kurz eingehen, das Thema Effizienz.

Sie können doch rechnen. Sie wissen, dass Jesteburg I erhebliche Vorschläge zur Effizienz, Behördenneugliederung, Ämterverschlankung, zum Wegfall von Mittelbehörden, zur Organisation von Liegenschaften gemacht und umgesetzt hat. Das sind alles aufwachsende Vorhaben. Wir haben in Jesteburg II weitere Vorschläge gemacht, auch das sind Vorhaben, die aufwachsen. Was wir heute oder gestern vorgeschlagen haben, sind zusätzliche Maßnahmen zu Jesteburg I, II und III. Ich denke, Sie sind in der Lage, dieses zu addieren. Das hätten Sie alles vorher erfragen können, dann hätten wir es Ihnen erklären können.

(Beifall bei Klaus-Peter Hesse und Karl-Heinz Warnholz, beide CDU)

D

Aber das ist nicht der eigentliche Ansatz, auf den ich heute noch zu sprechen kommen wollte.

Nun zum Thema Verwaltung. Sie und auch Herr Neumann haben zum wiederholten Male gesagt: Äußern Sie sich zur Verwaltungsreform. Ich glaube, Sie haben mittlerweile hören und lesen können, dass wir das Thema Verwaltungsreform zu einem zentralen Ansatzpunkt dieser Legislaturperiode machen. Es gab in der Vergangenheit das Thema Verwaltungsmodernisierung, E-Government, Bezirksverwaltungsreform. Wir fassen dieses insgesamt zu dem Thema Verwaltungsreform zusammen.

(Dr. Monika Schaal SPD: Und Sie machen eine neue Abteilung in der Finanzbehörde auf. Das ist unglaublich!)

Wir haben vier klare Ziele: Wir wollen den Kunden- und Bürgerservice deutlich verbessern. Wir wollen die Prozesse deutlich beschleunigen. Wir wollen zwischen ministerieller Ebene und Durchführungsebene entflechten, wir wollen aber vor allen Dingen die örtliche Kompetenz unserer politischen Entscheidungsträger vor Ort konkretisieren und stärken.

(Beifall bei der CDU)

A Aber, Herr Zuckerer, wir gehen bei der Verwaltungsreform nicht davon aus, dass wir erst einmal sagen, wir wollen viele Millionen sparen und dann alle Menschen einladen, konstruktiv in diesem Prozess mitzuwirken. In Übereinstimmung mit den Kammern, den Gewerkschaften und mit allen staatstragenden Gruppen dieser Stadt sind wir uns einig, dass wir für das 21. Jahrhundert eine moderne Verwaltung brauchen. Wir werden diese Ziele umsetzen. Es wäre aber unverantwortlich, wenn die erste Prämisse ist, dass es auch billiger werden muss. Nein, wir wollen leistungsfähiger werden, wir wollen kundenfreundlicher werden, wir wollen schneller werden. Das sind unsere Ziele und Sie wollen nur Geld sparen, stelle ich fest. Das ist nicht in unserem Sinne und auch nicht im Sinne dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat jetzt Herr Dr. Maier.

Dr. Willfried Maier GAL: Herr Senator, Ihr Bekenntnis zur Verwaltungsreform, nur um besserer Leistungen willen, ähnliche Bekenntnisse wünsche ich vielen Ihrer Kollegen oder ehemaligen Kollegen in Wirtschaftsunternehmen. Ich höre es zum ersten Mal, dass Effektivitätsgewinne und Effizienzgewinne nicht auch dazu genutzt werden sollen, um Kosten zu senken.

Ich verfüge natürlich nur über die Daten, die Sie uns beispielsweise im Finanzbericht geben. Darin loben Sie sich dafür, dass seit 1995 ein konsolidierungsbedingter Personalabbau im Volumen von 8 Prozent stattgefunden habe.

B Wenn man sich die Zahlen anschaut, so zeigt sich, dass – bezogen auf den Index von 1980 – von 1997 bis 2001 ein Abbau um 6,5 Indexpunkte stattgefunden hat. Von 2001 bis 2004 – während Ihrer Zeit – ergibt sich für die ganzen Jahre lediglich ein Abbau um einen Indexpunkt.

(*Bernd Reinert CDU: Weil wir ja auch Polizisten eingestellt haben!*)

– Wenn Sie Polizisten einstellen wollen, dann müssen Sie eine Schwerpunktentscheidung treffen und anderswo etwas wegnehmen. Das ist doch die ganze Zeit der Hinweis, dass Sie nicht sagen können, wir stellen Polizisten ein und machen alles andere weiter. Vor diesem Problem stehen Sie.

(Beifall bei der GAL – *Petra Brinkmann SPD: So ist es!*)

Es stimmt auch das Zweite nicht, was der Senator gesagt hat. Es ist richtig, dass im Haushalt 2001, den Rotgrün auf der Basis der Mai-Steuerschätzung aufgestellt hat, eine globale Minderausgabe von 100 Millionen Euro enthalten war. Dann gab es einen Konjunkturrückgang. Sie machten den Haushalt weiter auf der Basis der November-Steuerschätzung mit dramatisch verschlechterten Zahlen. Diese dramatisch verschlechterten Zahlen waren natürlich zugleich ein Hinweis darauf, dass ein zusätzlicher Steuerungsbedarf bestehen würde, dass es sich zum Beispiel nicht mehr automatisch ergeben konnte, wovon wir aufgrund anderer Angaben ausgehen konnten, dass möglicherweise oder ziemlich sicher im Bereich der Sozialhilfe mehr ausgegeben werden würde, wenn es einen solchen Konjunkturrückgang gäbe. Das heißt, man muss dann im Haushalt in irgendeiner Weise gegensteu-

ern. Sie haben ihn aber dem Gesamtvolumen nach und in bezifferten Zahlen ausgedehnt. Das werfe ich Ihnen vor und nicht, dass die 100 Millionen Euro hätten durchgeschrieben werden können. Es gab offenkundig einen zusätzlichen Steuerungsbedarf, auf den Sie nicht eingegangen sind, sondern im ersten Überschwang Ihrer Regierungsübernahme haben Sie einfach draufgesattelt. Daran tragen wir bis heute.

C Schließlich die Verschuldungsobergrenze. Nur Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg führten einen verfassungsgemäßen Haushalt. Ich kann es nicht mehr hören.

(*Henning Tants CDU: Das ist aber wahr!*)

– Nein, das ist nicht mehr richtig.

Im Prinzip hängt der Gesichtspunkt der Verfassungsmäßigkeit daran, ob der Betriebshaushalt aus laufenden Einnahmen gedeckt werden kann. Das ist in Hamburg seit Mitte der Neunzigerjahre schon nicht mehr der Fall. Nur in den konjunkturbegünstigten Jahren 1999 und 2000 war das der Fall. Sonst war das immer im eigentlichen Sinne nicht verfassungsgemäß. Nur, Hamburg ist anders als die meisten Flächenländer in der Lage, Vermögen zu veräußern, um nicht so tief in nicht verfassungsgemäße Kredite gehen zu müssen. Weil ein reicher Stadtstaat in Zeiten, in denen der Reichtum geflossen ist, Vermögen angehäuft hat, können wir gegenwärtig noch so verfahren, ohne einen außergewöhnlichen Verfassungszustand in Anspruch nehmen zu müssen. Es hat nichts damit zu tun, dass Sie zusätzlich eingespart oder einen besonders guten Haushalt geführt haben, sondern nur, dass Vermögen verkauft worden ist.

D Wenn jetzt der Bürgermeister sagt, wir haben gar nichts verkauft, ist das wirklich lächerlich. Wenn Sie die Verkäufe nehmen, die wir in Vergangenheit gemacht haben, oder die Option aus Verkäufen ziehen, die vorher gemacht worden sind, dann ist es offenkundig so, dass Vermögensmittel der Stadt von Ihnen verwendet worden sind, um den Betriebshaushalt, den Sie führen, zu decken. Wenn Sie heute mehr Vermögen verkaufen, um andere Investitionen zu tätigen, mag das im Einzelfall richtig sein, aber es bedeutet überhaupt nicht, dass sich die Vermögensposition verbessert. Sie wollen die Doppik einführen und endlich eine Vermögensrechnung der Stadt haben. Sie berufen sich jetzt aber noch die ganze Zeit darauf, dass Sie nicht in die Verschuldung gegangen seien, sondern nur in Verkäufe. Als ob das dem Prinzip nach etwas anderes sei, wenn Sie wirklich bilanzieren würden.

Das sind nach meiner Wahrnehmung Täuschungsmanöver, die nicht sein müssen. Ich gebe im Übrigen aber gerne zu, dass die Sparmethode, die Sie mit Jesteburg gewählt haben, inzwischen solche Verlaufsformen angenommen hat, dass für einen Abgeordneten faktisch nicht mehr nachzuholen ist, wo welche Beschlüsse umgesetzt worden sind oder nicht. Ich kann immer nur mit Ergebniszahlen zureckkommen, andere habe ich nicht. Ich kenne nicht die Verlaufszahlen aus den Behörden und sehe in den Ergebniszahlen ein völliges Durcheinander der verschiedenen Programme. Es ist zum Beispiel gegenwärtig wieder völlig undurchschaubar, ob in dem 110-Millionen-Euro-Programm, das Sie gestern verkündigt haben, noch 28 Millionen Euro aus Jesteburg II versteckt sind. Wahrscheinlich sind sie das. Ich habe jedenfalls den Eindruck. Ihren Unterlagen konnte man das nicht entnehmen. Die Presse hatte den Eindruck, als Sie

A das vorgestellt haben. Das ist keine seriöse Sparpolitik, wenn keiner mehr durchblicken kann, welche Kurven Sie dabei jeweils ziehen beziehungsweise ziehen müssen, denn Sie arbeiten natürlich auch gegen den Widerstand in den Fachbehörden. Das ist klar, es ist ja nicht freiwillig, dass das so aussieht. Darum finde ich, dass Sie kein vernünftiges Verfahren gewählt haben.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Jetzt hat Frau Koop das Wort.

(*Werner Dobritz SPD:* Das Senatsamt für die Gleichstellung gibt's doch gar nicht mehr!)

Karen Koop CDU:* – Aber Sie sehen, in der CDU hat die Frau doch immer das letzte Wort, auch wenn es das Senatsamt nicht mehr gibt.

(*Michael Neumann SPD:* Dann können Sie ja jetzt über Frauenprojekte reden!)

Normalerweise sollten Haushaltsdebatten die Sternstunden des Parlaments sein. Natürlich sind diese Termine in Zeiten, in denen wir unter solcher Finanzknappheit zu leiden haben, auch für die Regierung nicht angenehm. Wir haben hier einen Schlagabtausch erlebt und wir sind der Überzeugung, auf dem richtigen Weg zu sein und die richtigen Pläne vorzulegen. Wir können das auch begründen, das haben unsere Haushaltsexperten getan. Wenn Sie dagegenreden, dann ist es so, dass Sie eine andere Politik haben wollen, die wir aber nicht mit unterstützen. Damit müssen Sie nun leider leben, denn wir haben die Mehrheit im Raum.

B

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich auf Herrn Zuckerer eingehen, der etwas zu den Zuwendungsberichten gesagt hat. Herr Zuckerer, der Zuwendungsbericht, den wir angefordert haben, hat endlich einmal Licht in das Dickicht gebracht. Seit 30 Jahren ist in Hamburg eine Zuwendungspolitik durchgeführt worden unter der Überschrift – wenn ich ins Muttersprachliche komme, werden Sie es mir vielleicht verzeihen –: Lang man tüchtig to, wie hebbt dat jo ook un buten is mehr. Das ist ein Motto, das wir in unserer plattdeutschen Heimat für Feste haben. Nur das Fest, die Verteilung der Gelder ist längst vorbei und Sie haben weiterhin diesen Status aufrecht erhalten. 30 Jahre ist das so gegangen, jetzt sehen wir, wo die Gelder verschickt sind. Wir können nicht anders als vernünftig an die Gelder herangehen und sie einsparen. Es ist ein Gebot der Vernunft und kein Gebot von Herrn Peiner, sondern eines, das wir auch in der Fraktion allgemein tragen. Natürlich ist jeder von uns und auch von Ihnen Lobbyist einer besonderen Interessengruppe.

(*Michael Neumann SPD:* Was?)

Natürlich tut es uns weh und natürlich sind wir auch nicht mit vollem Herzen dabei. Aber wir wissen ganz genau, dass es keine Alternative zu diesen Sparplänen gibt, und das müssen Sie endlich einmal akzeptieren.

(Beifall bei der CDU – *Michael Neumann SPD:* Das ist doch Quatsch; das glauben Sie doch selber nicht!)

Sie wissen das ganz genau und Sie benutzen jetzt diese Gelegenheit, um hier irgendwelche Klientele zu verteidigen, und Sie wissen, dass Sie, wenn Sie an der Regie-

C rung wären, sie nicht bedienen können. Es gibt nichts mehr zu verteidigen. Ich begreife nicht, dass Sie diese angekündigte Sparsmaßnahme in dem Maße angreifen.

(Zuruf von der SPD)

– Ja, ich komme auch zu den Frauen, keine Sorge. Sie kennen mein langjähriges Engagement für die Frauenprojekte.

(*Michael Neumann SPD:* Das hat aber nicht viel gebracht!)

Aber es gibt keine sakrosankten Gebiete, die immer in irgendeiner Weise herausgenommen wurden. Wenn wir noch zehn Frauenhäuser in Hamburg aufmachen, sind auch diese zehn Frauenhäuser voll.

(*Michael Neumann SPD:* Dann sind jetzt die Frauenhäuser Schuld!)

Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, dass wir die Gewalt weiterhin verherrlichen. Wir müssen nicht an den Symptomen herumdoktern, sondern wir müssen dafür sorgen, dass diese Möglichkeit sehr wohl vorhanden, aber nicht die einzige Möglichkeit zur Bekämpfung der Gewalt ist. Wir müssen sehen, dass wir mit dem Wegweisungsgesetz größere Sicherheit für die Frauen schaffen, in ihren eigenen Bereichen zu bleiben.

(Beifall bei der CDU – *Doris Mandel SPD:* Das ist doch völliger Quatsch! – *Michael Neumann SPD:* Sie reden sich um Kopf und Kragen!)

Es ist wirklich zu überlegen, ob wir in anderen Bereichen überhaupt eine explizite Frauenförderung vertreten sollten, denn die erforderlichen Veränderungen haben sich in den letzten 20 Jahren nicht ergeben.

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Das ist peinlich!)

Natürlich können wir das, was wir erreicht haben, auch als Bestand im öffentlichen Dienst vertreten, aber wir können nicht mehr Parallelwelten schaffen. Das ist etwas, was auch die Frauen heute nicht mehr mitnehmen.

(*Doris Mandel SPD:* Sie wollen die Frauen ausschließen!)

Wir wollen eine größere Einbindung aller in der Gesellschaft haben und wir wollen sehen, dass die Frauen sich in der Gesellschaft zurechtfinden.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Ich möchte für die Rednerin besonders auf der – von mir aus gesehen – rechten Seite des Hauses um etwas mehr Ruhe bitten. – Frau Koop, bitte.

Karen Koop (fortfahrend): Wenn Sie der Meinung sind, dass der Senat hier rasant vorgegangen ist, dann ist das natürlich ein subjektives Empfinden. Wir sind es im Parlament gewohnt gewesen, dass die politischen Prozesse unendlich verzögert vorangegangen sind,

(Beifall bei der CDU)

damit ja kein Klientel verärgert wurde. Was Ihnen jetzt rasant erscheint, kommt im Grunde genommen 15 Jahre zu spät. Anfang der Neunzigerjahre hätten die Weichen gestellt werden müssen, damit wir hier zu einer vernünftigen Versorgung kommen. Das ist nicht der Fall gewesen.

A (Doris Mandel SPD: Sind sie doch!)

– Nein, das ist es nicht.

(Doris Mandel SPD: Doch!)

Es gibt eine ganze Menge Hamburgensien in der Sozialversorgung, in der Zuwendungsversorgung. Diese Hamburgensien sind wir versucht abzubauen. Das mag für den einen oder anderen nicht vernünftig sein. Für uns ist es eine Politik der Vernunft. Sie haben am Dienstag im Familien-, Kinder- und Jugendausschuss fast 40 Minuten lang darüber nachgeforscht, wo die Kita-Gelder geblieben sind.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ja, und die Senatorin hat nichts gesagt!)

Sie haben sich jahrzehntelang überhaupt nicht darum gekümmert, wo die 500 Millionen DM Zuwendungen im Haushalt, die wir nicht nachvollziehen können, abgeblieben sind. Das hat Sie nicht interessiert.

(Beifall bei der CDU)

Der Senat ist zum Handeln entschlossen und er wird sich – auch auf die Gefahr hin, dass er nicht von allen verstanden wird – durchsetzen.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ach!)

Noch einmal zum Women's World Award.

(Michael Neumann SPD: Kalle Schwensen!)

Es hätte vielleicht eine Nummer kleiner ausfallen können, das sage ich mir auch.

B

(Beifall bei der SPD – Michael Neumann SPD: Aber keine Kiezgrößen im Rathaus! Das ist doch eine halbseidene Veranstaltung!)

Was Sie wohl gesagt hätten, wenn der Men's Award so groß gefeiert worden wäre und die Frauen sich hier im Bürgersaal versammelt hätten. Ihre Reaktion hätte ich gern gesehen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir Hamburg als eine wirklich attraktive Stadt haben wollen, brauchen wir ganz besondere Erscheinungsformen. Dazu gehört das. Es ist nicht mein Lieblingsprojekt, das will ich gerne zugeben.

(Zurufe von der SPD und der GAL)

Wenn der Senat zum Handeln entschlossen ist, dann würde ich ihn bitten ...

(Glocke)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe (unterbrechend): Gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Karen Koop (fortsetzend): Nein, jetzt nicht.

Es wäre wünschenswert, wenn aus dem entschlossenen Handeln auch ein kommunikatives Handeln würde und wenn die Bürger und auch wir in größerem Maße mitgenommen werden. Wir haben gehört, dass das nicht immer möglich ist. Aber dieses kommunikative Handeln, das wir bei Habermas nachlesen können und ein Element der modernen Gesellschaftspolitik ist, sollten wir noch mit einbeziehen.

(Michael Neumann SPD: Wir sind das Parlament. C
Wir sind die Herren im Haus!)

– Ich wende mich ja an den Senat.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, ich habe ihn nicht gebeten, ich habe darauf hingewiesen, dass das so ist.

Noch einmal zu den Maßnahmen. Und wenn Sie, Herr Neumann, hier noch so lange dazwischenquaken, es gibt zu den Plänen keine Alternative.

(Zuruf von der SPD)

– Nein, gibt es nicht.

Das ist etwas, was Sie kapieren müssen.

(Beifall bei der CDU – Michael Neumann SPD:
Das ist doch lächerlich!)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Das Wort hat Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Man könnte ja sagen, es ist nett, dass noch ein bisschen Stimmung ins Haus kommt. Aber was Sie gerade gesagt haben, Frau Koop, muss auf das Allerschärfste zurückgewiesen werden.

(Oh-Rufe von der CDU)

Es ist richtig, es ist ein Zuwendungsbericht vorgelegt worden. Aber dieser Zuwendungsbericht ist nicht im Hause beraten worden, er ist nicht evaluiert worden, er ist nicht bewertet worden, es gab dort keinerlei Aussagen, wo die Effizienzgewinne, wo irgendetwas vergewissert ist. Es gibt nur das Rasermäherprinzip, Sachen wegzuhauen, wenn es gerade passt. Das Frauenhaus gehört leider dazu und das ist eine Katastrophe für diese Stadt.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Sie reden davon, für eine Einsparung bei Frauenhäusern hätten die Weichen irgendwann Anfang der Neunzigerjahre gelegt werden müssen. Warum hat die damalige Bundesregierung kein Wegweisungsgesetz gemacht? Warum mussten das erst die Sozialdemokraten und die Grünen auf Berliner Ebene machen?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Jetzt ist dieses Gesetz da und das ist gut. Aber dieses Gesetz bedeutet überhaupt nicht, dass es weniger Bedarf an Frauenhäusern gibt.

(Petra Brinkmann SPD: Im Gegenteil!)

Zu sagen, nun haben wir ein Gesetz, nun machen wir eine andere Familienpolitik und deswegen brauchen wir weniger Frauenhäuser und sparen sie ein, ist blander Hohn, wenn man sieht, wie die Auslastung dieser Häuser ist. Es gibt keinen Rückgang im Bedarf und wenn es keinen Rückgang im Bedarf gibt, kann man auch nicht sagen, das kann man einfach so weghauen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich will noch etwas zum Thema Zuwendungen sagen. Sie tun immer so, als ob die Zuwendungsempfänger in dieser Stadt aus einem Eigeninteresse handeln würden und irgendwelche Dinge tun würden, zu denen sie gerade Lust haben. Zuwendungsempfänger in dieser Stadt han-

A deln in einem staatlichen Auftrag und übernehmen Aufgaben, die der Staat ganz bewusst nicht selber machen will, sondern an andere weitergibt.

(*Karen Koop CDU*: Das ist die eigene Verantwortung der Leute!)

Wenn Sie hier immer so tun, als ob das irgendwelche Leute wären, die nur dafür da sind, das Geld zu verbrauen, dann tun Sie diesen Menschen Unrecht. Da werden viele Sachen gemacht, die der Staat nicht machen kann und nicht mehr machen will.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zu Ihrer Sparpolitik und den Sparopfern, die wir in den letzten Wochen und auch gestern wieder gesehen haben, kann ich nur Folgendes sagen: Ihr Kriterium ist offenbar immer das, dass es gerade zu der Sparsumme passt, die Sie gerade einsparen müssen, und kein Kriterium, das irgendwann einmal begründet wäre.

(*Wolfhard Ploog CDU*: Sollen wir gar nicht mehr sparen?)

Ich will dazu – ab von der Frauenpolitik, auch wenn ich mich darüber noch ganz gut aufregen könnte – ein Beispiel nennen, und zwar die Stiftung Berufliche Bildung, wo Sie 3,9 Millionen Euro einsparen wollen. Wunderbar. Wissen Sie, was da passiert? Da stellt Frau Senatorin Dingess-Dierig Senator Uldall 4000 Menschen in dieser Stadt vor die Tür, die als Arbeitslose wieder auftauchen, weil ein Zuwendungsempfänger platt gemacht wird, der eine wichtige Aufgabe übernommen hat. Das nennt sich dann Gesamtverantwortung in der Stadt. – Vielen Dank.

B (Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Dr. Verena Lappe: Weitere Wortmeldungen liegen mir jetzt nicht mehr vor. Damit ist die Aussprache beendet. Wir kommen nun zu den Abstimmungen.

Ich mache darauf aufmerksam, dass die Abstimmungen über die mitbesprochenen Einzelpläne 9.1 und 9.2 vereinbarungsgemäß erst am Freitag stattfinden. Zunächst zu den Abstimmungen aus dem Bereich des Einzelplans 1.0: Bürgerschaft, Verfassungsgericht und Rechnungshof.

Wir beginnen mit den Vorlagen des Präsidenten der Bürgerschaft, und zwar mit den Drucksachen 18/257, 18/322, 18/342 sowie 18/349.

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Reise nach Kaliningrad anlässlich des zehnjährigen Jubiläums der Kaliningrader Gebietsduma vom 25. bis 27. April 2004 – Drucksache 18/257 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Bericht über die wirtschaftliche und finanzielle Lage des DeutschlandRadios – Drucksache 18/322 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Volksgesetzgebungsverfahren

"Mehr Bürgerrechte – Ein neues Wahlrecht für Hamburg" – Drucksache 18/342 –]

[Unterrichtung durch den Präsidenten der Bürgerschaft:

Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente des Deutschen Bundestages und des Bundesrates am 17. und 18. Mai 2004 in Quedlinburg (Sachsen-Anhalt) – Drucksache 18/349 –]

Ich stelle fest, dass die Bürgerschaft von diesen Drucksachen Kenntnis genommen hat.

Zu der Drucksache 18/322 hat die SPD-Fraktion eine Überweisung an den Wirtschaftsausschuss beantragt. Wer stimmt dem Überweisungsbegehr zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diesem Überweisungsersuchen einstimmig entsprochen worden.

Wir kommen nun zu den Abstimmungen über die Berichte des Eingabenausschusses, die Drucksachen 18/305 bis 18/307.

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 18/305 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 18/306 –]

[Bericht des Eingabenausschusses: Eingaben – Drucksache 18/307 –]

Zum Bericht 18/305. Wer möchte zu der Eingabe 220/04 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird der Ausschussempfehlung bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit entsprochen.

Wer stimmt der Empfehlung zu Eingabe 263/04 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird dieser Empfehlung einstimmig bei einigen Enthaltungen entsprochen.

Wer schließt sich den Ausschussempfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit sind diese Ausschussempfehlungen einstimmig angenommen.

Nun zum Bericht 18/306.

Wer will der Ausschusseingabe zu 133/02 folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Ausschussempfehlung mit Mehrheit bei einer Reihe von Enthaltungen und einigen Gegenstimmen entsprochen worden.

Wer stimmt der Empfehlung zur Eingabe 285/04 zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird dieser Empfehlung mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen gefolgt.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird diesen Empfehlungen einstimmig gefolgt.

Schließlich zur Drucksache 18/307. Wer möchte zu der Eingabe 272/04 der Ausschussempfehlung folgen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird dieser Ausschussempfehlung mit Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und einigen Enthaltungen entsprochen.

Wer schließt sich den Empfehlungen zu den übrigen Eingaben an? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird diesen Empfehlungen einstimmig entsprochen.

C

D

- A Schließlich zum Antrag des Haushaltsausschusses über die Abschlusszahlen des Einzelplans 1.0. Das betrifft die Textzahl 65 aus der Drucksache 18/200, die wir erst am Freitag abstimmen.

Wir kommen dann zu den Abstimmungen zum Einzelplan 1.1: Senat und Senatsämter. Zunächst zu den Mitteilungen des Senats.

**[Senatsmitteilung:
Feststellung des Senats über das Zustandekommen
einer Volksinitiative
hier: Volksinitiative "VolXUni – Rettet die Bildung"
– Drucksache 18/286 –]**

Von der Drucksache 18/286 hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

**[Senatsmitteilung:
"Personalbericht 2004" – Drucksache 18/348 –]**

Zu der Senatsmitteilung 18/348 beantragt die SPD-Fraktion eine Überweisung federführend an den Haushaltsausschuss und mitberatend an den Sozialausschuss.

Wer stimmt einer Überweisung an den Haushaltsausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird diesem Überweisungsbegehr einstimmig entsprochen.

Wer stimmt nun noch einer mitberatenden Überweisung an den Sozialausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird diesem Überweisungsbegehr mehrheitlich nicht entsprochen.

B

Wir kommen dann zu den Fraktionsanträgen. Zunächst zum SPD-Antrag aus der Drucksache 18/385.

**[Antrag der Fraktion der SPD:
Haushaltplan-Entwurf 2004
Einzelplan 1.1
Entwicklungszusammenarbeit erhalten und stärken
– Drucksache 18/385 –]**

Wer möchte diesen Antrag annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit wird dieser Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Nun zum interfraktionellen Antrag aus der Drucksache 18/478.

**[Interfraktioneller Antrag:
Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Beamten-
gesetzes – Drucksache 18/478 –]**

Wer möchte das Fünfundzwanzigste Gesetz zur Änderung des Hamburgischen Beamten gesetzes beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit erfolgte dieser Beschluss einstimmig.

Es bedarf einer zweiten Lesung. Stimmt der Senat einer sofortigen zweiten Lesung zu?

(Der Senat gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

– Dem ist so. Gibt es Widerspruch aus dem Hause? – Den gibt es nicht.

Wer will das in erster Lesung beschlossene Gesetz in zweiter Lesung beschließen? – Gegenprobe. – Enthal-

tungen? – Das Gesetz ist damit auch in zweiter Lesung und somit endgültig beschlossen. C

Jetzt zu den Anträgen des Haushaltsausschusses.

Textzahl 66.

[Textzahl 66]

Wer möchte die Textzahl 66 aus der Drucksache 18/200 beschließen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist diese mehrheitlich beschlossen.

Die Textzahl 67 – das sind die Abschlusszahlen des Einzelplans 1.1 – steht erst am Freitag zur Abstimmung.

Es folgen nun die Abstimmungen zu den Einzelplänen 1.2 bis 1.8: Bezirksamter.

Zunächst zur Mitteilung des Senats, Drucksache 18/318.

**[Senatsmitteilung:
Entscheidung des Senats gemäß § 18 Absatz 1 des
Bezirksverwaltungsgesetzes (BezVG)
– Drucksache 18/318 –]**

Hier von hat die Bürgerschaft Kenntnis genommen.

Nun zu den Anträgen des Haushaltsausschusses. Das betrifft die Textzahlen 68 bis 74 aus der Drucksache 18/200. Über diese Abschlusszahlen wird erst am Freitag abgestimmt.

Damit sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich wünsche Ihnen einen guten Abend, möchte aber darauf hinweisen, dass das Essen jetzt bereitsteht, und Sie alle animieren, davon Gebrauch zu machen. Der Rechnungshof könnte andernfalls bemängeln, dass die Bürgerschaftskanzlei unnötig Geld verschleudere. – Danke.

Schluss: 18.39 Uhr

Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Wilfried Buss, Wolfgang Drews, Rolf Harlinghausen und Dr. Till Steffen.